



Plenarprotokoll

6. Sitzung

Donnerstag, 17. Dezember 2009

Gemeinsame Beratung

**a) Auswirkungen des Wachstums-
beschleunigungsgesetzes auf
Schleswig-Holstein.....**

364

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/82

**b) Keine Steuersenkungen zulasten
von Land und Kommunen.....**

364

Antrag der Fraktion BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15

Bericht und Beschlussempfehlung
des Finanzausschusses
Drucksache 17/69

Änderungsantrag der Fraktion
DIE LINKE
Drucksache 17/142

Peter Sönnichsen [CDU], Bericht- ersteller.....	364
Rainer Wiegard, Finanzminister....	364
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	368, 393
Dr. Christian von Boetticher [CDU].....	372
Wolfgang Kubicki [FDP].....	375, 387
Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	379, 391
Ulrich Schippels [DIE LINKE]....	383
Lars Harms [SSW].....	386
Martin Habersaat [SPD].....	388
Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	389

Tobias Koch [CDU].....	390	Residenzpflicht in Schleswig-Holstein aufheben	405
Anke Spoorendonk [SSW].....	392		
Beschluss: 1. Berichts Antrag Drucksache 17/82 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
2. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 17/142		Drucksache 17/110	
3. Annahme des Antrags		Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	405, 412
Drucksache 17/15 in der Fassung der Drucksache 17/69.....	394	Astrid Damerow [CDU].....	407
		Serpil Midyatli [SPD].....	408
		Gerrit Koch [FDP].....	409
		Ranka Prante [DIE LINKE].....	410
		Silke Hinrichsen [SSW].....	411
		Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration.....	412
Gemeinsame Beratung		Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	414
a) Qualifizierungsoffensive und Umsetzungsstand des „10-%-Ziels“	394	Flughafen Kiel abwickeln	414
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Drucksache 17/85		Drucksache 17/93	
b) Bildungsfinanzierung	394	Antrag der Fraktionen von CDU und FDP	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Drucksache 17/145	
Drucksache 17/40		Antrag der Fraktion der SPD	
Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses		Drucksache 17/146	
Drucksache 17/113		Ulrich Schippels [DIE LINKE].....	414
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung.....	394	Hans-Jörn Arp [CDU].....	415, 422
Susanne Herold [CDU], Berichtserstatterin.....	394	Rolf Fischer [SPD].....	416, 421
Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	395	Christopher Vogt [FDP].....	418
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	396	Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	419
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	398, 404	Lars Harms [SSW].....	420
Heike Franzen [CDU].....	399	Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.....	422
Cornelia Conrad [FDP].....	401	Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags	
Antje Jansen [DIE LINKE].....	402	Drucksache 17/146	
Anke Spoorendonk [SSW].....	403	2. Ablehnung des Antrags	
Martin Habersaat [SPD].....	404	Drucksache 17/93	
Beschluss: 1. Berichts Antrag Drucksache 17/85 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt		3. Annahme des Antrags	
2. Annahme des Antrags		Drucksache 17/145.....	424
Drucksache 17/40 in der Fassung der Drucksache 17/113.....	405	Keine neuen Beauftragten schaffen	424
		Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
		Drucksache 17/78	

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	424, 437	
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	425, 437	
Jürgen Weber [SPD].....	427	
Katharina Loedige [FDP].....	428	
Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	430, 435	
Anke Spoorendonk [SSW].....	431, 434	* * * *
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	432	
Rainer Wiegard, Finanzminister....	432	Regierungsbank:
Wolfgang Kubicki [FDP].....	436	
Bernd Heinemann [SPD].....	438	Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident
Beschluss: Ablehnung.....	438	Dr. Heiner Garg, Stellvertreter des Ministerprä- sidenten und Minister für Arbeit, Soziales und Ge- sundheit
Aktuelle Entwicklung der H1N1- Grippe in Schleswig-Holstein.....	438	Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstel- lung und Integration
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/89		Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur
Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur.....	439	Klaus Schlie, Innenminister
Bernd Heinemann [SPD].....	440	Dr. Juliane Rumpf, Ministerin für Landwirt- schaft, Umwelt und ländliche Räume
Ursula Sassen [CDU].....	442	Rainer Wiegard, Finanzminister
Anita Klahn [FDP].....	443	Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirt- schaft und Verkehr
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	444	* * * *
Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE].....	444	
Flemming Meyer [SSW].....	445	
Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 17/89 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Bericht- erstattung der Landesregierung er- ledigt.....	446	

Beginn: 10:07 Uhr

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße Sie alle recht herzlich. Erkrankt gemeldet ist von der Fraktion DIE LINKE Frau Ellen Streitböcker. Ich wünsche ihr im Namen der Abgeordneten gute Besserung.

(Beifall)

Auf der Tribüne begrüße ich ganz herzlich Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Altenholz. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 21 und 39 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes auf Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/82

b) Keine Steuersenkungen zulasten von Land und Kommunen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/15

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 17/69

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/142

Zur Berichterstattung des Finanzausschusses zum Antrag „Keine Steuersenkungen zulasten von Land und Kommunen“ erteile ich dem Vorsitzenden des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Peter Sönichsen, das Wort.

Peter Sönichsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit Blick auf die Antragslage möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass dem Finanzausschuss die Drucksache 17/15, Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, überwiesen worden war. In einer sehr umfangreichen und sachorientierten Beratung ha-

ben wir das abgearbeitet. Wir haben den Satz 1 unverändert gelassen und den Satz 2 einvernehmlich neu gefasst.

Einstimmig empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Antrag Drucksache 17/15 in folgender Fassung anzunehmen:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass weder das Land noch die Kommunen weitere Einnahmeverluste verkraften können. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, im Bundesrat den Steuersenkungsplänen nur zuzustimmen, wenn es eine angemessene finanziell wirksame Kompensation seitens des Bundes gibt, die die Haushaltskonsolidierungsbemühungen des Landes nicht konterkariert.“

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Wird das Wort zur Begründung des Antrags Drucksache 17/82 gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Rainer Wiegard das Wort.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben **2009** das erste Mal in der Geschichte unserer Republik eine **wirtschaftliche Rezession**, die in einem bisher nicht gekannten Ausmaß und in einer nicht gekannten Geschwindigkeit die wirtschaftliche Entwicklung nach unten drückt. Auch wenn bisher von über 6 % Einbruch bei der wirtschaftlichen Entwicklung die Rede war und es jetzt nur noch etwa 5 % sein sollen, ist dies ein gewaltiger Einschnitt in das wirtschaftliche Leben und damit natürlich auch in die öffentlichen Finanzen. Die Bundesrepublik Deutschland, der Bund und die Länder haben mit den Kommunen in den vergangenen gut zwölf Monaten in einer Vielzahl von Maßnahmen, auch durch steuerliche Maßnahmen, den Versuch gemacht, die **Auswirkungen** und Konsequenzen dieser wirtschaftlichen Entwicklung abzu-

(Minister Rainer Wiegard)

mildern, sowohl für die betroffenen Unternehmen und Beschäftigten als auch für die öffentlichen Haushalte.

Ich erinnere daran, dass wir in einer Reihe von **gesetzlichen Maßnahmen** - Familienleistungsgesetz, Konjunkturpaket I, Bürgerentlastungsgesetz, Konjunkturpaket II - Maßnahmen eingeleitet haben, die dazu dienen, die Folgen dieser wirtschaftlichen Entwicklung abzumildern, mögliche negative Folgen für Unternehmen zu verringern, um dadurch wieder wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Was sich bis jetzt einerseits an Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und andererseits bei der Entwicklung der staatlichen Einnahmen zeigt, macht deutlich, dass dies auch in vielen Fällen gelungen ist, wenngleich eine Entwicklung, was wäre, wenn man es nicht getan hätte, kaum nachzuzeichnen ist.

Die bisherigen **steuerlichen Gesetze** zu diesen konjunkturellen Maßnahmen haben zu rechnerischen **Mindereinnahmen** für **Schleswig-Holstein** von rund 230 Millionen € geführt. Im Antrag der Sozialdemokraten steht: Welche Mindereinnahmen erwarten Sie? - Ich erwarte überhaupt keine Mindereinnahmen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ho, ho!)

Ich weise darauf hin, dass alles, was wir hier tun - auch was strukturell gemacht wird -, ausschließlich darauf ausgerichtet ist, mögliche wirtschaftliche Einbrüche und dadurch auch die Auswirkungen auf die öffentlichen Hände zu verringern. Deshalb muss man immer genau sortieren, was man eigentlich macht und welche Wirkung dies entfaltet.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum dann der Aufstand?)

Den Maßnahmen, die zu einer rechnerischen Mindereinnahme von 230 Millionen € hätten führen können, haben wir in einem Umfang von 100 Millionen € nicht zugestimmt. Ich erinnere daran, dass wir den Konjunkturpaketen I und II sowie dem Familienleistungsgesetz zugestimmt haben, nicht aber dem **Bürgerentlastungsgesetz**, weil wir der Meinung gewesen sind, dass eine rechnerische **Zusatzbelastung** von 100 Millionen € die Leistungsfähigkeit des schleswig-holsteinischen Landeshaushalts überfordert hätte. Außerdem sind wir der Meinung, dass die krisenentschärfende Wirkung und die wachstumssteuernde Wirkung nicht so ausgeprägt sein werden, wie es der Bund vorgetragen hat. Der Bund hat dies übrigens in der Person von Bundesfinanzminister a. D. Peer Steinbrück vorgetragen, der diese Auffassung damals mit großer Vehemenz vertreten hat.

Die Landesregierung sortiert genau, welche gesetzlichen Entwicklungen uns angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und angesichts der Konsolidierung des Landeshaushalts helfen können und welche Entwicklungen möglicherweise nicht dazu führen.

Nun hat der **Bund** einen weiteren Gesetzentwurf vorgelegt, der ebenfalls dazu dienen soll, krisenverschärfende Elemente in **Steuergesetzen** zu reduzieren, um Schaden von Unternehmen abzuwenden, die möglicherweise durch die wirtschaftliche Entwicklung in Absatz -, in - als Folge daraus - Umsatz- und - wiederum infolge daraus - in Liquiditätsschwierigkeiten gekommen sind oder kommen könnten. Deshalb sind Maßnahmen zur steuerlichen Erleichterung bei Mantelkäufen, bei gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen sowie bei Zinsschranken vorgeschlagen worden. Diese Maßnahmen können dazu führen, dass Unternehmen, die sich in einer Krise befinden, geholfen wird, diese Krise zu überwinden, auch unter Berücksichtigung der Entwicklungen, die im Bereich der öffentlichen Sozialleistungen hinzu kämen.

Dieses Gesetz hätte rechnerisch **Mindereinnahmen** in der Größenordnung von etwa 70 Millionen € für den **Landeshaushalt** und etwa 60 Millionen € für die **Kommunen** Schleswig-Holsteins zur Folge. Der Antrag der SPD-Fraktion verlangt von mir, dass ich an dieser Stelle eine Tabelle vorlese. Ich schlage vor, dass ich diese Tabelle dem Finanzausschuss vorlege. Wenn Sie es möchten, kann ich dies aber auch hier gern tun.

Ich möchte aber lieber auf den Inhalt des Gesetzentwurfs eingehen. Der Gesetzentwurf beinhaltet krisenentschärfende Elemente, die Mindereinnahmen bei Ländern und Kommunen in der Größenordnung von voraussichtlich 2,8 Milliarden € nach sich ziehen werden. Wir kritisieren nicht die einzelnen **Maßnahmen**, die im **Unternehmensteuerbereich** zum Tragen kommen, sondern wir kritisieren die **Verteilung der Belastungen**, die sich daraus ergeben. Diese verteilen sich zu 77 % auf Länder und Gemeinden und zu 23 % auf den Bund. Wir sind der Auffassung, dass ein anderer finanzieller Ausgleich zwischen dem Bund und den Ländern gefunden werden sollte.

Außerdem haben die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen in den Gesprächen immer wieder die Vorgehensweise kritisiert. Die bisherigen Verhandlungen haben deutlich gemacht, dass der Bund diesen Weg bei kommenden Gesetzesvorhaben nicht noch einmal gehen wird. Es wird nicht

(Minister Rainer Wiegard)

noch einmal dazu kommen, dass wir einen Beratungsgang vollständig ausschließen.

Es ist natürlich ein erheblicher Schluck aus der Pulle für unsere Familien, wenn wir insgesamt 4,6 Milliarden € zusätzlich für **Familienleistungen** verausgaben. Wenn der Bund aber 20 € mehr **Kindergeld** verspricht, selbst aber nur 15 € bezahlt, dann wäre es angebracht, wenn er auch mit denen darüber redet, die die restlichen 5 € bezahlen. Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir erwarten, dass bei künftigen Gesetzesvorhaben miteinander über die Auswirkungen und Folgen solcher Maßnahmen gesprochen wird.

Der Gesetzentwurf beinhaltet einen Bestandteil, den wir außerordentlich kritisch sehen, nämlich die Frage der umsatzsteuerrechtlichen Besserstellung von **Übernachtungen im Hotelgewerbe**.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Seit wann das denn?)

Wir glauben nicht, dass dies eine besonders zielführende Lösung ist. Hierbei spreche ich für die Landesregierung, Herr Stegner.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im weiteren Verfahren werden wir über die Ausnahmen im **Umsatzsteuerrecht**, insbesondere über die Ausnahmen, die sich auf den ermäßigten Mehrwertsteuersatz beziehen, sehr nachdrücklich diskutieren. Wir haben in der Koalition vereinbart, dass bis etwa Mitte des Jahres Vorschläge erarbeitet werden, die darauf abzielen, diesen **Ausnahmekatalog** mit großer Sorgfalt neu zu strukturieren. Ich empfehle, die Zahl der Ausnahmen deutlich zu reduzieren.

Da dieser Punkt Bestandteil des Pakets ist, müssen wir sehr sorgfältig überlegen, ob dieser Punkt so schwerwiegend ist, dass wir deshalb nicht auch alle anderen Elemente dieses **Wachstumsbeschleunigungsgesetzes** passieren lassen können.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wann entscheiden Sie das?)

- Ich komme gleich dazu, Herr Kollege Stegner. Es ist so, wie es eigentlich immer war. Ich weiß nicht, ob Sie damals anders gehandelt haben. Wenn ich mich richtig erinnere, sind die wichtigen Bundesratsentscheidungen immer donnerstagnachts gefallen, sodass wir am Montagmorgen im Rahmen der Vorbesprechung zur Bundesratssitzung zwischen 9 Uhr und 9:30 Uhr unser Verhalten dazu abgestimmt haben. So war es jedenfalls. Deshalb ist es

gar nicht hilfreich, dass Sie versuchen, hier einen anderen Eindruck zu erwecken.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz soll Freitag früh im **Bundesrat** beschlossen werden. Deshalb wird rechtzeitig vor der Sitzung

(Zuruf von der SPD: Montag! - Weitere Zurufe)

in Kenntnis der bisherigen Verhandlungsergebnisse und in Kenntnis dessen, was heute Abend und morgen früh dazu noch beraten wird, entschieden, wie sich Schleswig-Holstein verhalten wird.

Was die Regierung - insbesondere der Ministerpräsident, der Sozialminister, der Finanzminister und die Spitzen der regierungstragenden Fraktionen - hierzu verhandelt hat, gibt einen deutlichen Hinweis darauf, dass man durch sorgfältige Gespräche auch Dinge verbessern kann - innerhalb und außerhalb des Gesetzes.

(Antje Jansen [DIE LINKE]: Außerhalb?)

- Selbstverständlich außerhalb. Auch das hat es bisher schon einmal gegeben, dass man im Rahmen einer Gesetzgebung auch in anderen Bereichen Ausgleich gesucht und gefunden hat. Das ist auch nichts Besonderes. Aber das kann man noch üben. Insofern haben wir alle miteinander noch etwas zu lernen.

Es gibt im **Bereich Bildung** erhebliche Entwicklungen gegenüber den Beratungen der letzten Wochen. Ich sage aber auch sehr deutlich, es geht nicht nur darum, etwa für Schleswig-Holstein Vorteile herauszuschlagen. Ich habe bei meinen Gesprächen mit dem Bundesfinanzminister ebenso wie der Ministerpräsident bei seinen Gesprächen mit der Bundeskanzlerin von Anfang an sehr deutlich gemacht, es geht nicht um eine Extrawurst für Schleswig-Holstein. Wir haben in schlechter Erinnerung, welche **Sonderbehandlung** andere Bundesländer im Rahmen schwieriger Gesetzgebungsverfahren erhalten haben. Wir sind nicht der Meinung, dass dies ein guter Weg ist. Wir wollen saubere Strukturen und klare Entscheidungen, die für alle transparent sind. Deshalb war dies immer unser Weg.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb bin ich nicht nur erstaunt, sondern auch einigermaßen verärgert über manche Äußerungen auf Bundesebene, die immer wieder verkündet haben, es gebe keine Extrawurst, kein Pokern und kein Herauskaufen. Es ging nie um ein Herauskaufen.

(Minister Rainer Wiegard)

Ich bin sehr dankbar, dass Wolfgang Schäuble gestern in öffentlichen Darstellungen noch einmal sehr deutlich gemacht hat, dass es nie und zu keiner Zeit ein Gespräch über ein individuelles **Herauskaufen** einzelner Länder, insbesondere Schleswig-Holsteins, gegeben hat. Dies ist auch nicht unser Weg.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Kollege Stegner, ich möchte Sie als denjenigen, der jetzt am stärksten den Kopf schüttelt, einmal an ein paar Gesetzgebungsverfahren der letzten Jahre erinnern. Kramen Sie nur noch einmal in Ihren Erinnerungen!

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Die hat er nicht!)

An welcher Stelle haben Sie überhaupt einmal in einem solchen Maße wie jetzt der Ministerpräsident erreicht, dass es im Rahmen eines solchen Gesetzgebungsverfahrens Bewegung gibt? Ich könnte Ihnen dazu eine Reihe von Gesetzen aufzählen. Wenn Sie das möchten, kann ich das gern tun.

Der Beratungszeitraum betrug bisher 14 Tage. Wir werden durch die Beratung der vergangenen 14 Tage in einer Reihe von Fällen und in einer ganzen Reihe von Politikbereichen Möglichkeiten zu Gesprächen haben. Diese Möglichkeiten hatten wir vor zehn Tagen noch nicht. Wir werden mit dem Bund sehr intensiv über eine Veränderung bei der Finanzierung der **Kosten der Unterkunft** reden. Das ist ein bedeutender Punkt für die **Kommunen**. Dort hat es bisher keine Bewegung gegeben.

Herr Stegner, ich sehe Ihre Kopfbewegung. Deshalb sage ich, es gab insbesondere auch bei der Regierung der Großen Koalition in Berlin keine Bewegung in diesem Punkt. Ich glaube, wir werden einen großen Schritt zum Vorteil unserer Kommunen machen können, die durch mögliche rechnerische Mindereinnahmen auch von diesem Wachstumsbeschleunigungsgesetz betroffen sind. Deshalb werden wir auch zu **Veränderungen** kommen müssen.

Wir sind bei der Behandlung der Frage, wie wir den Kommunen bei der Entwicklung der **Arbeitsgemeinschaften** helfen, einen großen Schritt weiter. Diese Möglichkeit hat es vor zehn Tagen noch nicht gegeben. Wir werden über eine **Neuverteilung der Umsatzsteuer** zwischen dem Bund und den Ländern reden. Der Bund hat vor einer Woche noch strikt jedes Gespräch darüber abgelehnt. Ich denke, dass dies ein großer Schritt ist.

Wir werden im kommenden Jahr umfangreich über die **Steuerstrukturen** diskutieren und darüber sprechen, wie wir durch steuerpolitische Maßnahmen Entscheidungen herbeiführen können, die die **Administration** in **Steuerverwaltungen** in erheblicher Weise entlasten. Es geht also nicht nur darum, einfach, gerecht und transparent zu arbeiten, sondern es geht auch darum, mit wie viel weniger Aufwand wir im Bereich der öffentlichen Verwaltung und bei den Betroffenen davon profitieren können.

Bei dem, was in den Gesprächen bisher erreicht worden ist, haben wir einen gewaltigen Fortschritt gemacht. Bis morgen sind es aber noch 24 Stunden. Man weiß in diesem Politikbereich nicht, was sich noch ereignet.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Wiegard, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jezewski zu?

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Ich möchte nur meinen Satz zu Ende führen, wenn Sie gestatten.

Deshalb werden wir den heutigen Tag, den heutigen Abend und - wenn es notwendig ist - die heutige Nacht nutzen, um noch weiter an den Einzelheiten zu feilen, die uns dazu verleiten können, diesem Gesetz zuzustimmen. Es hat nämlich auch positive Elemente. Die Entscheidung fällt allerdings morgen früh.

Bitte schön, Herr Kollege.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Herr Minister Wiegard, die von Ihnen gerade angekündigten erfreulichen Entwicklungen, wonach plötzlich Gesprächsbereitschaft aufseiten der Bundesregierung besteht, konnten wir heute Morgen schon der Presse entnehmen.

- Das konnten Sie der Presse entnehmen, weil wir es verhandelt haben.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Nun hat die Bundeskanzlerin aber ganz deutlich gesagt, dass das überhaupt nichts mit den geplanten Steuerentlastungen und den morgigen Verhandlungen im Bundesrat zu tun hat. Sagt die Frau Bundeskanzlerin da etwa die Unwahrheit?

- Nein, die einzelnen verhandelten Elemente haben in der Tat mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz nichts zu tun. Die Öffnung für Gespräche bei

(Minister Rainer Wiegard)

der Verteilung der Kosten für Unterkunft steht nicht im Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Insofern ist das völlig richtig. Zu Veränderungen beim Verhältnis für die Kosten von Bildung wird es heute noch eine Debatte geben. Dies steht nicht im Wachstumsbeschleunigungsgesetz, ist im Rahmen dieser Beratungen aber durchaus kein uninteressanter Gegenstand, wenn man sieht, welche Belastungen sich insgesamt aus den unterschiedlichen Maßnahmen für das Land Schleswig-Holstein und die anderen Länder und den Bund ergeben. Insofern gibt es in der Tat keine Verbindung innerhalb des Gesetzes. Das ist aber auch nicht nötig.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]: Ich habe noch eine kleine Nachfrage. Die Bundeskanzlerin bestreitet jeglichen Zusammenhang zwischen den Verhandlungen und den Steuerentlastungen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich als Laie habe es daher so verstanden, dass wir trotzdem alle diese Punkte weiter verhandeln können und bekommen, auch wenn wir dem ominösen Steuerentlastungsgesetz morgen nicht zustimmen. Wäre es keine Möglichkeit, in diese Richtung zu verhandeln?

- Herr Kollege, es ist eben so: Wir haben bestimmte Belastungen, und wir haben ein bestimmtes finanzielles Ziel bis 2020. Wir wissen, dass bereits im vergangenen Jahr auf dem Weg zum Jahr 2020 beschlossen wurde, eine **Anknüpfung** der **Bildungsausgaben** an das **Bruttoinlandsprodukt** in Höhe von 10 % herzustellen. Ich darf hinzufügen, dass ich davon überhaupt nichts halte. Das ist für Sie sicherlich nicht neu. Die Mehrheit im Bundestag und in den Landtagen wird das aber so beschließen und hat es bisher auch gutgeheißen. Deshalb muss man sehen, welche Belastungen auf Schleswig-Holstein zukommen und welche finanzielle Entwicklung wir bis 2020 gehen müssen. Dann ist für mich entscheidend, wie wir die Verteilung der Einnahmen und Ausgaben zwischen Bund und den Ländern - Schleswig-Holstein - gestalten und ob wir unter dem Strich noch in der Lage sind, das Ziel zu erreichen, nicht übermäßig belastet zu werden.

Das ist für mich der Maßstab der Dinge. Es ist egal, ob das in dem einen oder in dem anderen Gesetz steht. Ich kann Ihnen nur sagen: Beim Konjunkturpaket II gab es eine Draufsattelung. Da ging es um die Angleichung der Pendlerpauschale. Das hatte mit Wachstum und Konjunktur überhaupt nichts zu tun, sondern war schlicht und ergreifend die Umset-

zung eines Beschlusses des Verfassungsgerichts. Von daher ist es überhaupt nichts Ungewöhnliches, dass wir über eine Vielzahl von Maßnahmen miteinander reden.

Meine Damen und Herren, morgen früh wird die Entscheidung getroffen. Ich glaube, dass die Verhandlungen in diesem Punkt bisher nicht gering erfolgreich waren.

(Lachen bei der SPD)

Aber es bleibt eine Menge an Arbeit vor uns, die entscheidenden Punkte, über die wir hier zu sprechen haben, auszufüllen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Vielen Dank. - Da die Redezeit der Landesregierung um insgesamt acht Minuten überzogen wurde, steht jetzt den Fraktionen eine entsprechende Zeitverlängerung zu. Aber Sie müssen sie nicht nutzen. In Anbetracht unserer vollen Tagesordnung gebe ich diesen kleinen dezenten Hinweis.

Ich eröffne jetzt die Aussprache und erteile dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesen dunklen Dezembertagen werden Kindern schöne Märchen vorgelesen, die das Herz anrühren und für Wonne sorgen.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Vom bösen Wolf!)

Auch im Landeshaus werden Heldengeschichten verbreitet über einen wackeren Ritter, der mit seinem Knappen am 3. Advent auszog, die Kanzlerin das Fürchten zu lehren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bundesweit!)

Und das Publikum? Wir fragen uns, ob hier nicht eher der Ritter der traurigen Gestalt zu sehen ist

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW - Zurufe von der CDU: Oh, oh! - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: Den sehen wir gerade vor uns!)

oder ob unter der Ritterrüstung vielleicht eher ein Baron - zu Deutsch Freiherr - steckt, der wie alte und - siehe gestern im Bundestag - sogar brandneue adelige Vorbilder in der Öffentlichkeit Lügengeschichten erzählt.

(Dr. Ralf Stegner)

(Widerspruch bei der CDU)

Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschleunigt das Wachstum der Schulden und der öffentlichen Armut.

(Beifall bei der SPD - Christopher Vogt [FDP]: Da sind Sie Experte!)

Außerdem ist es ein Verdummungsbeschleunigungsgesetz, wenn man genau hinguckt. Herr Finanzminister, ich habe selten eine so lange Rede mit so wenig Inhalt gehört wie die, die Sie hier heute vorgetragen haben.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Bei Ihrer Rede hören Sie ja nicht zu!)

Das ist schon ein Kunststück, 17 Minuten zu reden und nichts zu sagen. Das ist Ihnen gelungen. Das muss ich Ihnen wirklich sagen.

Schwarz-gelb in Bund und Land vermitteln den Bürgern eine Welt, in der wir nur einen schlanken Staat brauchen, gerechte Besteuerung nach Leistungsfähigkeit eigentlich Diebstahl ist und man deshalb privatisieren und die Steuern geradezu senken muss. Dann wandelt sich alles zum Besten

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

und blühende Landschaften entstehen quasi von selbst. Wir haben ja heute gehört: Es sind nur rechnerische Verluste.

Deshalb sind die abstrusen, aber im Wahlkampf unisono verkündeten **Steuersenkungspläne** in den schwarz-gelben Koalitionsvertrag des Bundes gekommen. Sie wurden von Koppelin, Carstensen & Co. vor dem 27. September landauf, landab vertreten und danach abgenickt. Das ist die Wahrheit zum Koalitionsvertrag in Berlin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, völlig überraschend stellt sich nun heraus, dass Steuersenkungen doch tatsächlich dazu führen, dass dem Land und den Kommunen **Einnahmen** verlorengelangen. Man kann es nicht glauben. Jahr für Jahr 70 Millionen € weniger für das **Land** und 60 Millionen € weniger für die **Kommunen**.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Durch den großartigen Verhandlungserfolg von Ministerpräsident Carstensen bei der Föderalismusreform bekommt Schleswig-Holstein brutto das an Konsolidierungshilfe, was jetzt fehlt. Das ist ein richtiger Klassiker aus der Serie „linke Tasche, rechte Tasche“. Das Gesetz allerdings ist ein Klas-

siker aus der Serie „kleine Tasche, große Tasche“. Das ist nämlich das, was Sie mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz machen.

Was sagt der FDP-Landesvorsitzende Koppelin in der „Frankfurter Rundschau“? „Auf Dauer geht es nicht immer weiter, die Ausgaben zu kürzen.“ Gut gebrüllt, Löwe, kann ich nur sagen. Er sagt weiter: Deswegen könne man dem Gesetz so nicht zustimmen. - Aha! So weit sind wir uns hier im Parlament auch einig, was auch in dem im Geiste adventlichen Friedens entstandenen Beschluss des Finanzausschusses deutlich geworden ist.

Aber sind wir uns wirklich einig? - Die neue Glaubwürdigkeit à la Schwarz-Gelb heißt doch Folgendes: Im Wahlkampf für reiche Erben und Hoteliers Wahlversprechen abgeben, nach der Wahl sagen, Schleswig-Holstein könne sich das nicht leisten und müsse dagegen sein, dann - wie alle CDU/FDP-MdBs aus Schleswig-Holstein - im Bundestag für das Gesetz stimmen, dann öffentlich Radau machen, am Schluss klein beigeben und im Bundesrat zustimmen. Merken Sie eigentlich noch was? Das ist doch eigentlich nicht zu glauben. Wenn das glaubwürdig ist, dann ist Zickzackkurs die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Konsequent wäre gewesen, wenn das geschehen wäre, was wir vor und nach der Wahl gesagt haben, nämlich dass der Staat für Bildung, Kinderbetreuung, Klimaschutz mehr Geld braucht, dass Steuersenkungen nett, aber nicht finanzierbar sind, dass wir im Gegenteil sogar die mit den höchsten Einkommen und Vermögen stärker an der Solidarität beteiligen müssen.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Motto dagegen lautet: Und die Lehre davon ist - selbst der allergrößte Mist zahlt sich irgendwann für irgendjemand aus.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das stimmt!)

- Stimmt sogar. Sie bedienen nämlich einzelne Wählergruppen wie reiche Erben und Hoteliers. Und dann machen Sie zu allem Überfluss das mit der Kinderförderung auch noch so, dass die mit den höchsten Einkommen am meisten bekommen, die Normalverdiener weniger und die, die es am nötigsten hätten, gar nichts. So stellen Sie das an.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

(Dr. Ralf Stegner)

Das ist falsch, das ist ungerecht, und es ist auch noch wirkungslos, weil Sie damit im Gegensatz zu öffentlichen Investitionen keine dauerhaften positiven Wachstumseffekte erzielen, sondern ausschließlich **Mitnahmeeffekte** bei denjenigen, die es nun überhaupt nicht nötig haben. Das ist das, was Sie tun.

(Beifall bei SPD und der LINKEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Nun fragen sich die staunenden Schleswig-Holsteiner: Womit kamen eigentlich unsere beiden wackeren Teilnehmer an der Adventskaffeefahrt aus Berlin zurück?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wüssten Sie gern, nicht? - Heiterkeit)

Mit Kompensationsheizdecken von der Edelmarke Merkel & Westerwelle. Genau damit sind sie zurückgekommen.

Wir erinnern uns: In Schleswig-Holstein können sich weder Land noch Kommunen weitere Einnahmeverluste leisten, und deshalb bestehen wir auf **Kompensation**. So stand das ja im Beschluss des Finanzausschusses. Nun könnte ja ein Nörgler - das liegt mir fern! -

(Lachen bei CDU und FDP)

einwenden, die Zahlung eines Lösegeldes mache die schändliche Tat nicht ungeschehen. Dafür spricht ja etwas. Aber potz Blitz!, da droht unser Ministerpräsident mutig, Schleswig-Holstein werde im Bundesrat nicht zustimmen, wenn es keine echte Kompensation gebe. „Ihr habt sie nicht mehr alle“, soll er in einem Anflug von Wahrheitsliebe der Kanzlerin zugerufen haben. Bravo, Herr Ministerpräsident! Bravo!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Was ist aber nun eine echte Kompensation? - Das ist ein Ausgleich. Das findet man übrigens in jedem ordentlichen Lexikon. Also nach meinem Sprach- und Logikverständnis 130 Millionen € jährlich, also der vollständige Ersatz der Einnahmen, die Schleswig-Holstein durch das Gesetz dauerhaft verlorengehen, durch dauerhafte Zuschüsse oder Einsparungen. Das ist echte Kompensation, wie Sie es genannt haben. Nichts anderes. Nicht weniger.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Was haben wir dazu aber in den letzten Tagen und heute vom Finanzminister nicht gehört? Alle im Raum stehenden Vorschläge übertreffen sich im Bemühen, das Wort **Kompensation** zu verunstalten, ja ins genaue Gegenteil zu verkehren. Das ist natürlich konsequent, denn mit dem Wort Wachstumsbeschleunigungsgesetz verhält es sich ja genauso. Es beschleunigt auch nicht das Wachstum, außer das Wachstum der Schulden und der öffentlichen Armut.

Und dann hören wir auch noch, um eine **Sonderregelung** für Schleswig-Holstein sei es nie gegangen. Niemand hatte die Absicht, einen gerechten Ausgleich für Schleswig-Holstein zu fordern. Das ist doch das, was wir von Ihnen hören. Wie denn nun?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ich dachte immer, Schleswig-Holstein habe besondere Probleme und brauche deshalb besondere **Hilfen**.

Kommen wir kurz zu den **Varianten**, die hier diskutiert werden. Möglichkeit Nummer 1: Mittel für Straßenbau oder Hilfen bei der Hinterlandanbindung der festen Beltquerung. Abgesehen von teuren Kofinanzierungswirkungen wären das immerhin zusätzliche, aber einmalige Zuschüsse, denen dauerhafte Einnahmeausfälle gegenüberstehen. - Fällt also aus.

Möglichkeit Nummer 2: Eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Bildungsausgaben. Mehr Geld für Bildung, wie von Frau Merkel letztes Jahr in Dresden versprochen, ist bitter nötig, das wissen wir alle, aber über den gestrigen Bildungshügel in der Größe des Bungsberges werden wir ja nachher noch debattieren. Rausgekommen ist nichts. Aus 60 Milliarden sind 16 Milliarden geworden, und wie die verteilt werden sollen, wollen Sie im Sommer diskutieren - na wundervoll -, aber abgestimmt werden soll morgen über das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz**.

Auch hier handelt es sich um einen Ersatz für Mittel, die sich Schleswig-Holstein ohnehin nicht leisten könnte. Eine Kompensation von **Einnahmeausfällen** ist auch dies nicht, die angebliche Kompensation wäre auch nicht dauerhaft. Statt unser um 70 Millionen € erhöhtes strukturelles Defizit zu verringern, ist das wie bei der Werbung mit Thomas Gottschalk, der zwei Jacken im Sonderangebot kauft und sagt, er hätte nun doppelt so viel gespart. Das ist die Logik der Vorschläge, die Sie machen.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall bei SPD, der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Kommen wir zu Möglichkeit Nummer 3: Der Bund übernimmt großzügig die Trennungskosten der ARGEn. Wundervoll! Wieder geht es um die Teillösung eines Problems, das es ohne Sie gar nicht gäbe.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Würde Frau von der Leyen umsetzen, was 16 Arbeitsministerinnen und Arbeitsminister beschlossen haben, hätten wir per Verfassungsänderung weiterhin die **Arbeitsvermittlung** aus einer Hand.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Erst durch den Murks der **Neuregelung** entstehen überhaupt die **Kosten**, über die wir reden, und die sollen teilweise ausgeglichen werden. Na großartig! Das hat mit dauerhafter Kompensation von Einnahmeausfällen überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei SPD und SSW)

Sie fahren dem Nachbarn gegen den Wagen, der geht kaputt, und Sie bieten ihm an, seinen Zaun zu streichen. Das ist die Logik, mit der Sie hier argumentieren.

Bleibt Möglichkeit Nummer 4 - diese Verknüpfung musste ich wirklich zweimal lesen, weil selbst ich das nicht glauben konnte, obwohl ich Ihnen vieles nicht zutraue; als ich das gelesen habe, musste ich doch stutzen, dass Sie sich so etwas trauen -: Bei der großen **Steuerreform 2011** soll es dann wirklich eine weniger starke **Belastung für die Länder** geben. So sollen das Frau Merkel und Herr Westerwelle am Sonntag versprochen haben. Das ist ja richtig klasse. Das heißt, gegen den geplanten Irrsinn des Schuldenbeschleunigungsgesetzes Nummer 2 sind die jetzigen Einnahmeausfälle ja geradezu nur „Peanuts“, wie der verehrte Herr Vorsitzende des Aufsichtsrats der HSH Nordbank das formulieren würde. Das ist ja wunderbar, dann kann man ja jetzt zustimmen, dann kommt es im nächsten Jahr ja vielleicht nicht ganz so schlimm, wie es sonst kommen würde. Dann muss Schleswig-Holstein weniger leiden, aber natürlich auch das nur, wenn Sie nächstes Mal wieder zustimmen, wie Sie es auch morgen tun werden. Mit dauerhafter Kompensation hat auch dies nichts zu tun.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Ach ja, es gibt auch noch Möglichkeit Nummer 5: Wir vertrauen auf die vage Zusage von Frau Mer-

kel, dass man uns bei der **Einhaltung des Verschuldungsverbots** bis 2019 noch doller hilft als bisher. Weniger Einnahmen, mehr Ausgaben, dafür aber eine Schuldenbremse mit Bremskraftverstärker aus Berlin. Das ist das, was Sie uns anbieten.

Herr Carstensen, erinnern Sie sich noch an die letzten Verhandlungen zu den Konsolidierungshilfen? Geht das einmal so eben per Handschlag der Kanzlerin, wo doch der Bund selbst nicht einmal weiß, wie er seine Schuldenbremse erfüllen will? Herr Schäuble sagte uns und dem Publikum gestern im ZDF, so blöd sei die Regierung nicht, das vor den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen auch noch den Bürgerinnen und Bürgern zu erklären. Das ist wirklich ehrlich, aber in einer dreisten Form, wie ich sie selten gehört habe.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Wer soll das eigentlich zahlen? Die anderen Länder? Stimmen die dann noch zu? Wir hören doch, wie begierig Herr Seehofer und Herr Koch darauf warten, endlich der Kieler Regierung hilfreich zur Seite stehen zu dürfen. Das hören wir doch schon seit Tagen, dass das so ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wer es glaubt, wird selig. Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, nein, all das zeigt, was Sie für das Licht am Ende des Tunnels halten, ist kein Hoffnungsschimmer für Schleswig-Holstein, sondern der entgegenkommende Zug. Das ist die schiere Wahrheit dessen, was Sie uns hier erzählen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir in Schleswig-Holstein wirklich brauchen, ist nicht dieses Gesetz - das taugt nichts -,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sondern Stegner!)

sondern einen fairen **Entschuldungspakt** von **Bund, Ländern** und **Kommunen**. Was wir wirklich brauchen, sind gezielte öffentliche Investitionen in **Bildungs- und Familieninfrastruktur** statt Steuersenkungen für einzelne Gruppen. Was wir wirklich brauchen, sind **Investitionen** dort und nicht, dass Bund, Ländern und Kommunen wichtige Mittel für Kindergärten, Schulen und Hochschulen entzogen werden.

(Beifall bei SPD, der LINKEN und SSW)

Was wir wirklich brauchen, sind Investitionen in die **Infrastruktur** von **Netzen** und **erneuerbaren Energien** statt Steuergeschenke für die Erben von

(Dr. Ralf Stegner)

Nettovermögen. Das wären echte Investitionen in die Zukunft.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Und - ja, ich bekenne mich dazu - wir brauchen auch Steuererhöhungen bei denen mit den höchsten Einkommen und Vermögen. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Herr Ministerpräsident, wenn Sie morgen - egal, wie kurz oder lang die Nacht auch sein möge - dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz im Bundesrat zustimmen, dann wenden Sie nicht Schaden vom Volk ab, wie es Ihrem Amtseid entspricht, sondern dann fügen Sie dem Volk in Schleswig-Holstein Schaden zu. Das ist das, was Sie dann tun. Dieses Gesetz präsentiert die Scheinlösung für ein Problem, das es ohne Schwarz-Gelb gar nicht gäbe, wie die „Kieler Nachrichten“ völlig richtig festgestellt haben.

An die Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion sage ich - ich weiß ja nicht, in welcher Stärke Sie bleiben werden -: Sie sollten sich überlegen, ob Sie auf Dauer den Klassenkasper im Landtag spielen wollen. Das würde ich mir an Ihrer Stelle gut überlegen. Das ist keine so beneidenswerte Rolle, die man auf Dauer haben sollte.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei der LINKEN und SSW)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie morgen im **Bundesrat** zustimmen, handeln Sie gegen die Interessen Schleswig-Holsteins, gegen die Interessen unserer Kommunen und gegen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Herr Carstensen, Herr Kubicki, Sie behaupten, Sie hätten für andere die Kohlen aus dem Feuer geholt. Das stimmt, für Angela Merkel haben Sie das getan. Das ist wirklich wahr. In der Art und Weise, wie Sie da aufgetreten sind, das war Amateurliga gegen Bundesliga, und Sie sind stolz auf das Ehrenrot, das Sie erzielt haben. Das ist dabei rausgekommen, nicht mehr und nicht weniger.

(Zurufe)

Herr Ministerpräsident, verwechseln Sie - um noch einmal beim Ritter der traurigen Gestalt zu bleiben - nicht länger Frau Merkel mit Dulcinea! Legen Sie Ihre schillernde Rüstung ab! Machen Sie dem ein Ende! Dann wären Sie wirklich ein Held.

Aber das wollen Sie gar nicht, weil unter der Rüstung eben doch nur der alte Pinocchio zum Vorschein kommt, den wir noch von den schönen Demonstrationsplakaten kennen.

(Zurufe)

Herr Carstensen, die traurige Wirklichkeit ist: Unsere beiden Adventsreisenden aus dem Norden können nicht, was sie tun, anders als sie im Wahlkampf traurig beschrieben haben. Herr Carstensen, Herr Kubicki, nein, Sie tun nur, was Sie können, und das ist viel zu wenig. Schleswig-Holstein hätte Besseres verdient.

(Anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die CDU hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Christian von Boetticher das Wort.

Dr. Christian von Boetticher [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer in den letzten Wochen und Monaten aufmerksam zugehört hat, wird mitbekommen haben, dass auch meine Interviews, die ich zu diesem Thema gegeben habe, nie im Kern gegen das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** gerichtet waren. Es geht uns im Kern um die Vereinbarkeit zweier Ziele: auf der einen Seite Wachstum schaffen und auf der anderen Seite für ein finanzschwaches Land wie Schleswig-Holstein den Weg zu ermöglichen, bis 2020 ohne neue **Schulden** auszukommen.

Ehrlich gesagt, wer wollte denn bestreiten, dass durch bestimmte Anreize und Steuersenkungen Wachstum geschaffen werden kann? Wenn das nicht der Fall wäre, dann hätten die ganzen Steuerentlastungsgesetze der rot-grünen Koalition aus den Jahren 1999 und 2000 überhaupt keinen Sinn gemacht.

(Zurufe)

Das heißt, richtig gemacht können wir mit Gesetzen natürlich **Wachstum** beschleunigen. Darum haben wir uns immer klar dazu bekannt, dass man Familien entlastet, wie es jetzt geschieht, dass man Steuerfreibeträge senkt und auch für schwächere Einkommen das Kindergeld erhöht. Wer in diesem Haus möchte etwas dagegen sagen, wenn man **Familien**, wie das jetzt geschehen soll, um 4,6 Milliarden € entlastet? - Das ist ein richtiger Schritt.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe)

(Dr. Christian von Boetticher)

Wir haben auch in dieser besonders schwierigen Situation festgestellt, dass der Mittelstand in diesem Land das Rückgrat ist, dass wir nicht von der großen Industrie leben und von globalisierten Unternehmen, die Sie übrigens ebenfalls im Jahr 1999 maximal entlastet haben, sondern dass wir vom **Mittelstand** leben. Wenn dieser Mittelstand durch Anpassung der **Erbschaftsteuer** und der **Unternehmensteuer** entlastet wird, dann kann ich daran, ehrlich gesagt, nichts Anstößiges erkennen. Ich sage Ihnen aber eines, was auch zur Wahrheit gehört: Ich war einer der ganz wenigen, der kurz vor der Wahl beim DEHOGA gewesen ist und dort ganz deutlich gesagt hat: Von mir gibt es keine Zusage dafür, dass ich mich in irgendeiner Art und Weise für die Absenkung dieses separaten Bereichs einsetze.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Ich habe immer gesagt, ich bin sehr gern bereit, die Regel- und Ausnahmeverhältnisse zu überprüfen, die wir im Zusammenhang mit der **Mehrwertsteuer** haben. Es macht keinen Sinn, Wasser hoch zu besteuern, aber Säfte mit einem geringen Fruchtanteil mit einem verringerten Mehrwertsteuersatz zu besteuern. Ich habe also immer dafür plädiert, sich Regel- und Ausnahmefälle anzugucken.

Natürlich ist man am Ende bei einem solchen Gesetz nie mit allen Bausteinen zufrieden. Uns kam es in erster Linie darauf an, für **Schleswig-Holstein** den Pfad zu einer konkreten **Entschuldung** im Laufe der nächsten Jahre einhalten zu könne. Darum ging es. Der Herr Ministerpräsident hat dies in einer Art und Weise gemacht, in der er auf die finanzielle Situation des Landes verwiesen hat. Er hat dies gegenüber der Bundeskanzlerin energisch vorgetragen. Das ist in diesem Land wirklich einmalig. Stellen Sie sich vor, der Ministerpräsident und die Landesregierung hätten einen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht, der so hieße: Wir begrüßen ausdrücklich die Gesetzesziele dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, nämlich Wachstum, Beschäftigung und Familienentlastung. Dann hätte es hier einen Aufschrei gegeben. Sie alle hätten gesagt: Das kann doch nicht sein. Jetzt verrät er die Finanzen dieses Landes. Genau das haben Sie 1999 mit Ihrer Landesregierung hier in diesem Landtag und von dieser Regierungsbank aus in die Wege geleitet, lieber Herr Stegner. Sie regen sich jetzt über Sachen auf, die zu tun Sie damals nie selbst den Mumm gehabt haben. Das ist ehrlich die Schweinerei in dieser Sache.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich nenne hier die Steuerentlastungsgesetze von 1999. Das Nettoentlastungsvolumen und damit das Belastungsvolumen auch für Länderhaushalte lag bei 12 Milliarden €. Wo war da Ihr Aufschrei? Wo war Frau Simonis? War sie damals bei Bundeskanzler Schröder? Hat sie gesagt: Nein, ich muss für mein Land kämpfen, ich muss darauf hinweisen, wie schlecht die Lage in Schleswig-Holstein ist? - Nein, sie hat im Gegenteil einen Antrag in den Bundesrat eingebracht, der das Ganze noch begrüßt. Die Attitüde, die Sie hier vorlegen, ist unglaublich. Eben stimmen Sie all dem noch zu, eben mimen Sie noch den kleinen Mann, jetzt aber, da Sie nichts mehr zu sagen haben, plustern Sie sich hier auf und verlangen von der Regierung Dinge, die Sie niemals geleistet haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Stegner, so ist das mit Ihnen. Sie sollten nach Ihrer Bilanz eigentlich so klein sein, dass Sie von der Teppichkante Fallschirmspringen könnten. Stattdessen plustern Sie sich hier auf.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen auch etwas zu den Dingen, die am Ende beschlossen wurden. In der nächsten Debatte kommen wir auch noch darauf. Wir haben gemeinsam eine Steigerung der **Bildungsausgaben** auf **10 % des BIP** bis 2015 beschlossen. Im Übrigen geschah dies ohne eine große Gegenstimme. Im Gegenteil: Wenn ich die Anträge der Grünen lese, die Sie in der letzten Sitzungswoche eingebracht haben, dann würden sich die Ausgaben, die sich im Augenblick, also bis zu den Verhandlungen, auf 300 Millionen € als zusätzliche Kosten für Schleswig-Holstein belaufen hätten, auf 600 Millionen € verdoppeln. Das heißt, Sie wollen an dieser Stelle noch mehr Belastungen. Sie wollen auch Landeshaushaltsbelastungen hier in Schleswig-Holstein. Darüber kann man im Bildungsbereich reden. Nun tun Sie aber nicht so, als ob das nicht Kosten wären, die in den nächsten Jahren ohnehin auf uns zu kommen würden!

Im Zusammenhang mit diesen Kosten ging es nun um die Frage, wie hoch der **Anteil** ist, den der **Bund** trägt. Sie alle werden es gemerkt haben, dass in dieser Frage in den letzten Wochen eine Menge Bewegung in die Debatte gekommen ist. Das, was jetzt vorliegt, was gestern auf den Weg gebracht worden ist, ist die Tatsache, dass sich der Bund mit 40 % beteiligt, und zwar nicht nur bis zum Jahr 2013, sondern über das Jahr 2013 hinaus. Was das für Schleswig-Holstein bedeutet, kann man konkret errechnen. Das bedeutet nämlich keine Mehrausga-

(Dr. Christian von Boetticher)

ben von 300 Millionen €. Das bedeutet auch keine Mehrausgaben von - wie von Ihnen immer noch gefordert - 600 Millionen €. Sie haben uns bis heute nicht erzählt, woher das Geld kommen soll. Vielmehr gibt es bei diesen Mehrkosten Minderausgaben von ungefähr gut 100 Millionen €. Wie hoch diese Summe ganz konkret ist, wird heute noch in den letzten Stunden ausgerechnet. Es gibt also ganz konkrete **Zusagen** im Hinblick auf Bildungskosten, die uns in den nächsten Jahren vom Hals gehalten werden. Da sie auf einer breiten Basis geschlossen und eingeplant waren, wird das Land dadurch von zusätzlichen und auch von weiteren Kosten freigehalten. Sie schließen am Ende eine Lücke. Dadurch wird uns am Ende wirklich geholfen, um mit diesen 80 Millionen €, die vom Bund kommen sollen, nachdrücklich diesen Weg der **Konsolidierung** bis zum Jahr 2020 zu gehen. Darum war das ein Erfolg.

Es war im Übrigen nicht der einzige Erfolg. Von diesem haben Sie gar nicht geredet. Vielleicht erinnern Sie sich daran. Es ist immer wieder erstaunlich, wie kurz Ihr Erinnerungsvermögen ist. In der letzten Wahlperiode haben wir lange darüber geredet, wo wir in den verschiedenen Ministerien Entlastungen erzielen könnten. Ich erinnere mich noch ganz genau daran, dass meine geschätzte Kollegin Trauernicht und mein sehr geschätzter Kollege Uwe Döring gesagt haben: Wir haben konkrete Vorschläge, aber diese können nicht umgesetzt werden, weil es bundesgesetzliche Leistungen sind, die durch bundesgesetzliche Normen festgelegt sind. Wir haben sogar gemeinsam Bundesratsvorstöße gemacht. Vielleicht erinnern Sie sich daran. Insgesamt hat der Landeshaushalt 1,2 Milliarden € rein durch **Bundesgesetze** normierte **Leistungen**.

Unsere Vorschläge, unsere eigenen Vorstöße in der Großen Koalition, gingen damals über Posten, die ungefähr 100 Millionen € ausmachten. Das waren 52 Millionen € in der Justiz, unter anderem die Kosten für die Prozesskostenhilfe. Es waren auch Sachverständigenkosten und andere Dinge betroffen, die im Justizbereich liegen. Wir haben bei der Krankenhausfinanzierung 45 Millionen €. Das sind Dinge, bei denen wir nach Auffassung Ihrer SPD-geführten Ministerien beträchtlich sparen können. Wir konnten das aber nicht, weil der Bund die Spielräume dafür nicht eröffnet hat. Auch diese Zusage hat der Herr Ministerpräsident mitgenommen. Wir werden bei genau diesen Gesetzen diese **Öffnungsklausel** bekommen, die wir unter der Großen Koalition in Berlin nie erreicht haben, weil es Ihre Minister in Berlin waren, die dort gemauert haben.

(Beifall bei der CDU)

Darum ist das ein Erfolg. Mit den Anträgen der letzten Wahlperiode allein wurde ein Volumen von 100 Millionen € erreicht, wodurch wir in Zukunft große Spielräume haben, um sparen zu können. Das betraf nur Anträge, die Ihre Ministerien in der letzten Wahlperiode eingebracht haben. Ich glaube, wir werden deutlich kreativer sein als Sie. Das heißt, auch hier ergibt sich noch einmal ein erhebliches Entlastungsvolumen.

Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich werden: Wir haben eine Menge erreicht.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Herr Stegner, interessanterweise haben das - abgesehen von Ihnen und Ihrer sehr traurigen Rede von eben - in Deutschland alle erkannt: Ihre eigenen Leute, auch die „Rheinische Post“, die titelt: Carstensen gewinnt, lohnender Widerstand. Lieber Herr Stegner, Sie müssen das nicht zur Kenntnis nehmen. Ich weiß, dass der eine oder andere irgendwann von einem gewissen Autismus geprägt ist. Selbst die „Lübecker Nachrichten“ sprechen aber heute davon: Das Feilschen der Länder mit Schleswig-Holstein an der Spitze hat sich gelohnt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Herr Stegner, weil das so offensichtlich ist, sage ich: Mir war von Anfang an klar, dass Sie die Größe, die Sie hier einmal angekündigt haben, nicht aufbringen. Es hieß: Wenn der Ministerpräsident etwas erreicht, dann bin ich der Letzte, der irgendetwas sagt, ich will kein Nörgler sein. - Ich habe gehaut, dass sich am Ende nur Ihre typische Kleinmütigkeit durchsetzt. Stegner, wie er leibt und lebt.

(Zurufe von der SPD)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich bin stolz darauf, dass durch Ihre Verhandlungen in Berlin Wichtiges erreicht werden konnte. Sie haben dort als einziger Ministerpräsident gekämpft. Das war nicht leicht, das hat man in vielen Gesprächen mitbekommen. Ich glaube aber, dass wir uns mit diesem wirklich guten Ergebnis vor keinem verstecken müssen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das Wichtigste für mich ist - das habe ich hier immer deutlich gemacht -, dass es zum ersten Mal eine Landesregierung gibt, die Entschuldung und eine Schuldenbremse nicht nur in die Verfassung schreiben will - das wollen ja einige auch nicht -, sondern die das auch ernst nimmt, die das zum Ziel ihrer Verhandlung macht und die ganz konkret auch in

(Dr. Christian von Boetticher)

Berlin mit der Schuldenbremse, mit einem Entschuldungsfahrplan argumentiert, die darauf drängt, dass Berlin die Sorgen und Nöte der einzelnen Bundesländer und an allererster Stelle auch unsere Sorgen ernst nimmt, und die dies dann auch durch konkrete Zusagen begleitet.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Das haben wir erreicht. Ich weiß, dass die Verhandlungen noch laufen. Darum ist es richtig und gut, dass heute noch nicht gesagt wird, wie Schleswig-Holstein abstimmen wird. Das wird erst in der Nacht entschieden, wenn alle Dinge auf dem Tisch liegen. Das können und das müssen wir auch unterstützen. Vom Finanzminister ist soeben darauf hingewiesen worden, dass es auch üblich ist, bis zur letzten Minute über die Details zu reden.

Hier ist viel erreicht worden. Mein herzlicher Dank gilt der Landesregierung, die all das für zukünftige Generationen ernst nimmt.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP - Wolfgang Baasch [SPD]: Typische Rede nach dem Motto: Wie werde ich Kalif anstelle des Kalifen? - Heiterkeit bei der SPD)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die FDP-Fraktion hat ihr Vorsitzender, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Ich bitte um Ruhe. Sie haben alle die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich kann verstehen, warum Herr Dr. Stegner so aufgeregt ist: weil er festgestellt hat, dass zum ersten Mal Menschen aus Schleswig-Holstein beim Bund ernst genommen werden, im Gegensatz zu ihm.

(Beifall bei FDP und CDU - Widerspruch bei der SPD)

Ich sage nur: Herr Dr. Stegner, lesen Sie noch einmal nach, und prägen Sie sich ein, was der ehemalige Bundesfinanzminister zutreffenderweise über Sie gesagt hat!

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und CDU)

Da ist uns klar geworden, warum Sie in Berlin nie etwas erreicht haben.

Die Rede hat meinen Erwartungen voll entsprochen. Deshalb gehe ich jetzt gar nicht auf sie ein. Herr Habeck, ich setze jetzt meine ganze Hoffnung auf Sie und Ihren Redebeitrag. Ich habe gehört, dass Sie heute böse mit mir sein wollen. Sie sehen: Ich zittere schon vor lauter Angst und Sorge. Wir werden sehen, was sich nachher aus Ihrem Redebeitrag ergibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden heute über das von CDU und FDP im Bundestag beschlossene Sofortprogramm, bei dem mithilfe von steuerlichen Maßnahmen **Wachstum** beschleunigt werden soll. Das soll am morgigen Freitag im Bundesrat von den Ländern bestätigt werden. Bürger, Unternehmen, aber vor allem Familien werden mit diesem Gesetz - so ist der Plan der Bundesregierung - zum 1. Januar um mehr als 20 Milliarden € entlastet. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung stärkt die Familien und hilft den Unternehmen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zumindest etwas abzumildern.

Aus meiner Sicht ist es an dieser Stelle wichtig, einmal auf die Details des Gesetzes einzugehen. Denn wenn ich mir die Pressemeldungen der SPD und insbesondere der Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag anschau, dann muss ich feststellen, dass diese leider mit sachlichen Inhalten herzlich wenig zu tun haben. Lassen sie mich beispielhaft drei Elemente des Gesetzes herausstellen.

Erstens. Die größte Entlastung durch das Gesetz erfolgt zugunsten von Familien mit Kindern. Rund 4,2 Milliarden € entfallen auf die Erhöhung des Kindergeldes und rund 400 Millionen € auf die Erhöhung der Steuerfreibeträge für **Kinder**. Das sind Gelder, die den Familien direkt zur Verfügung stehen und die zum Großteil direkt in den Binnenkonsum fließen.

Vielleicht darf ich etwas zu den LINKEN sagen. Wir teilen ja die Auffassung, dass die Anrechnung des Kindergeldes bei Hartz IV eigentlich keine sinnvolle Maßnahme ist. Das haben wir schon einmal gemeinsam beschlossen.

(Zuruf der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

- Aber, junge Frau,

(Heiterkeit bei FDP und CDU sowie der Abgeordneten Antje Jansen [DIE LINKE])

(Wolfgang Kubicki)

weil das eine noch nicht erreicht worden ist, können wir doch nicht sagen: Dann lassen wir das andere fallen. Denn damit würden wir Familien mit Kindern, gerade jene, bei denen die Eltern arbeiten, in erheblicher Weise belasten.

Nicht zuletzt tragen diese Maßnahmen auch zu einer deutlichen Reduzierung der Kinderarmut bei. Das sind beides Maßnahmen, gegen die selbst SPD und Grüne inhaltlich eigentlich nichts einzuwenden haben. - Oder vielleicht gerade doch.

Geschwister, Nichten und Neffen werden bei der **Erbchaftsteuer** nach dem Gesetzentwurf nicht länger als fremde Dritte behandelt, Steuersätze für diesen Personenkreis werden drastisch gesenkt, und bei der Vererbung von Betrieben sowie beim Generationenübergang in Familienunternehmen werden erhebliche **Steuerentlastungen** geschaffen. Insofern würde ich einmal darum bitten, dass Sie mit den Handwerkern sprechen. Dass Familien etwas vererben wollen, ist, sogar aus makroökonomischen Gründen, sehr vernünftig. Wir sollten alles dafür tun, dass das Gefühl vorhanden bleibt, es lohnt sich, etwas anzuschaffen, ohne dass man Angst haben muss, der Staat nimmt einem alles weg.

Schließlich werden reine Biokraftstoffe, nicht, wie noch von SPD und CDU beschlossen, mit weiteren Steuererhöhungen belastet. - Das müssten die Grünen doch unterstützen. - Dies trägt zur Wettbewerbsfähigkeit der Branche bei und leistet zudem einen Beitrag zum Umweltschutz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag begrüßt ausdrücklich die Zielsetzung dieses Gesetzes. Dennoch dürfen uns die kurzfristigen Belastungen für den schleswig-holsteinischen **Landeshaushalt** nicht gleichgültig sein. Oder anders formuliert: Für die vom Bund beschlossenen Maßnahmen, die das Haushaltsdefizit des Landes um 70 Millionen € und die Haushaltsdefizite der schleswig-holsteinischen Kommunen um 60 Millionen € erhöhen, muss es eine Kompensation geben. Anderenfalls wird Schleswig-Holstein im Bundesrat nicht zustimmen können.

Diese Position haben Ministerpräsident Carstensen und ich in den vergangenen Wochen sehr offensiv vertreten, nicht nur zur Freude unserer eigenen Parteien, weder im Land noch auf Bundesebene. Diese offensive Vorgehensweise - das zeigt die bundesweite Presseberichterstattung - hat auch entsprechende Wirkung gezeigt.

Herr Kollege Stegner, ich weiß ja, dass Sie sich darüber ärgern, dass Sie bundesweit immer nur mit

Negativschlagzeilen auffallen. Schauen Sie sich das an: „Spiegel Online“, „Spiegel“, „Focus“, „Welt“, „ZEIT“, „Tagesspiegel“.

(Wolfgang Baasch [SPD]: „Rheinische Post!“ - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ich weiß ja, dass Ihre Zeitungslektüre auf die drei Artikel beschränkt ist, die sich mit Ihnen beschäftigen. Wir lesen einfach ein bisschen weiter.

(Beifall bei FDP und CDU)

Das bundesweite Lob lautet, dass die Bundesländer unter Führung von Ministerpräsident Carstensen aus Schleswig-Holstein viel erreicht haben. Dazu komme ich gleich noch einmal, weil das auch in Ihrer eigenen Partei so gesehen wird, Herr Dr. Stegner. Das mag Sie in besonderer Weise schmerzen.

Am vergangenen Sonntag hat auf Einladung von **Bundeskanzlerin Merkel** ein sehr konstruktives und produktives Gespräch im Berliner Kanzleramt stattgefunden. - Ich weiß, dass es Sie ärgert, dass ich eingeladen worden bin und nicht Sie. Aber die Frau hat einfach Geschmack.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Der Bundeskanzlerin ist klar geworden, dass die finanzschwachen Länder - Schleswig-Holstein gehört nach 21 Jahren SPD-Regierung leider dazu - keine Chance haben werden, die ihnen ab 2020 zwingend vorgeschriebenen Vorgaben für eine Nettoneuverschuldung von null zu erreichen, wenn Ihnen durch die geplanten Maßnahmen des Bundes neue, zusätzliche Finanzlasten aufgebürdet werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann ganz eindeutig sagen: Schleswig-Holstein wird im Bund wieder ernst genommen, Schleswig-Holstein hat gekämpft, Schleswig-Holstein hat dem Bund erhebliche Zugeständnisse abgerungen. Das sind alles Dinge, die die bisherigen schleswig-holsteinischen Landesregierungen der vergangenen 20 Jahre nicht einmal versucht haben. - Sie haben es nicht einmal versucht, Herr Kollege Stegner.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich habe im „Stern“ gelesen - vielleicht lesen Sie dieses Magazin -, der Ministerpräsident habe mit Löwenmut gekämpft. Wenn man schon in die Geschichte zurückgehen und von Sagengestalten reden will, so war er jetzt Prinz Löwenherz und nicht der Ritter von der traurigen Gestalt, Herr Kollege Dr. Stegner.

(Zurufe der Abgeordneten Detlef Buder [SPD] und Antje Jansen [DIE LINKE])

(Wolfgang Kubicki)

Es gibt vorzeigbare Ergebnisse. Das ist das, was Sie ärgert, Herr Stegner und Herr Habeck. Es gibt vorzeigbare Ergebnisse, die Sie uns ja nicht gewünscht hätten.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das finde ich super! Da muss man wirklich einmal ehrlich sein!)

- Ja. Es gibt vorzeigbare Ergebnisse. Ich nenne sie gleich:

Erstens wird der Bund Länder und Kommunen von Zusatzkosten bei der Betreuung von Arbeitslosen entlasten. Dies ist für die Kommunen von erheblicher Bedeutung.

Liebe Sozialdemokraten, warum haben das SPD-regierte Rheinland-Pfalz, das SPD-regierte Bremen oder das Land Berlin das eigentlich nicht geschafft? Herr Kollege Stegner, warum hat eigentlich die SPD-Bundestagsfraktion keinen verfassungsändernden Gesetzentwurf zum Erhalt der ARGen eingebracht?

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Sehr richtig!)

Sie stellen sich hier hin und machen polemische Ausführungen. Ich frage: Wo ist denn die SPD? Wo waren denn Ihre Anträge, eine Verfassungsänderung herbeizuführen? Ich höre nur, dass Ihre Bundestagsfraktion einer Verfassungsänderung nicht zustimmen würde, weil es der SPD entgegenkommt, dass die gesamte Organisation der **Arbeitslosenverwaltung** wieder über die Bundesagentur für Arbeit abgewickelt wird.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: So ist das!)

Ihre eigene Bundestagsfraktion will die ARGen, die wir auf Landesebene haben, nicht. Deshalb werden wir im Bundestag auch keine verfassungsändernde Mehrheit bekommen. Aber sich hier hinzustellen und zu sagen: „Machen Sie doch etwas anderes!“, zeigt, wie schizophran die Sozialdemokratie auf allen Ebenen agiert.

(Beifall bei FDP und CDU - Wolfgang Baasch [SPD]: Das ist doch dummes Zeug, was Sie sagen!)

Zweitens gesteht der Bund den Ländern erhebliche Hilfen für den **Schulbau**, die Ausbildung von Lehrern sowie die Schülerförderung zu. Der Anteil des Bundes bei der Finanzierung von **Kindertagesstätten** und **Hochschulen** soll deutlich erhöht werden. Es ist tatsächlich etwas, dass der Bund von 10 % auf 40 % geht, und das nicht nur bis 2013,

sondern dass er es dauerhaft macht. Das heißt, es ist eine dauerhafte Entlastung von Ausgaben, die Schleswig-Holstein sonst hätte tätigen müssen, und das ist etwas, was man gemeinhin Kompensation nennt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Drittens - das ist sicherlich das umfangreichste Zugeständnis - wird der Bund den Ländern bei der Erreichung des Konsolidierungspfades hin zur Einhaltung der Schuldenbremse mehr entgegenkommen als bislang geplant. Es war schon ein Highlight, dass wir erst in dem Gespräch bei der Kanzlerin klarmachen konnten, worum es eigentlich geht. Es kann nicht sein, dass wir die 80 Millionen **€Konsolidierungshilfe** nicht bekommen können, weil wir den Konsolidierungspfad durch Mindereinnahmen, die der Bund verursacht, nicht erreichen. Damit hätten wir zweimal verloren. Das ist klar geworden, und deshalb hat der Bund die eindeutige Zusage gegeben, dass er uns dabei helfen will, den Konsolidierungspfad überhaupt zu erreichen, damit wir die Bundeshilfen bekommen können. - Das ist klasse, Herr Stegner. Ich weiß, dass Sie das nicht verstehen, aber das ist wirklich klasse.

(Beifall bei FDP und CDU)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle, einmal auf die Presse-Essays der grünen Landtagsfraktion einzugehen. Herr Habeck, Sie sind mit Sicherheit ein schriftstellerisches Talent. Das kann ich nicht anders sagen. Doch leider vermischen Sie zu oft Fiktion und Wirklichkeit. Dass Sie erklären, das, was wir im Bundeskanzleramt vereinbart hätten, hätte überhaupt nichts mit neuen Vereinbarungen zu tun, sondern Ihnen läge bereits ein Schreiben aus Bayern vom 9. Dezember 2009 vor - -

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihnen nicht?)

- Unabhängig von der Frage, ob mir ein Schreiben aus Bayern vorliegt, was hat das für eine Bedeutung?

(Heiterkeit bei FDP und CDU - Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sehen Sie gleich!)

- Das können Sie mir gleich erzählen, aber die Tatsache, dass die Ergebnisse unseres Gespräches in einem Schreiben aus Bayern, das drei Tage vorher geschrieben worden ist, nicht enthalten sein können, leuchtet eigentlich jedem ein.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Wolfgang Kubicki)

Mir jedenfalls. Das Schreiben aus Bayern kann ja eine Forderung gewesen sein.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war die Vereinbarung!)

- Herr Habeck, wir reden ja nachher noch einmal darüber. Bedauerlicherweise sind Sie wieder auf dem Holzweg.

(Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war die Vorlage, die gestern besprochen wurde! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bund-Länder-Strategiegruppe! - Weitere Zurufe)

- Auch das, Frau Kollegin Heinold, zeigt mir, dass Sie schon lange nicht mehr in Regierungsverantwortung waren. Das, was vereinbart worden ist, ist auf der Grundlage einer Vorbesprechung der Chefs der Staatskanzleien erfolgt in einer Strategiegruppe, und gleichwohl gab es die konkrete Zusage, das Papier erst am gestrigen Tag auf der Grundlage einer Vorlage des Bundeskanzleramts. Glauben Sie mir das doch einfach einmal!

(Weitere Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber bleiben Sie bei Ihren Darstellungen. Das ist völlig wurscht. Das Ergebnis zählt für uns. Und das Ergebnis ist für Schleswig-Holstein ganz ordentlich - wie für alle anderen Bundesländer übrigens auch.

Ganz offenbar sind diese Zugeständnisse des Bundes für Schleswig-Holstein tatsächlich so erheblich, dass die SPD-Bundestagsfraktion die Bundeskanzlerin gleich am Montag deutlich kritisierte. So hieß es, die **Finanzverteilung** - man höre sich das wirklich an, Frau Heinold - zwischen den staatlichen Ebenen verstieße mittlerweile gegen das Grundgesetz, weil die **Länder** dem **Bund** immer wieder Steueranteile abgepresst hätten. Die Schieflage sei jetzt so krass, dass die Länder dem Bund rein rechnerisch allein für 2010 25 Milliarden € überweisen müssten - die Länder dem Bund! Herr Stegner, das ist Ihre Bundestagsfraktion, die erklärt, der Bund dürfe den Ländern nicht einmal mehr entgegenkommen, während Sie hier das genaue Gegenteil verfolgen. Wie schizophren ist das?

(Beifall bei FDP und CDU)

Die SPD-Bundestagsfraktion erklärt, das, was der Bund momentan macht, sei verfassungswidrig und der Bund müsse zurückfordern, und Sie fordern uns auf, mehr zu verlangen. Wie schizophren ist das eigentlich?

Herr Kollege Habeck, es wäre vielleicht sprachlich ganz gut, die grüne Bundestagsfraktion würde zur sprachlichen Abrüstung beitragen. Wer von Lösegeldforderungen der Länder spricht, der desavouiert sich im Zweifel auch. Es geht hier darum, dass man eine gerechte Finanzverteilung hinbekommt. Das hat mit Lösegeldforderungen, Piraterie oder sonstigen Geschichten überhaupt nichts zu tun,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

oder aber wir werden nicht mehr entsprechend ernst genommen.

(Zuruf von der SPD: Wer nimmt Sie schon ernst?)

- Die Bundeskanzlerin offensichtlich!

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Sie ja nicht, Herr Dr. Stegner, ich weiß ja, dass Sie das schmerzt.

(Zuruf von der SPD: Es ist lustig mit Ihnen!)

Die schleswig-holsteinischen Wählerinnen und Wähler haben sich dagegen entschieden, dass Sie die bessere Lösung seien, sonst hätten Sie ein besseres Ergebnis bekommen. Die haben entschieden, dass Sie eine kleine Lösung sind. Deshalb sind Sie als SPD auch verkleinert worden. Ich finde, die haben recht daran getan. Damit sollten Sie sich mittlerweile abfinden und nicht glauben, Sie müssten die Wirklichkeit ständig dadurch verändern, dass Sie sich immer noch im Wahlkampf befinden.

Die schleswig-holsteinischen Vertreter im **Bundesrat** werden ausschließlich im Interesse des Landes entscheiden.

(Zuruf)

Die Maßnahmen, die der Bund den Ländern als Kompensationsleistung zubilligen wird, liegen auf dem Tisch. Eine Zustimmung zu dem Gesetz der Bundesregierung ist aus meiner Sicht daher in den vergangenen Tagen deutlich wahrscheinlicher geworden. Ich bin sicher, Schwarz-Gelb im Bund und Schwarz-Gelb im Land werden ihre Handlungsfähigkeit beweisen.

Herr Dr. Stegner, ein letzter Satz: Sie haben eine Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag, eine Sozialdemokratin.

(Zurufe: Bildungsausschuss!)

- Entschuldigung, Bildungsausschuss. Lassen Sie sich das noch einmal zustellen, damit Sie das lesen können - Sie lesen ja nicht alle Zeitungen, wie ich

(Wolfgang Kubicki)

das verstanden habe -, was die gestern erklärt hat: Das, was die Länder erreicht hätten, sei nichts anderes als die Kompensation der Ausfälle des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes. - Mehr können wir nicht verlangen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Fraktionsvorsitzende, Abgeordneter Dr. Robert Habeck, das Wort.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube zwar nicht alles, was in der Zeitung steht, und ich glaube, wenn wir uns die Artikel vorlesen würden, wer gewonnen und wer verloren hat, würde das pari-pari ausgehen, aber ich neige dazu zu glauben, was man mir sagt. Und was ich höre, beunruhigt mich sehr. Deswegen will ich ausdrücklich sagen: Vieles von dem, was Herr Wiegard gesagt hat, war wunderbar. Aber unter dem Strich war ich mit Ihrer Rede sehr zufrieden, weil Sie gesagt haben: Es steht noch nicht fest, ob wir morgen zustimmen.

Aber was Herr Kubicki gerade gemacht hat, ist, die Zustimmung durch die Hintertür längst anzudeuten. Darauf werde ich jetzt abheben müssen. Denn, Herr Kubicki, Sie haben verkündet - gerade eben wie in den letzten Tagen -, dass die Zustimmung eigentlich schon längst beschlossene Sache ist, während der Ministerpräsident noch durch die Lande tourt - und Herr Wiegard hat das eben auch gemacht - und sagt, es sei noch offen. Vielleicht klären Sie einmal, wer eigentlich für die Regierung spricht, wer den Takt vorgibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Und wo ich gerade dabei bin, Herr Kubicki: Dass Sie sich jetzt als Retter des schleswig-holsteinischen Vaterlandes aufspielen, während wir den ganzen Schlamassel, ausschließlich der Klientelpolitik, Ihrer Partei zu verdanken haben - das ist mehr als gute Pressearbeit, das ist Politikklitterung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich sitze hier und warte auf die Belege dessen, was ich schon in der Zeitung lesen durfte. Ich glaube es nicht, aber ich hätte mich darauf gefreut, es zu hö-

ren: Wo sind denn die 160 Millionen €, die schon angedeutet worden waren? Wo sind sie denn gewesen? Eben hat Herr Wiegard nichts davon gesagt, kein einziges Wort. Und Herr von Boetticher ist, wenn ich das richtig gehört habe, klar auf Distanz zu seinem Koalitionspartner gegangen.

Ich frage mich, ob es eine raffinierte Verhandlungsposition ist, Herr Kubicki, Deals, die noch gar nicht eingetütet worden sind, in laufenden Verhandlungen - wie Sie es eben und auch davor getan haben - schon als Erfolg anzunehmen. Das Gegenteil ist doch der Fall: Durch Ihre Vorwitzigkeit, Herr Kubicki, haben Sie die Verhandlungspositionen des Landes Schleswig-Holstein und damit das Bemühen des Ministerpräsidenten desavouiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Und dass Sie klatschen, während Wiegard sagt, dass noch nichts entschieden ist, das ist blanker Hohn, nachdem Sie hier erklärt haben, dass die Zustimmung wahrscheinlicher geworden ist. Damit sind Sie Ihren eigenen Leuten in den Rücken gefallen.

Drei Anmerkungen zu den Fragen. Ich dachte, ich kann mir die sparen, nachdem Herr Stegner das schon ausgeführt hat, aber nach der Rede von Kubicki muss ich es doch noch sagen.

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Habeck, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich finde, Herr Kubicki muss auch mal zuhören. Deshalb würde ich gern eine Abschlussfrage hören, aber nicht jetzt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie werden sie sich merken können. Ich bin ja gespannt, sie zu hören, aber nicht immer.

Zu den Inhalten: Was sind Kompensationen? Das ist die entscheidende Frage für das, was morgen passiert oder nicht passiert. Was sind Kompensationen?

Erstens. **Kompensationen** durch den **Bund** können keine Gelder sein, die bereits zugesagt waren. Auf dem **Bildungsgipfel** vor einem Jahr wurde bis 2015 10 % mehr Geld für Bildung versprochen. Damals sollten es noch 60 Milliarden € sein, und jetzt ist

(Dr. Robert Habeck)

durch Rechenricks daraus ein Fünftel geworden. Aber ich freue mich ausdrücklich darüber, wenn die Gelder kommen. Und wenn es Carstensen's „Sie haben sie doch nicht alle!“ war, was dazu geführt hat, dann erkenne ich das an, dann ist das gut, und darüber freue ich mich.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Aber ist es ein Verhandlungserfolg, und ist es eine Kompensation? Ich zitiere mit Erlaubnis - nicht aus Bayern, das erkläre ich hoffentlich danach bei Ihrer Zwischenfrage -:

„Wir erhöhen die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung bis 2013 um insgesamt 12 Milliarden €.“

Das steht nicht in irgendwelchen Kaminprotokollen, das steht im schwarz-gelben Bundeskoalitionsvertrag. Jetzt sind es zwar 13 Milliarden, davon zahlt der Bund 40 %, den Rest müssen die Länder aufbringen. Aber gegenüber der ursprünglichen Ansage des Bildungsgipfels von vor einem Jahr sind dies deutlich abgespeckte Milliardenbeträge. Und die haben nicht Sie, Herr Kubicki, oder Sie, Herr Carstensen, herausgeholt. Die Gelder wären so oder so geflossen.

Frau Schavan sagt, dass es keinen Zusammenhang zwischen Schleswig-Holstein und den Bildungsfinanzen gibt, Schäuble sagt das, Rüttgers sagt das, Tillich sagt das. Wenn Sie - wie eben noch einmal getan - beide an Ihrer Behauptung festhalten, dass Sie das herausgeholt haben, dann unterstellen Sie, dass alle - ich hätte fast „Kaminfreunde“ gesagt; dann viel Spaß beim nächsten Kamingespräch, wenn Sie dabei bleiben - lügen: Frau Merkel, Schäuble, Rüttgers, Tillich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei SPD, der LINKEN und SSW)

Sie versuchen wieder ein Weniger als Mehr zu verkaufen und fremde Federn als Ihren Schmuck auszugeben, aber die Wahrheit ist, der Kaiser oder meinetwegen Prinz Löwenherz und sein Großwesir sind nackt aus Berlin zurückgekehrt.

Unterm Strich hat Herr Wiegard gesagt: Wir haben nichts erreicht, aber Frau Merkel weiß das jetzt wenigstens. Das ist auch eine Aussage.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Zweitens. Während bei den Bildungsausgaben die Frage ist, was Kompensationen sind, ist es bei den

auch in Rede stehenden Kosten für die Unterkunft entsprechend. **Sozialleistungen** sind gesetzliche Aufgaben, die die Kommunen nur treuhänderisch erfüllen. Falls der Bund die Kommunen nun auskömmlich finanziert, ist das seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit und keinesfalls eine Kompensation.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Drittens. Alle **Bundes-Infrastrukturprojekte** - wie Autobahnen - können ebenfalls keine Kompensation sein, weil sie nicht haushaltsrelevant sind. Ein Verhandlungserfolg wäre es einzig und allein, wenn es Gelder in Form etwa eines Altschuldenfonds geben würde oder eine dauerhafte höhere Entschuldungshilfe. Dabei möchte ich in Erinnerung rufen, weil wir ja auch über die Zahlen reden werden, wenn sie denn kommen sollten, dass die zugesagten Mittel wirklich Almosen sind. Bremen bekommt 300 Millionen € Entschuldungshilfe, das Saarland 260 Millionen €, Schleswig-Holstein 80 Millionen €. Das war wirklich schlecht verhandelt!

Worauf es ankommt, ist, dass die Gelder dauerhaft und systematisch in Höhe des Ausfalls fließen. Dauerhaft, systematisch etwa in Höhe des Ausfalls!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

An dieser Stelle gibt es nur warme Kanzlerinnenworte des Mitgefühls, und was die wert sind, sieht man gerade in Kopenhagen. Herr Ministerpräsident, lassen Sie sich von Frau Merkel nicht zum Eisbären machen, und enden Sie nicht als Fell vor ihrem Polit-Kamin! Brüllen Sie weiter!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Opposition musste zwar nicht den Amtseid schwören, aber sie ist im gleichen Maße dem Interesse des Landes verpflichtet und nicht dem politischen Vorteil. Sonst hätten wir im Finanzausschuss anders agiert. Deswegen haben wir im Finanzausschuss den Antrag, der vor vier Wochen hier noch strittig gestellt war und über den wir gleich abstimmen werden, so modifiziert, dass nun alle zustimmen können. Es wichtig, dass wir an dieser Stelle zusammenbleiben. Ich finde, das ist konstruktive Oppositionsarbeit. Wir hätten uns dem ja auch verweigern können. So leisten wir unseren Beitrag, den Beitrag, den wir leisten können, um die Reihen in diesem Parlament zu schließen, aber auch für hinreichend klare Sprachregelungen zu sorgen. Herr Sönnichsen hat es ja am

(Dr. Robert Habeck)

Anfang vorgelesen. Deswegen sage ich noch einmal den ersten und den letzten Satz, weil das die entscheidenden Ausführungen sind:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass weder das Land noch die Kommunen weitere Einnahmeverluste verkraften können.“

Weitere Einnahmeverluste sind nicht zu verkraften; das scheint mir hinreichend klar zu sein.

„Die Kompensation des Bundes darf die Haushaltskonsolidierungsbemühungen des Landes nicht konterkarieren.“

Auch das scheint mir klar zu sein.

Da ist sie, die **Haushaltsrelevanz**. Das ist der entscheidende Begriff, an dem sich alles messen lassen muss. Ich glaube, ich habe gerade gezeigt, dass bei den in Rede stehenden Geldern diese Haushaltsrelevanz nicht gegeben ist, mit einer Ausnahme:

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es sei denn - da bin ich wirklich beunruhigt -, Sie wollen das Extrageld für Bildung im Landeshaushalt einsparen. Das wurde hier ja gesagt. Es wurde gesagt, diese „Gelder werden uns vom Hals gehalten“. Diese Gelder müssen wir nicht ausgeben. Dann hat aber nicht die Bildung gewonnen, sondern dann haben wir alle verloren!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das sogenannte **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** - was für ein Wort; als ich das zum ersten Mal hörte, musste ich an George Orwells „1984“ denken, denn da gab es ein Wahrheitsministerium, und das hat auch immer das Gegenteil von Wahrheit verkündet - findet in Wahrheit niemand gut, außer vielleicht Herr Kubicki, wie wir gerade gehört haben, aber noch nicht einmal die Kanzlerin Frau Merkel. In diesem Fall hat sie recht; denn auch die Bildungsgelder sind ja nicht einmal gegenfinanziert. Die Lücke bleibt. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist ein Zugeständnis an die CSU und die FDP und das Maulheldentum im Wahlkampf. Es bleibt ein reines Zugeständnis. Diese ganze Debatte, diesen ganzen Ärger haben wir und letztlich Sie von der CDU nur der FDP und der CSU zu verdanken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichts an diesem Gesetz ist einfach oder gerecht. Erstens. Die **Steuerermäßigung** für Hotels verkompliziert das Steuersystem; denn die Mehrwert-

steuer ist gar nicht dafür geschaffen, irgendwelche Wachstumsimpulse zu setzen. Reduzierte Steuersätze sind für Lebensmittel und Kulturgüter vorgesehen. Vieles dabei geht drunter und drüber, und es ist falsch. Durch Ihr Gesetz wird es systematisch noch falscher. Es ist die falsche Steuer im falschen Gesetz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Zweitens. Nur weil Herr Kollege von Boetticher es angesprochen hat, muss ich das auch noch einmal korrigieren. Es spricht nichts dagegen, Familien besserzustellen und zu unterstützen. Aber dieses Gesetz verschärft die bestehenden Ungerechtigkeiten im System.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Besserverdienende profitieren von einem höheren Kinderfreibetrag 480 €, Normalverdiener vom **Kindergeld** 240 €, und Hartz-IV-Empfänger profitieren gar nicht. Dabei dürften ihre Kinder eigentlich die gleichen Weihnachtswünsche und Bedürfnisse haben und eher umgekehrte Hilfebedarfe im Leben.

Drittens. Wann schafft eine **Erbschaftsteuer** eigentlich Wachstum? Wachstum durch Ableben, oder was ist hier die Parole?

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, CDU und FDP, Sie reden und handeln, wie Sie es immer der Linkspartei oder den Gewerkschaften vorwerfen, indem Sie blindwütig die Ausgaben erhöhen, ohne eine Analyse der Probleme, ohne einen roten Faden, worauf es eigentlich ankommt und was Politik heute leisten muss.

Man kann ja der Meinung sein, **Steuersenkungen** schüfen Wachstum. Ich bin es nicht. Aber wenn es so wäre, wieso fordert die FDP dann Kompensation für Steuerausfälle? Eigentlich müssten doch nach dieser Logik die Steuereinnahmen nur so sprudeln. Dann gäbe es nach ihrer Logik gar kein Problem.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Aber offensichtlich glauben Sie nicht einmal Ihrem eigenen Parteiprogramm. Und das tun Sie völlig zu Recht; denn selbst, als wir in den Jahren 2007 und 2008 eine boomende Wirtschaft hatten, war die Landesregierung nicht einmal in der Lage, Schulden abzutragen. Es wird mindestens bis 2013 dauern, bis die Wirtschaft wieder ein solches Niveau hat wie 2007 und 2008, nur dass die **Verschuldung**

(Dr. Robert Habeck)

und die Zinsen dann nochmals angestiegen sind. Also hören Sie auf mit der politischen Lebenslüge, und begraben Sie das Wachstumsbeschleunigungsgesetz!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich sagen, obwohl es nur ein Kompromiss wäre: Der Vermittlungsausschuss wäre bei dieser Lage schon ein Verhandlungserfolg. Ich hoffe, Sie stehen morgen dazu.

Die Diskussion über das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist keine über öde Finanzpolitik. Es ist auch keine über Steuerpolitik. Nein, es ist letztlich eine Frage von Gesellschaftspolitik. Es geht im Kern um die Frage nach dem demokratischen Souverän. Denn was bei Ihren Deals unter die Räder gerät, sind die **Kommunen**. Von denen ist heute Morgen noch nicht ein einziges Wort gesprochen worden. Es sind die Kommunen, und zwar aus folgender Logik heraus.

(Widerspruch bei CDU und FDP)

- Ja, über die Belastung, 60 Millionen € fehlen für die Kommunen, wurde gesagt, und die Sozialleistungen. Das habe ich aber eben ausgeräumt.

Der Bund verschuldet durch seine Unfähigkeit Not bei den Kommunen, und dann erklärt er sich bereit, diese Not irgendwie zu heilen. Das ist doch keine Antwort, das ist auch keine Kompensation, das ist selbstverständlich, dass der Bund das tut. Es wäre selbstverständlich besser, er würde ein vernünftiges Gesetz hinlegen. Aber wir kommen ja vielleicht noch dazu.

Bund und Land haben eine Schuldenbremse, die Kommunen aber nicht. Da weiß ich schon, wie die Rechnung weitergehen wird, wenn es so weiterläuft. Weitere Aufgaben werden auf die Kommunen abgeschoben werden, und zwar ohne Gegenfinanzierung, und das von der selbst ernannten Kommunalpartei CDU.

So ist die Moral dieser schwarz-gelben Chaoswochen tatsächlich erstaunlich: Erstens. Die CDU in ihrer eigenen angeblichen Kompetenz kann nicht mit Geld umgehen. Zweitens. Die FDP hat keine Ahnung von Wirtschaftspolitik. Drittens. CDU- und FDP-Politik richtet sich gegen die Interessen von Schleswig-Holstein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Wir bemühen uns immerhin, Herr Kubicki. Wir bemühen uns und lassen uns nicht mit warmen Worten und nicht gebackenen Plätzchen abspeisen.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Frage der SPD war: Was sind die Auswirkungen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes? Die Antwort ist letztlich sehr einfach und ganz brutal. Dieses Gesetz zerstört das gemeinschaftliche Engagement, weil ehrenamtliche Tätigkeit in Gemeinderat und Kreistag, bei der Feuerwehr oder im Sportverein künftig nur noch bedeuten wird, Negativentscheidungen zu verkünden und den Mangel zu verwalten. Über kurz kann man das vielleicht noch schlucken, über lang wird es ein Rückzug aus der Gesellschaft sein. Es wird sich niemand finden, der sich dann noch engagieren will.

Die Kommunen sind jedoch nicht Almosenempfänger. Sie haben Verfassungsrang. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz höhlt genau diesen Verfassungsrang der Kommunen weiter aus. Deshalb muss die Landesregierung es voll kompensiert bekommen.

Der Ministerpräsident und das Kabinett haben geschworen, Schaden vom Land und seinen Bürgern fernzuhalten. Das bezieht sich auf die Verfassung. Als die CDU die Sozis rauswarf, hieß es: erst das Land, dann die Partei. Ich sage: Nehmen Sie den Ball aus dem Finanzausschuss auf! Dann stehen wir zusammen, Vayamos Compañeros! Das, was Herr Wiegand vorgestellt hat, ist nicht zustimmungsfähig. Herr Ministerpräsident, bleiben Sie bei sich, machen Sie sich den Schlingerkurs der FDP nicht zu eigen, lassen Sie sich nicht einfangen, und stimmen Sie morgen mit Nein!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Jetzt wäre ich für eine Zwischenfrage bereit.

(Heiterkeit)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Herr Habeck, der Abgeordnete Kubicki hat sich zu einem Dreiminutenbeitrag gemeldet. Das erfolgt am Ende der Rednerliste.

Ich begrüße die inzwischen eingetroffenen Schülerinnen und Schüler der Regionalschule Altenholz ganz herzlich auf der Besuchertribüne

(Beifall)

(Vizepräsidentin Anita Klahn)

und auch die Schülerinnen und Schüler des Berufsbildungszentrums Dithmarschen aus Heide. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Abgeordneter Ulrich Schippels jetzt das Wort.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin! Herr Habeck, ich glaube, das war eher ein rhetorischer Appell an den Ministerpräsidenten. Ich glaube, dass es schon feststeht, wie morgen abgestimmt wird, leider nicht - dazu kommen wir gleich noch, das wurde hier schon ausgeführt - zum Wohle des Landes.

Herr Stegner, Sie haben vorhin gesagt, die Rede von Herrn Wiegard sei 17 Minuten lang gewesen, und er habe nichts gesagt. Ich bitte Sie, sich ein bisschen zu erinnern: Am 27. Oktober 2009 hatten wir die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. Sie war etwas länger und war mindestens genauso inhaltsleer.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Habeck hat vorhin gefragt, wer für diese Regierung überhaupt spricht. Ich denke, Herrn Kubicki ist es ziemlich egal, wer unter ihm Ministerpräsident ist und wer für ihn spricht, Hauptsache, er bestimmt, wo es langgeht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Der Ministerpräsident und der Fraktionsvorsitzende der FDP, der Kapitän und der selbst ernannte Steuermann von Schleswig-Holstein, hatten am Wochenende eine Audienz bei unser aller Kanzlerin.

(Unruhe - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ist noch jemand an der Debatte interessiert?)

- Herr Stegner, dass die interessiert sind, davon gehe ich sowieso nicht aus. Ich glaube nicht, dass das mit deren Interesse zu tun hat.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Als Kapitän und Steuermann sind sie aus Schleswig-Holstein aufgebrochen, als Leichtmatrose und Schiffsjunge sind sie nach Schleswig-Holstein zurückgekehrt. Wir alle hatten unseren Ministerpräsidenten nach Berlin geschickt, weil uns das Wasser bis zum Hals steht. Diesmal ist nicht der Klimagipfel in Kopenhagen gemeint, sondern vor allen Dingen die **Finanzsituation**. Durch das sogenannte

Wachstumsbeschleunigungsgesetz steigt das Wasser so weit, dass das Land Schleswig-Holstein unterzugehen droht.

Herr Wiegard, Land unter, weil das vorhandene strukturelle Defizit im Landeshaushalt noch einmal um 70 Millionen € erhöht werden wird. Land unter, weil die **Kommunen** in Schleswig-Holstein zusätzlich mit 60 Millionen € pro Jahr belastet werden sollen. Das alles für ein Gesetz, welches zwar - Herr Habeck hat es gesagt - den schönen Titel „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ trägt, aber einzig und allein Geschenke der Bundesregierung für Teile ihrer Klientel zum Inhalt hat. Reiche Familien werden überdurchschnittlich entlastet, Hartz-IV-Haushalte bleiben mal wieder auf der Strecke. Erbschaften werden geringer besteuert. Wem kommt das wohl zugute, den Hartz-IV-Betroffenen oder den Besserverdienenden, Herr Wulff? Eher doch wohl Ihren Kindern.

Herr Garg hat gestern in seiner Rede zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung seine und die Sichtweise der Regierung dargestellt. Wenn ich das in meiner Sprache zusammenfasse, ist **Armut** für die Regierung offensichtlich kein gesellschaftliches Problem, welches sich durch staatliche Gesetzgebung - zum Beispiel durch eine gerechte Steuer- und Sozialpolitik, durch gesellschaftliche Umverteilung von oben nach unten - beseitigen lässt. Für unseren Sozialminister und unsere Regierung ist Armut offensichtlich ein Naturphänomen. Wir sehen das etwas anders, um es einmal vorsichtig auszudrücken.

Armut ist das Ergebnis staatlichen Handelns, das Ergebnis von Herrschaftsverhältnissen, das Ergebnis von Unterdrückung und Ausdruck derselben. Ich empfehle der Regierung und auch dem Minister einmal einen kleinen Grundkurs „Soziale Ungleichheit“ an der Kieler Universität. Vielleicht hilft das ja.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist in Wirklichkeit ein „Klientelbedienungsgesetz“, ein „Klientelbedienungsgesetz“ für Ihre Klientel.

Damit die CDU zustimmen kann, wird auch noch die Mehrwertsteuerreduzierung für Hotelübernachtungen beschlossen. Schlimmer geht es nimmer. Während Artikel für Kleinkinder, zum Beispiel Windeln, mit 19 % zu versteuern sind, werden **Hotelübernachtungen** vom Staat subventioniert. Hier sollen nur noch 7 % Mehrwertsteuer zu zahlen sein. Das hat nichts, aber auch gar nichts mit einer sozial ausgewogenen Politik zu tun.

(Ulrich Schippels)

(Beifall bei der LINKEN und SSW)

Diejenigen, die solch einem Unsinn auch noch zustimmen wollen,

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das steht doch im Gesetz gar nicht drin!)

sollen sich schämen. Wir bleiben dabei: Das „Klientelbedienungsgesetz“ muss vom Tisch, und zwar ohne Wenn und Aber. Diese unsoziale Ausdifferenzierung der **Mehrwertsteuer** ist beileibe keine Erfindung der CDU/FDP-Koalition. Ich konstatiere, dass die SPD lernfähig ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Lernfähig ist sie nicht!)

Ich erinnere an die Bundesregierung, die am 1. Januar 2008 die Mehrwertsteuer für den Betrieb von Sesselliften und Bergbahnen auf 7 % reduziert hat. Hotels, Bergbahnen, Sessellifte, das kommt mir irgendwie bekannt vor. Welches Bundesland betrifft das? Angesichts der Dichte von Sesselliften und Bergbahnen in Schleswig-Holstein ist diese Entscheidung damals nicht auf Druck des jetzigen Ministerpräsidenten erfolgt. Für Kindersitze müssen dagegen weiterhin 19 % gezahlt werden. Dann wundern Sie sich, dass Sie über den demografischen Wandel diskutieren müssen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Der Bungsberg hat keinen Sessellift, der hat einen Schleplift.

(Zurufe)

- Noch nicht, aber wenn die Wetterverhältnisse sich so entwickeln, haben wir in der Zukunft vielleicht Glück.

In der letzten Woche haben wir im Finanzausschuss gemeinsam versucht, Herr Koch und Frau Loedige, zumindest das Schlimmste für unser Land zu verhindern. Wir wollten der Regierung Rückenwind geben für ihre **Verhandlungen** mit der **Bundesregierung**.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wüsste ich aber!)

- Sie waren ja nicht dabei, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das wüsste ich aber, wenn Sie die Regierung unterstützen würden!)

Die Verhandlungsposition von Schleswig-Holstein jetzt in der Auseinandersetzung mit dem Bund ist perfekt. Ohne uns geht nichts. Ohne Zustimmung

der Landesregierung gibt es weder das in unseren Augen unsoziale „Klientelbeschleunigungsgesetz“ noch eine zusätzliche Belastung für das Land und für unsere Kommunen. Herr Kubicki, wie Schulkinder haben sich unsere Repräsentanten von der Bundeskanzlerin und von Ihrem Parteivorsitzenden, Herrn Westerwelle, abkanzeln lassen. Es soll zwar Hilfe geben, aber Genaueres wird vielleicht später geklärt. Zum Teil sind die jetzt zugesagten Hilfen schon Bestandteil des Koalitionsvertrages auf Bundesebene. Und wenn die ärmeren Bundesländer ihren Anteil nicht zahlen können, dann fallen auch noch die Zuschüsse des Bundes weg.

Wir hatten Ihnen gemeinsam im Finanzausschuss mit auf den Weg gegeben, dass es zu einem angemessenen finanziellen Ausgleich der Belastungen kommen muss. Wir können den Haushalt nicht halten, wenn uns Berlin immer wieder Knüppel zwischen die Beine wirft. Aber strukturell wirksame Entlastungen hat Schleswig-Holstein in Berlin nicht erreicht. Wenn die Landesregierung am Freitag im Bundesrat der Abzocke der Länder und der Gemeinden durch die Bundesregierung zustimmt, dann hat sie schon jetzt genug Schaden für die gesamte Legislaturperiode angerichtet. Sie wird zwar nicht die Verluste durch die HSH Nordbank toppen, aber danach gebührt ihr auf der Regierungsbank gleich der zweite Platz auf der Rangliste der Versager.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben deshalb trotz des gemeinsamen Beschlusses im Finanzausschuss - weil eben deutlich ist, dass der Sonntag zu einem Desaster für Schleswig-Holstein geworden ist - einen **Änderungsantrag** zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses formuliert. Wir fordern darin noch einmal deutlich: Keine Zustimmung aufgrund halbgarer Zusagen. Das ist hier alles schon durchdekliniert worden. Wir haben gemeinsam festgestellt, dass Straßenbaumaßnahmen eben nicht zu einer Entlastung des Haushalts führen. Auch die gesamte Debatte um die ARGEN: Ich möchte noch einmal daran erinnern, dieses ganze Gesetz, von vorn bis hinten, ist einfach nur ein Desaster mit entsetzlichen Folgen für die Menschen in unserem Land. Auch die notwendigen Entwicklungen jetzt - warum sollten wir als Land Schleswig-Holstein die Folgen daraus tragen? Wir haben dieses Desaster nicht angerichtet.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt die **Kompensation** in der Bildung. Ich habe hier einen Artikel aus dem „Hamburger Abendblatt“, wo von einer Protokollnotiz die Rede ist,

(Ulrich Schippels)

Herr Ministerpräsident, der besonders finanzschwachen Länder. Ich nehme einmal an, Schleswig-Holstein gehört dazu. Darin betonten diese, dass die Bildungsmehrausgaben, die vereinbart worden seien, nur dann aufgebracht werden könnten, wenn sie zusätzliche Einnahmen bekämen. Wieso sprechen Sie dann von Entlastungen? Gibt es diese Protokollnotiz? - Das würde ich gern wissen.

Das Gezeter von Herrn Koch und Frau Loedige, dass sich jetzt, wenn wir einen anderen Beschluss fassen würden, als der Finanzausschuss es vorgegeben hat, die Verhandlungsposition in Berlin in der Nacht auf morgen verschlechtern würde, höre ich wohl, allein ich glaube Ihnen kein Wort mehr nach Ihrem Auftritt im Finanzausschuss und nach diesem - wie ich finde - -

(Wortmeldung des Abgeordneten Peter Harry Carstensen [CDU])

- Ja, oh schön. Das ist das erste Mal, dass mich der Ministerpräsident etwas fragt.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Abgeordnete Carstensen, auch das noch. Kriegen Sie auch doppeltes Gehalt?

(Hartmut Hamerich [CDU]: Was sind das für unflätige Bemerkungen! - Weitere Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Lassen Sie die Frage zu?

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Wir sind nicht auf der Kirmes! - Weitere Zurufe)

- Herr Schippels, lassen Sie die Frage zu?

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Ja.

(Peter Harry Carstensen [CDU]: Ihre letzte Bemerkung habe ich nicht gehört!)

- Das ist auch okay so.

(Zuruf von der CDU: Das ist nicht okay so! - Weitere Zurufe)

Peter Harry Carstensen [CDU]: Jetzt ist das Mikrofon an, jetzt darf ich Sie Folgendes fragen: Wenn Sie schon aus einer Zeitung zitieren und eine Protokollnotiz zitieren, die öffentlich zugänglich ist, sind Sie bereit, dann auch richtig zu zitieren? Sind Sie bereit, dies zur Kenntnis zu nehmen, damit Sie dann auch wissen, was darin steht?

- Gern.

(Zurufe)

Peter Harry Carstensen (CDU): Wenn Sie bereit sind, die Protokollnotiz zur Kenntnis zu nehmen, gestatte ich mir, Sie Ihnen vorzulesen. Darin heißt es: Aus der Sicht Berlins, Bremens, des Saarlandes und Schleswig-Holsteins steht die Umsetzung der vereinbarten Ziele unter dem Vorbehalt, dass die Vorgaben des Artikels 143 d Abs. 2 des Grundgesetzes über die Gewährung von Konsolidierungshilfen insbesondere zur gleichmäßigen jährlichen Reduzierung des strukturellen Defizits erfüllbar sind.

Können Sie mir vielleicht sagen, was Sie daran schlimm finden?

- Ich finde es schlimm, dass gesagt wird, die zusätzlichen Mittel, die der Bund für Bildung zur Verfügung stellt, führten zu Minderausgaben des Landes.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Ministerpräsident, wir haben die beste Verhandlungsposition in Berlin. Wenn es die Landesregierung will, dann kann sie die strukturellen Belastungen für Schleswig-Holstein mit einer Abstimmung im Bundesrat um 130 Millionen € pro Jahr verringern. Das wäre Ihre Pflicht zum Wohle unseres Landes.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

In Berlin haben wir leider aber nur einen Leichtmatrosen, aber keinen Kapitän als Repräsentanten. Was das bedeutet, wird das Land und werden vor allem auch die **Kommunen** in Schleswig-Holstein in den kommenden Jahr noch öfter zu spüren bekommen.

Liebe Abgeordnete, setzen Sie heute ein kleines Zeichen! Stoppen Sie den Unfug aus Berlin! Noch ist es nicht zu spät. Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu! Machen Sie Druck auf Berlin!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für die Fraktion des SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, am 8. Dezember werden Sie in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ als „störrischer Ministerpräsident“ beschrieben. Einen Tag später schreibt „Spiegel Online“, Sie seien ein „renitenter Friese“. Dies sollten Sie als Ansporn verstehen. Es ist nämlich Ihre Aufgabe, als Ministerpräsident Schleswig-Holsteins zum Wohle dieses Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger zu handeln. Mit Ehrgeiz, Durchsetzungsvermögen und Weisheit müssen Sie hartnäckig die Ziele verfolgen, die gut für unser Land sind. Um es gleich vorweg zu sagen: Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz ist es nicht.

(Beifall beim SSW)

Das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** ist eine Katastrophe für unser Land. An insgesamt fünf Stellschrauben dreht der Bund ein bisschen herum, um die im Wahlkampf versprochenen **Steuergeschenke** pünktlich zu Weihnachten Realität werden zu lassen. Die Maßnahmen zur Entlastung der Familien bestehen aus der Kombination einer Kindergelderhöhung von 20 € pro Kind und der Anhebung des Kinderfreibetrags von 6.024 auf 7.008 €. Die Mehrwertsteuer für das Hotel- und Gaststättengewerbe wird auf 7 % verringert. An der Unternehmensteuer wird ein bisschen herumgewerkelt. Die Erbschaftsteuer soll in Zukunft Geschwister, Nichten, Neffen und Firmenerben entlasten. Als Sahnehäubchen des Gesamtkunstwerkes wird der Steuervorteil für reine Biokraftstoffe nicht reduziert und der Entlastungssatz bis zum Jahr 2011 fortgeschrieben. Insgesamt kostet dieses Stückwerk 8,5 Milliarden € und soll die Wirtschaft wieder ordentlich ankurbeln.

Der SSW zweifelt nicht im Geringsten daran, dass wir wieder einen Wirtschaftsaufschwung bekommen werden. Dafür brauchen wir aber kein Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Wir brauchen kein Gesetz, das eine bestimmte Klientel bevorzugt. Wir brauchen kein Gesetz, das die Umsetzung der Schuldenbremse unmöglich macht. Wir brauchen vor allem kein Gesetz, das Schleswig-Holstein dem Bankrott einen weiteren Schritt näherbringt.

(Beifall beim SSW)

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung einen harten Sparkurs angekündigt. Schon heute wissen wir, dass Sie keinen Spielraum mehr haben. Schleswig-Holstein hat einen jährlichen **Haushalt** von gerade einmal 12 Milliarden €. Parallel dazu schieben wir einen Schuldenberg von

24 Milliarden € vor uns her, der Jahr um Jahr größer wird. Das strukturelle Defizit nähert sich mittlerweile der Milliardengrenze.

Ihre Politik beschränkt sich darauf, dass Sie verwalten, kürzen und sich diktieren lassen. Sie wissen genauso gut wie wir, dass die Kassen des Landes und auch der Kommunen blitzblank und völlig leer sind. Warum lassen Sie sich jetzt also vom Bund übers Ohr hauen?

Herr **Ministerpräsident**, Sie haben die Messlatte hoch angelegt, als klar war, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz das Land mit 70 Millionen € und die Kommunen mit 60 Millionen € belastet. Sie selbst sind auf die Barrikaden gegangen und haben mit Rücktritt gedroht und lautstark verkündet, dass Sie einem solchen Gesetz nicht zustimmen, und jetzt knicken Sie kleinlaut ein und kriechen unter der Messlatte hindurch.

Aus Sicht des SSW ist schon der Inhalt des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes ein Armutszeugnis für die **Bundesregierung**. Familien sollen pro Kind 20 € mehr bekommen, die sie am Ende in die Kita-Betreuung stecken werden, weil den Kommunen das Geld fehlt, um diese noch zu finanzieren. Der Hartz-IV-Empfänger bekommt diese 20 € noch nicht einmal zu Gesicht. Obwohl die Hoteliers weniger Mehrwertsteuer abführen müssen, denken diese gar nicht daran, auch die Preise zu senken oder zu investieren, sodass die Urlauber im Endeffekt nichts davon haben werden.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Nach unserer Auffassung sollte in die Institutionen - beispielsweise in die Kindergärten - investiert werden, in gutes Personal und in die Ärmsten dieser Gesellschaft. Von der Bedienung Besserverdienender und der Geldverteilung nach dem Gießkannenprinzip halten wir jedoch nichts.

(Beifall beim SSW)

Ein noch viel größeres Armutszeugnis sind allerdings die Ausgleichsleistungen des Bundes, die unserem lauthals schreienden Ministerpräsidenten als Schnulli mit Schleifchen dargereicht werden und die dieser dankbar entgegennimmt. Zum einen haben wir da die ins Spiel gebrachte Erhöhung des Anteils des Mehrwertsteueraufkommens für das Land, die eventuell, vielleicht, möglicherweise bei den nächsten Steuergeschenken des Bundes 2011 kommen könnte. Bei einer Anhebung um jährlich 50 Millionen € haben wir das Problem der fehlenden 130 Millionen € im **Landeshaushalt** und bei den **Kommunen** aber noch lange nicht gelöst.

(Lars Harms)

Außerdem könnte es eine Übernahme der Kosten für die Rückabwicklung der Jobcenter geben. Ganz abgesehen davon, dass der Bund selbst ein verfassungswidriges Gesetz verabschiedet hat und jetzt selbstverständlich die Kosten zahlen wird, damit dies geheilt wird, ist es völlig absurd, dass die Kommunen Gelder dafür bekommen sollen, etwas abzuwickeln, was sie gern behalten wollen und was sich als Verbesserung der Sozialpolitik herausgestellt hat. Davon gab es in der Vergangenheit nicht gerade viel.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Was bleibt, ist ein vom Bundestag beschlossenes verfassungswidriges Gesetz, dessen Auswirkungen auf finanzielle Art korrigiert werden müssen. Das ist nach meiner Auffassung eine Selbstverständlichkeit und ganz gewiss kein Verhandlungserfolg.

Weiterhin steht im Raum, Gelder vom Bund für die Bildung zu bekommen. So großartig und großzügig sich dies auch anhören mag, werden hiermit nur bereits vor einem Jahr gegebene Versprechen eingehalten. Dafür wollen Sie Applaus? Mit uns nicht. Es war nie Sinn des Bildungsgipfels in Dresden, dass der Bund mehr Geld für die **Bildung** gibt und die Länder weniger. Sinn des Gipfels war es, dass insgesamt mehr Geld für die Bildung fließt. Wenn der Bund jetzt anbietet, den Ländern die zusätzlichen Gelder zu geben, und dann Dankbarkeit erwartet, da die Länder jetzt Zinsen sparen würden und jetzt überhaupt Gelder fließen, ist das nur noch reine Frechheit, die uns gar nichts nützt, wenn es um die Konsolidierung des Landeshaushalts und um weitere fehlende Mittel geht.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Wer das als einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung feiert, der führt die Bürgerinnen und Bürger an der Nase herum.

Der Finanzausschuss hat in der vergangenen Woche einstimmig beschlossen, dass die Landesregierung dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz nur zustimmen darf, wenn es eine angemessene finanziell wirksame Kompensation für die Ausfälle gibt. Aus Sicht des SSW ist nirgendwo erkennbar, dass dies bisher geschehen ist; denn es gibt keinerlei Zusagen. Es geht nicht nur darum, dass uns zweckgebundene Mittel nicht weiterhelfen, sondern auch darum, dass weder die Einnahmeverluste des Landes noch der Kommunen kompensiert werden und stattdessen die Einhaltung von bereits gegebenen Versprechen als der große Wurf verkauft wird. Auch den Kommunen wurde bislang überhaupt nicht geholfen. Die bisherigen Ausgleichsleistun-

gen gehen völlig an deren Problemen und Bedürfnissen vorbei.

Wir haben in Schleswig-Holstein einen Ministerpräsidenten, der erst groß schnackt und dann in Berlin ein ums andere Mal versagt.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ein störrischer und renitenter Ministerpräsident, der bis zuletzt für das Wohl seines Landes kämpft, das wär's gewesen, Herr Kollege Kubicki. Sie hätten eine andere Verteilung der Mehrwertsteuer erreichen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Sie hätten eine vernünftige Hilfe für die Schuldenbremse erreichen können.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Sie hätten 130 Millionen € an Ausgleichsleistung des Bundes erreichen können, lieber Kollege Kubicki. Sie lassen sich aber mit purer Kosmetik abspeisen,

(Zurufe von SPD und der LINKEN)

die den Unsinn des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes nicht verhindert und unser Land wieder einmal Millionen kosten wird, die wir eigentlich nicht haben. Was Herr Minister Wiegard vorgestellt hat, ist definitiv nicht zustimmungsfähig.

Kommen Sie nicht noch mit wirklichen haushaltsrelevanten Ausgleichsleistungen in Höhe von mindestens 130 Millionen € für das Land und die Kommunen, muss die Landesregierung diesen Gesetzentwurf im Interesse des Landes Schleswig-Holstein ablehnen, lieber Kollege Kubicki.

(Beifall bei SSW, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Wir kommen jetzt zu den Dreiminutenwortbeiträgen. Herr Abgeordneter Kubicki hat das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte Herrn Kollegen Habeck fragen, ob die Grünen jetzt den Ministerpräsidenten vor der FDP, insbesondere vor mir, schützen wollen. Jetzt kann ich das im Rahmen meines Wortbeitrages machen. Ist das die neue Haltung?

(Wolfgang Kubicki)

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das Land wollen wir vor Ihnen schützen,
Herr Kubicki!)

- Herr Habeck, sehen Sie, es gab 240.000 Wählerinnen und Wähler in Schleswig-Holstein, die das anders gesehen haben als Sie. Das waren übrigens mehr als diejenigen, die Sie gewählt haben. Vielleicht sollten Sie das einfach einmal zur Kenntnis nehmen.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, es schmerzt Sie, dass Sie nicht in der Regierung sitzen. Da wären Sie gerne.

(Zurufe von der LINKEN: Das kann noch kommen!)

- Das halte ich für eher unwahrscheinlich. Darf ich es sagen? Selbst wenn die Union auf die Idee kommen sollte, etwas zusammen mit den Grünen zu machen, wird es nicht reichen. Dann müsste man Sie oder den SSW dazunehmen. Aber das ist wieder etwas anderes. Egal. Darauf will ich gar nicht weiter eingehen.

Ich finde es nur toll, dass die Grünen jetzt die Minister vor mir schützen müssen. Ich finde es toll, dass sich der Fraktionsvorsitzende der CDU von der FDP distanziert, wie wir gehört haben. Herr Kollege von Boetticher, wir beide waren genauso überrascht.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sind Sie für die Hotelsteuer, Herr von Boetticher?)

- Es gibt keine Zwiesgespräche. Zwischenrufe sind in Ordnung, aber Zwiesgespräche nicht.

(Vereinzelte Heiterkeit und Zurufe)

Ich nehme zur Kenntnis, dass die geballte intellektuelle Macht der Opposition diese Regierung eigentlich unterstützen will.

(Zuruf)

- Das wollen Sie gar nicht. Sie wollen, dass diese Regierung Ihre Interessen durchsetzt. Diese unterscheiden sich deutlich von unseren Interessen.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie formulieren für sich selbst die Interessen des Landes. Das finde ich sehr vernünftig.

Wir haben eine völlig andere Auffassung. Das kann man auch sehr ordentlich begründen. Frau Heinold ist auch Haushälterin. Man muss bestimmte Prozes-

se etwas dynamischer sehen. Solange der Ministerpräsident nicht in jedem Jahr mit 130 Millionen € Cash nach Hause kommt, ist es für Sie keine Kompensation.

Herr Kollege Harms, ich weiß nicht, wer vom SSW jetzt im Finanzausschuss ist. Es geht darum, das Finanzierungsdelta, das durch ein **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** zulasten unseres Landeshaushalts aufgemacht würde, wieder zu verkleinern. Wir können Ihnen sicher dokumentieren und darstellen, dass sich das Finanzierungsdelta aufgrund der Ergebnisse der Verhandlungen des Ministerpräsidenten so darstellt, als würde es das Wachstumsbeschleunigungsgesetz mit den finanziellen Auswirkungen zulasten des Landes nicht geben.

(Vereinzelter Beifall bei FDP und CDU)

Es geht nicht darum, dass der Bund zusätzliches Geld gibt. Auch das haben Sie offensichtlich nicht richtig verstanden. Der **Bund** übernimmt statt bisher 10 %, die er den Ländern zugesagt hatte, 40 % des Anteils an 13 Milliarden € zusätzlicher **Bildungsausgaben**. Das bedeutet, er entlastet **Schleswig-Holstein** in gleicher Größenordnung von Ausgaben, die wir sonst hätten tätigen müssen. Das führt dazu, dass das Delta in gleicher Größenordnung reduziert wird. Das heißt, den Konsolidierungspfad, den wir beschreiten wollen und werden und den wir mit dem Bund vereinbaren müssen, können wir jetzt einhalten.

Das ist ein riesiger Erfolg, für den man dem Ministerpräsidenten auch einmal danken muss. Das haben alle anderen Ministerpräsidenten, übrigens auch sozialdemokratische Ministerpräsidenten, getan. Vielleicht lässt sich Herr Stegner aber einmal von Herrn Beck berichten, wie froh Herr Beck darüber war, dass Herr Carstensen bei der Bundeskanzlerin so hartnäckig war.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Anita Klahn:

Für einen weiteren Wortbeitrag rufe ich Herrn Abgeordneten Habersaat auf.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Während der Debatte über das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** hatte der Ministerpräsident ein längeres Gespräch mit Herrn Habeck. Das sage ich nur deshalb, weil wir gestern Probleme mit in Vergessenheit geratenen Gesprächen hatten.

(Martin Habersaat)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Vielleicht kann Herr Habeck gleich etwas dazu sagen!)

Am vorigen Freitag hat sich der Stormarner Kreistag unter der aufmerksamen Teilnahme unseres Finanzministers wie ein Mann hinter den Ministerpräsidenten gestellt und betont, ihn in seiner Haltung in Berlin zu unterstützen. Ich bin fest davon überzeugt, diese Unterstützung wäre weniger einmütig ausgefallen, wenn man in Stormarn zu dem Zeitpunkt gewusst hätte, für die Kommunen kommt dabei nur heraus, dass die im Rahmen der Zertrümmerung der ARGEN vom Bund angerichteten Scherben wieder zusammengefügt werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Woher wisst ihr das alles schon?)

Nächster Punkt: Ich habe vorhin mit Interesse vom Fraktionsvorsitzenden der CDU vernommen, welche Einsparvorschläge die SPD-Ministerien in der vergangenen Legislaturperiode unterbreitet haben. Bis vor Kurzem war die offizielle Lehrmeinung bei Ihnen immer noch, es habe gar keine Einsparvorschläge gegeben. Ich warte heute noch auf die Vorschläge aus den CDU-Ministerien.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Zuruf von der CDU: Sie haben es nicht so verstanden! - Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Wir haben sie umgesetzt!)

Als Letztes wollte ich mich auch noch einmal lobend äußern. Man soll nicht immer nur kritisieren. Die Qualität der literarischen Bilder in diesem Haus ist besser geworden. Vor der Sommerpause gab es dubiose Geschichten über Biedermann und die Brandstifter. Das passte irgendwie alles nicht.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das stimmt! Das passte nicht!)

Heute war das Bild von dem Ritter und dem Knappen auch nicht eindeutig, zumal die Gefahr bestand, den Ministerpräsidenten in diesem Bild als den Knappen zu sehen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Gut hat mir das Bild dahinter gefallen, nämlich der Kampf gegen große Windmaschinen. Als solche kommt mir die Bundesregierung momentan vor.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Herlich Marie Todsens-Reese [CDU]: War es das schon?)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter Jezewski hat das Wort.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unbestritten ist, Herr Kubicki und der Ministerpräsident waren in Berlin.

(Beifall bei der LINKEN und SPD)

Man kann hoffen, dass sie mit dem Zug gefahren sind. Dann haben sie wenigstens die CO₂-Bilanz nicht so doll belastet.

Herr Kubicki, Sie behaupten, Sie haben Kaffee bekommen. Vorher haben Sie noch auf Kekse gehofft. Nicht einmal die waren da, geschweige denn Geld. Frau Merkel bestätigt uns das auch. Alle Parteikollegen von Ihnen und Herrn Carstensen bestätigen, dass es keinerlei Zusammenhang zwischen den Verhandlungen über die Finanzen von Bund und Ländern und dem Steuersenkungsgesetz oder **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** gibt. Das ist einfach so. Jetzt müssen wir entscheiden, ob hier oder auf Bundesebene gelogen wird. Sagt Frau Merkel die Wahrheit, oder sagt Ministerpräsident Carstensen die Wahrheit? Das müssen wir entscheiden.

In einem Punkt sind wir uns vielleicht einig. Manchmal kann ich sogar sagen, ein kleines bisschen Ahnung von Geld haben die von der CDU doch auch. Das ist der Fall, wenn Sie sagen: Konsum bringt die Wirtschaft in Gang. Konsum ist im Moment das Richtige für uns. Wir brauchen mehr Ausgaben in Konsum.

Wir senken die Erbschaftsteuer, um den Konsum zu steigern. Ich rechne aus: Einer, der ein wirklich gutes Erbe hat, spart 1 Million € an Erbschaftsteuer. Media Markt wird sich freuen, wenn er in der nächsten Woche kommt und 100.000 Fernseher kauft. Ich glaube einfach nicht, dass er das tut.

(Zurufe)

- Gut, dann kauft er nur 100 Fernseher. Aber auch diese kauft er nicht.

Wenn jemand, der heute 5.000 € netto hat, 20 € mehr Kindergeld bekommt, wird er nicht ganz stolz zu seinem Bäcker gehen und sagen, ich nehme jetzt immer die 3 ct teureren Körnerbrötchen; dann kann ich die 20 € für meine Kinder gut auf den Kopf hauen. - Das passiert nicht.

Bekäme ein **Hartz-IV-Bezieher** sein Kindergeld nicht mehr angerechnet, würde er dies sofort in den

(Heinz-Werner Jezewski)

Konsum geben. Diesen Vorwurf mache ich Ihnen, Frau Merkel und den schwarz-gelben Regierungen in Berlin und in Schleswig-Holstein.

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass die Hartz-IV-Regelsätze für Kinder zu niedrig sind und daran etwas geändert werden muss. Es wäre eine Möglichkeit gewesen zu sagen: Wir wollen den Konsum steigern und etwas für die Menschen tun. Wir wollen die Menschen in unserem Land entlasten. Als ersten Schritt rechnen wir das Kindergeld auf Hartz-IV-Sätze nicht mehr an, unabhängig davon, ob wir es müssen oder nicht.

Das wäre ein Weg gewesen, sich mutig zu zeigen. Ich habe aber kein Wort in dieser Richtung gehört, weder von Ihnen, Herr Kubicki, noch von Herrn Carstensen, von Herrn Wiegard oder irgendjemand anderem aus Ihren Parteien. Das werfe ich Ihnen vor. Deswegen werden wir den heutigen Vorschlag, wie Sie ihn unterbreitet haben und wie er im Finanzausschuss besprochen wurde, ablehnen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für einen weiteren Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Tobias Koch von der CDU.

Tobias Koch [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei den Debatten in diesem Hause gibt es gelegentlich Momente, in denen die Diskussionsbeiträge der Opposition noch einmal zum Nachdenken anregen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kommt gelegentlich vor, und man prüft noch einmal, ob die eigene Argumentation richtig ist. Die heutige Rede des Herrn Stegner gehörte mit Sicherheit nicht dazu.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] und Gerrit Koch [FDP])

Dass auch der Kollege Habersaat mit der Rede seines Fraktionsvorsitzenden nicht ganz einverstanden war, kann ich von daher gut nachvollziehen.

Glücklicherweise ist der Titel des Oppositionsführers an das formale Kriterium größte Oppositionspartei gebunden und hängt nicht von der Qualität der Redebeiträge ab.

Bei dem versammelten Applaus der Opposition für diese Rede ist Ihnen vielleicht entgangen - zumindest den Finanzpolitikern unter Ihnen -, dass Herr Stegner offensichtlich keine allzu hohe Wertschät-

zung gegenüber den Mitgliedern des Finanzausschusses hat.

Unser gemeinsamer Beschluss aus der letzten Woche sei im Geiste des adventlichen Friedens getroffen worden. Er ist nach Meinung des Herrn Stegner also offensichtlich nicht so ganz ernst zu nehmen und auch nicht so ganz richtig. Auch der eine oder andere Oppositionspolitiker interpretiert diesen gemeinsamen Beschluss sehr eigenwillig in seinem eigenen Sinn.

Der **Finanzausschuss** hat nicht beschlossen, dass das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** ein schlechtes Gesetz ist, das auf Biegen und Brechen abgelehnt werden müsste. Wir haben beschlossen, dass die Regierung zustimmen kann, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind. Es ist kein schlechtes Gesetz. Der Finanzausschuss hat nicht beschlossen, dass die Bedingung darin besteht, dass wir dafür 130 Millionen € bekommen, sondern wir haben beschlossen, dass wir eine angemessene Kompensation brauchen, die uns die Einhaltung unseres Konsolidierungspfades ermöglicht. Von 130 Millionen € war in dem Beschluss nicht die Rede.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heindl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben auch nicht beschlossen, dass wir diesen Ausgleich in Cash brauchen, Frau Kollegin Heindl. Wir haben nach langer Debatte auch mit Ihnen genau formuliert: Es muss sich finanziell auswirken, es muss finanziell wirksam sein, aber eben nicht in Cash.

Davon will die Opposition heute nichts mehr wissen. Deswegen kann ich nur sagen: Was wir heute erleben, ist das übliche Rumgenörgle einer Opposition, die eine erfolgreiche Verhandlung einer Landesregierung nie und nimmer anerkennen wird und immer etwas daran auszusetzen haben wird. Das ist nicht besonders erstaunlich. Da geht es Ihnen aber nicht um das Land, sondern um Ihren eigenen politischen Vorteil als Oppositionspartei. Das mag man so machen. Im Grunde diskreditieren Sie sich damit selbst.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Dr. Robert Habeck.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal kurz gemeldet, um Folgendes zu sagen. Ich bin - meine Fraktion hat das auch immer getan - sehr wohl bereit, Erfolge anzuerkennen. Das ist nicht der Punkt. Wenn der Herr Ministerpräsident dazu beigetragen hat - ich wiederhole mich -, dann ist das gut und verdient auch Anerkennung.

Die Frage, die im Raum steht - ich dachte, ich hätte das herausgearbeitet -, ist die der **Haushaltsrelevanz**. Was jetzt passiert, ist, dass zwar die Bildungsgelder nach Schleswig-Holstein kommen, aber einher mit neuen Ausgaben. Das kann man gut finden. Ich finde das gut. Aber es ist nicht haushaltsrelevant.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir kriegen Geld, und es geht gleich wieder raus. Das ist doch nicht schwer nachzuvollziehen.

Wir haben hier im Haus ein Kriterium, an dem die Haushaltsrelevanz gemessen wird. Das ist die Schuldenbremse. Sie bemisst sich nach dem Defizit - ich bin gleich fertig, dann können Sie fragen; ich brauche noch eine Minute - Einnahme/Ausgabe. Das ist das Kriterium für Haushaltsrelevanz. Da die Gelder für Bildung direkt wieder rausgehen, haben Sie das Problem nicht gelöst.

Sie haben drei Möglichkeiten. Entweder holen Sie Gelder rein, die die **Steuerausfälle** kompensieren. Oder Sie sagen hier klipp und klar: Die **Schuldenbremse** wird von uns aufgeweicht. Das wäre eine ehrliche Antwort. Sagen Sie: Mit diesem Gesetz können wir die Schuldenbremse nicht mehr einhalten, wir müssen mit dem Bund darüber verhandeln, dass wir die Gelder bekommen, weil wir die Kriterien für die Schuldenbremse reißen. Das wäre auch eine faire Ansage. Dann wären Sie nach dieser Wischiwaschi-Ankündigung, wie Sie das Land konsolidieren wollen, fein raus. Die dritte Möglichkeit ist, dass Sie morgen mit Nein stimmen. Das sind die drei Möglichkeiten.

Der Verweis auf die Gelder im Bildungsbereich ist erfreulich, aber keine Antwort auf das Problem, das wir haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege Dr. Habeck, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Koch zu?

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern. - Nachdem ich die letzte schon nicht gekriegt habe.

(Das Mikrofon funktioniert nicht)

- Ich höre!

Tobias Koch [CDU]: Würden Sie mir zugehen, dass es durchaus haushaltsrelevant ist, ob wir die zusätzlichen Gelder für den Bildungspakt in Höhe von 300 Millionen € allein aus Landesmitteln bestreiten müssen oder ob uns der Bund 100 Millionen € dazu gibt? Das ist doch haushaltsrelevant! Ob wir es allein bezahlen oder 100 Millionen € vom Bund bekommen, das ist doch haushaltsrelevant!

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Die Frage ist gestellt. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Habeck.

Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Koch - Sie können sich gern setzen; ich bin da nicht so -, die Haushaltsrelevanz der Bildungsgelder ist ein Problem, das nicht durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstanden ist, sondern durch den **Bildungsgipfel**. Das ist der logische Unterschied. Natürlich würde ich zustimmen, wenn Sie sagen: Wir haben einen Bildungsgipfel gemacht und kriegen jetzt Kompensation. Hätten wir sie nicht, wäre der Bildungsgipfel für uns eine Belastung. Das wäre logisch. Da würde ich zustimmen. Darüber reden wir aber nicht. Wir reden über das Wachstumsbeschleunigungsgesetz.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das führt zu Steuerausfällen. Die werden nicht kompensiert. Es sind zwei Baustellen, die rechnerisch nichts miteinander zu tun haben.

Wir sehen uns nach der nächsten Steuerschätzung im Mai hier wieder. Dann können Sie nachweisen, wie die Haushaltsrelevanz der Bildungsgelder eingeführt wurde.

(Dr. Robert Habeck)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat sich Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk gemeldet. Ich erteile ihr hiermit das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gern drei Bemerkungen machen.

Weil der Kollege Koch noch einmal die Finanzausschusssitzung in der letzten Woche angesprochen hat, erinnere ich daran, dass wir um Formulierungen gerungen haben. Es ging um die Formulierung „angemessene finanziell wirksame Kompensation“ oder „adäquate finanziell wirksame Kompensation“. Wir, die Oppositionsfraktionen, sind auf die Regierungsfraktionen zugegangen und haben gesagt: Okay, wir akzeptieren „angemessene“. Das ist ein Unterschied zu „adäquate“. Wir haben dann aber gesagt, es müssen auf jeden Fall Kompensationen sein, die finanziell wirksam sind. Finanziell wirksam ist nicht etwas, was mit dem Bildungsgipfel zu tun hat und eventuell letztlich irgendwann mal haushaltswirksam sein könnte.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Irgendwann mal?)

Wir brauchen eine finanziell wirksame Kompensation, die hier und heute finanziell wirksam sein kann. Unter dem Strich heißt das: ein weiterer Anteil an der **Mehrwertsteuer**. Das wäre eine finanziell wirksame **Kompensation** gewesen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Bemerkung zum **Bildungsgipfel**. Wir werden noch darüber diskutieren. Ausgangspunkt waren 60 Milliarden €, die durch Taschenspielertricks auf 13 Milliarden bis 16 Milliarden € heruntergerechnet worden sind.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hinzu kommt, dass diese Mittel vorn und hinten nicht ausreichen werden, wenn es darum geht, den Bildungsstandard in der Bundesrepublik zu erhöhen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Da brauchen wir den Betrag von 60 Milliarden €.

Diese Diskussion wird uns weiter verfolgen. Die Diskussion zu einem späteren Tagesordnungspunkt dazu wird ein erster Einstieg dazu sein.

Hier ist mehrfach gesagt worden, dass Verhandlungen schwierig sind. Das weiß jeder, der schon einmal an Verhandlungen teilgenommen hat. Das ändert nichts an der Tatsache, dass der Sündenfall in diesem Fall - anders kann ich das nicht formulieren - schon viel früher lag. Er lag nämlich darin, dass die Ministerpräsidenten dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene zugestimmt haben beziehungsweise ihn abgenickt haben.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Da fing das Desaster an.

Ich kann dem Kollegen Habeck nur recht geben, wenn er sagt: Einzig und allein CSU und FDP haben das **Wachstumsbeschleunigungsgesetz** gewollt. Alle anderen wollten es nicht.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Darum muss ich noch einmal deutlich machen: Dieses Gesetz ist nicht wie das unliebsame Geschenk von Tante Erna. Die Vase, die man nicht haben will, kann man in den Keller stellen, oder man kann sie aus dem Fenster schmeißen. Wir müssen mit diesem Wachstumsbeschleunigungsgesetz erst einmal leben. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Anke Spoorendonk [SSW]:

Jederzeit.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin Spoorendonk, ist Ihnen bekannt - -

(Das Mikrofon fällt aus)

(Anke Spoorendonk)

- Es geht nicht. Mir ist nichts bekannt.

(Heiterkeit)

Wolfgang Kubicki [FDP]: Das war eine zutreffende Antwort für den Untersuchungsausschuss. - Ist Ihnen bekannt, dass es bei der Lücke von 60 Milliarden zur Erreichung des 10-%-Ziels die Länder waren, da sie einen 50-prozentigen Anteil hätten übernehmen müssen, die versucht haben, diese Lücke klein zu rechnen? Ist Ihnen bekannt, dass, seitdem der Bund erklärt hat, er erhöhe seinen Anteil von 10 % auf 40 %, die Länder auf die Idee gekommen sind, dass die Lücke vielleicht doch ein bisschen größer ist als vorher von ihnen angenommen?

- Herr Kollege Kubicki, das ist mir durchaus bekannt. Denn in der ersten Runde, als festgestellt wurde, dass uns 60 Milliarden fehlen, haben die Bildungspolitiker diskutiert. Als es um das Herunterrechnen ging, haben die Finanzpolitiker diskutiert. Auch das ist ein Problem.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner von der SPD.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe dieser Debatte sehr genau zugehört und mich gerade beim Präsidium erkundigt und gehört, dass sich der Herr Ministerpräsident nicht einmal zu Wort gemeldet hat. Bei dieser Veranstaltung meldet er sich zu Wort, um eine Zwischenfrage an den Kollegen von der Linkspartei zu stellen. Das ist sein Beitrag heute hier.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, den ich im Augenblick nicht sehe - es ist ja viel Wirbel hier im Haus, immer muss rausgegangen werden, so wichtig scheint Ihnen die Debatte also nicht zu sein -

(Herlich Marie Todsén-Reese [CDU]: Das müssen Sie gerade sagen! - Weitere Zurufe von CDU und FDP)

beschäftigt sich hauptsächlich mit 1998 und 1999 und redet über 2000, sagt aber nichts oder fast nichts zum aktuellen Gesetz, außer dass er gegen die Mehrwertsteuersenkung für die Hoteliers sei, die man aber im Paket mittragen müsse. Der Vorsitzende der FDP-Fraktion redet für die Regierung, er

redet fürs Präsidium, selbst wenn seine eigene Parteikollegin da oben sitzt, und er redet für alle anderen, und vor allem guckt er zu viel in den Spiegel, weil er glaubt, er sieht da den klügsten Menschen, den es überhaupt gibt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist alles, was wir heute hier von Ihnen erlebt haben. Und dann buhlt der Ministerpräsident, wo immer er kann, darum, dass er doch endlich Lob dafür kriegt, was er Tolles geleistet hat.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Kriegt er überall!)

Und sein eigener Finanzminister hält hier eine Rede, in der er uns nicht ein einziges Argument dafür geliefert hat, warum es klug sein könnte, diesem schlechten Gesetz morgen zuzustimmen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Der Gipfel ist, dass Sie auch noch sagen: Fragen Sie doch einmal Kurt Beck oder Matthias Platzeck, wie toll ich gewesen bin! - Wenn man Ihnen dann vorhält, was Frau Merkel und Ihre eigenen Parteikollegen dazu gesagt haben, das wollen Sie nicht hören. Sie können gern auch Kurt Beck und Matthias Platzeck fragen - ich habe mit ihnen gesprochen -, die haben gesagt: Der Carstensen habe zwar große Wellen gemacht, aber rausgekommen ist für die Länder nichts Vernünftiges. Das ist die Wahrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und der LINKEN - Zurufe von CDU und FDP)

Ich verstehe das ja, wenn man sich nicht einmal an wichtige Gespräche mit dem ehemaligen Wirtschaftsminister erinnert, sondern eher daran, welches Grünkohlessen man an dem Abend gerade in Berlin hatte. Dann verstehe ich natürlich, dass Sie hier Lob haben wollen. Lieber Herr **Ministerpräsident**, wenn Sie für dieses Land wirklich einmal etwas leisteten und rausholten, dann kriegen Sie auch Lob von uns.

(Zurufe)

- Doch, dann loben wir Sie, weil wir nämlich auf das Wohl des Landes Schleswig-Holsteins vereidigt sind, Herr Ministerpräsident. Das ist unsere Aufgabe. Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten sind dafür da, das Wohl der Bevölkerung des Landes Schleswig-Holstein zu mehren. Sie aber mehren nur die Einkommensmöglichkeiten für reiche Erben, für Hoteliers, Sie machen ungerechte Kinderförderung, und Sie halten lausige Reden in diesem

(Dr. Ralf Stegner)

Hause, oder Sie reden gar nicht, weil Sie sich nicht trauen, hier hinzugehen und zu sagen, was Sie wirklich erreicht haben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW - Zurufe von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 17/82 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Damit ist Tagesordnungspunkt 21 erledigt.

Wir kommen zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 39, Keine Steuersenkungen zulasten von Land und Kommunen, Drucksache 17/69. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/142 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag Drucksache 17/142 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/15 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Eine Gegenprobe brauchen wir - glaube ich - nicht. Der Antrag ist damit einstimmig angenommen.

(Zurufe)

- Entschuldigung, der Antrag ist einstimmig bei vier Stimmenthaltungen angenommen.

(Zurufe)

Ich rufe sodann die Tagesordnungspunkte 24 und 43 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Qualifizierungsoffensive und Umsetzungsstand des „10-%-Ziels“

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/85

b) Bildungsfinanzierung

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/40

Bericht und Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
Drucksache 17/113

Mir ist gesagt worden, dass es eine Verständigung darüber gab, diesen Punkt vorzuziehen, und sehe jetzt Irritationen. - Frau Heinold!

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin, es ist richtig, wir haben uns vor zwei Minuten darauf verständigt, diesen Tagesordnungspunkt, der für heute Nachmittag vorgesehen war, vorzuziehen. Unsere Rednerin ist gerade dabei, ihre Rede zu holen. Da ich mir nicht sicher bin, ob sie erste Rednerin ist, bitte ich darum, kurz zu warten. Frau Erdmann müsste jeden Moment wiederkommen. Das wäre fair. Und dann können wir den Punkt von heute Nachmittag auf heute Vormittag vorziehen.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann machen wir eine kurze Sitzungsunterbrechung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie aber bitten, im Saal zu bleiben. Ich unterbreche die Sitzung.

(Unterbrechung: 12:18 bis 12:22 Uhr)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist wiedereröffnet. Ich bitte Sie, sich wieder auf die Sitzung zu konzentrieren. Ich würde gern fortfahren. Ich habe die Tagesordnungspunkte 24 und 43 zur gemeinsamen Beratung aufgerufen.

Zur Berichterstattung des Bildungsausschusses zum Antrag Bildungsfinanzierung, Drucksache 17/40, erteile ich zunächst der Vorsitzenden, Frau Abgeordnete Susanne Herold, das Wort.

Susanne Herold [CDU]:

Frau Präsidentin! Der Bildungsausschuss hat sich in seiner Sitzung am 3. Dezember mit dem Antrag der Grünen befasst. In dieser Ausschusssitzung haben CDU und FDP einen Änderungsantrag vorgelegt,

(Susanne Herold)

der angenommen worden ist. Damit empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW die Annahme des Antrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Bildungsfinanzierung, Drucksache 17/40, in geänderter Fassung. Die geänderte Fassung können Sie der Drucksache 17/113 entnehmen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Ich danke der Frau Berichtsteraterin. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Ich frage, ob das Wort zur Begründung des Antrags zu a), Drucksache 17/85, gewünscht wird. - Das ist auch nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich erteile nun Herrn Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bundeskanzlerin und - ich betone - alle Ministerpräsidenten der Länder haben sich im Herbst des vergangenen Jahres in Dresden ein ehrgeiziges Ziel gesteckt. Bis zum Jahr 2015 soll der Anteil der Aufwendungen für Bildung und Forschung gesamtstaatlich auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden. Gemeinsam haben wir damals einen Prozess vereinbart, an dessen Ende ein bislang einmaliger Investitionsschub für Bildung und Forschung stehen soll. Gestern nun hat die Konferenz der Ministerpräsidenten getagt. Wir haben festgestellt, dass vor und seit dem **Qualifizierungsgipfel** in Dresden in Bund und Ländern wesentliche bildungspolitische Schwerpunkte gesetzt worden sind und erhebliche zusätzliche Haushaltsmittel gerade durch die Länder bereitgestellt worden sind. Um es ganz klar zu sagen: **Bund** und **Länder** haben die Zeichen der Zeit erkannt und ihre Konsequenzen gezogen. Bildung und Forschung haben eine neue Priorität erlangt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der Anteil der **Ausgaben** für **Bildung** und **Forschung** an den Gesamthaushalten der Länder ist von 29 % im Jahr 1995 auf 34 % im Jahr 2008 gestiegen. Gesamtstaatlich beliefen sich die Ausgaben

nach Angaben des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Jahr 2006 noch auf 198 Milliarden €. Im Jahr 2009 waren es schon 226 Milliarden €. Das ist ein sattes Plus von 14 % von 2006 auf 2009. Dennoch können wir hier nicht haltmachen. Von dem 10%-Ziel im Jahr 2015 sind wir noch weit entfernt. Wir dürfen in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Im Gegenteil, wenn wir einen großen Satz nach vorn machen wollen, dann müssen wir unsere Anstrengungen noch intensivieren.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Das heißt, die Gesamtausgaben für Bildung und Forschung müssen von 2009 bis 2015 um rund 41 Milliarden € gesteigert werden, wenn wir das 10%-Ziel bis dahin erreichen wollen. Von den 41 Milliarden € sind bereits 28 Milliarden € an Etatsteigerungen für Forschung und Bildung vorgesehen. Wenn Bund und Länder ihre Bildungs- und Forschungshaushalte wie vorgesehen fortschreiben, wenn Wirtschaft und Private weiter ihre Beiträge leisten, dann fehlen 2015 rechnerisch noch mindestens 13 Milliarden €.

Ich habe daraufhin und auch aufgrund dieser Zahl mehrmals mit unserer Bundeskanzlerin gesprochen. Wer die Verhandlungen über die vergangenen Wochen hinweg verfolgt hat, der weiß, es geht um viel. Das ist allen Seiten bewusst. Ich habe darauf hingewiesen, dass ich bei zusätzlichen Belastungen zunächst den Bund in der Pflicht sehe. Die auf Bundesebene von CDU und FDP im Koalitionsvertrag vereinbarten zusätzlichen Mittel für Bildung und Forschung sind wichtig und richtig, aber sie reichen nicht aus, wenn wir das 10%-Ziel erreichen wollen.

Wir haben eine **Schuldenbremse** mit Verfassungsrang, und wir sind noch mitten in einer weltweiten **Wirtschafts- und Finanzkrise**. Beides hat Konsequenzen für die Ausgabenpolitik Schleswig-Holsteins. Es hat Konsequenzen für die Ausgabenpolitik aller Länder. Für Schleswig-Holstein kann ich sagen: Wir sind auf die zusätzlichen Mittel des Bundes angewiesen. Ich erinnere daran: Die Konsolidierungshilfen, die unser Land bekommt, sind Voraussetzung, um die Neuverschuldung zu reduzieren. Sie dienen nicht dazu, neue Aufgaben zu finanzieren.

Das muss auch so bleiben. Deshalb haben die Konsolidierungsländer gestern bei der Beschlussfassung zu Protokoll gegeben, dass die Umsetzung der vereinbarten Ziele unter einem Vorbehalt steht. Die Vorgaben aus dem Grundgesetz über die Gewährung von Konsolidierungshilfen müssen insbeson-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

dere zur gleichmäßigen Reduzierung des strukturellen Defizits erfüllbar sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Berlin, Bremen und das Saarland haben das gestern mit uns gemeinsam deutlich gemacht. Wir müssen eine Regelung finden, die der verfassungsrechtlich verankerten Schuldenbremse gerecht wird. Ich habe in dem Gespräch mit der Bundeskanzlerin daher aus meiner Ansicht keinen Hehl gemacht. Ich habe gesagt: Die Mehrausgaben, die zum Erreichen des 10%-Ziels notwendig sind, können von den Ländern allein mit den bislang vorhandenen Mitteln nicht geleistet werden, und von Schleswig-Holstein erst recht nicht.

Das war immer meine Position. Ich habe sie mit Nachdruck vertreten, und das hat sich gelohnt. Das Ergebnis ist: Der Bund hat angeboten, 40 % von mindestens 13 Milliarden € zu übernehmen, die noch fehlen. Das wird er - und das ist ein Riesenschritt - auch dauerhaft tun, nämlich über die laufende Legislaturperiode hinaus und über 2015 hinaus. Das ist deshalb wichtig, weil der Bund eigentlich keine Zusage über die Wahlperiode hinaus machen wollte.

(Beifall bei der CDU)

Diese Zusage entlastet Schleswig-Holstein enorm, wenn man das 10%-Ziel erreichen will, was alle Länder wollen, auch die SPD-geführten Länder. Selbst diese Länder haben uns jetzt einen Fortschritt attestiert. Das ist kein Sonderweg für Schleswig-Holstein. Die Zusage entlastet alle Länder. Ich habe immer großen Wert darauf gelegt: Das ist kein Sonderweg für Schleswig-Holstein. Nun sind wir auf einem für alle Länder gangbaren Weg. Damit ist viel erreicht. Der Bund ist uns in diesem Punkt sehr weit entgegengekommen.

Wir zeigen nicht nur mit dem Finger auf andere. Natürlich engagiert sich auch die Landesregierung für mehr Bildung und Forschung in Schleswig-Holstein. Ich will Ihnen drei Punkte für die Aufwertung des Bildungssektors nennen:

Erstens. Wir haben den **Hochschulpakt** mitgetragen. Ab 2011 werden wir für 9.700 zusätzliche **Studienplätze** sorgen.

Zweitens. Wir unterstützen unsere Forschungseinrichtungen bei der **Exzellenzinitiative** nachdrücklich. Aus den Netzwerken der Hochschulen und anderer Forschungseinrichtungen entsteht Erkenntnisgewinn, der wiederum neue Wertschöpfungsketten in Gang setzt.

Drittens. An den Schulen werden wir das **zahlenmäßige Verhältnis von Lehrern zu Schülern** verbessern. Ein großer Teil der demografischen Rendite wird zugunsten der Unterrichtsqualität eingesetzt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Im solidarischen Bündnis mit Bund, Ländern und Kommunen, mit der Wirtschaft und den Privaten können wir das 10%-Ziel erreichen. Das ist nach der gestrigen Verhandlung meine feste Überzeugung. Wenn es uns gelingt - ich bin nach meinen Gesprächen in Berlin sehr zuversichtlich -, bis zum Juni nächsten Jahres durch die Finanzministerkonferenz konkrete Vorschläge zur Deckung der Finanzlücke zu erarbeiten, wird sich das gestrige Gespräch im Kanzleramt als wichtiger Meilenstein auf dem Weg zur Bildungsrepublik Deutschland erwiesen haben. Das, meine Damen und Herren, sollte in unser aller Interesse sein.

(Anhaltender Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, nach § 52 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags hat der Oppositionsführer das Recht, nach der Rede des Ministerpräsidenten das Wort zu ergreifen. - Herr Dr. Ralf Stegner, Sie haben das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Fortschritte für Bildung in diesem Land erzielt werden könnten, wäre das für uns alle gut, und dann würde das den Beifall aller in diesem Haus finden.

Richtig ist aber leider, dass Union und FDP die Wahlkämpfe für den Bundestag und für den Landtag damit bestritten haben, dass sie die Haushalte sanieren, die Bildung verbessern und die Bürger entlasten wollten. Ich übersetze das einmal. Das heißt: weniger einnehmen, mehr ausgeben und keine neuen Schulden machen. Das funktioniert nicht. Das haben wir ja eben diskutiert.

Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie, Herr Ministerpräsident, wenigstens zu diesem Punkt das Wort ergriffen haben. Aber man muss natürlich schon sagen: Sie sind jetzt mit der schönen Wirklichkeit konfrontiert, dass das, was Sie versprochen haben, nicht funktioniert. Sie haben weder die Mittel noch die Konzepte, um das, was im **Bildungsbereich** zweifellos getan werden muss, zu bewältigen. Dazu

(Dr. Ralf Stegner)

gehören - ich sage das ohne Anspruch auf Vollständigkeit - der Ausbau der Betreuungsplätze für mindestens 35 % aller unter Dreijährigen, die qualitative Verbesserung der Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher und deren bessere Bezahlung, die Sicherung und der Ausbau der Unterrichtsversorgung, die Umsetzung der Schulreform, auch in ihren materiellen Konsequenzen - anstatt den Erhalt der Realschule zu propagieren, sollten Sie lieber dies tun -, die Weiterentwicklung der Lehrerbildung, die Sicherung des Lehrernachwuchses, die Schaffung neuer Studienplätze, die bessere materielle Absicherung des Studiums ohne soziale Barrieren und vieles andere mehr, was an Hochschulreformen erforderlich wäre.

Es gäbe vieles zu tun, um das Missverhältnis von Anspruch und Wirklichkeit aufzulösen. Wir wollen jedem eine Chance geben. Tatsächlich grenzen wir viele aus. 2007 haben noch immer 8,7 % der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen.

(Zurufe von der CDU)

Wir brauchen viel mehr Menschen mit guter **Qualifikation**. Tatsächlich ist der Anteil jener, die das Abitur ablegen, wie jener, die studieren, viel zu gering.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Nur 25 % der jungen Schleswig-Holsteiner gehen nach der Schule auf eine Hochschule; im OECD-Durchschnitt sind es 56 %.

Wir wollen faire **Chancen**. Tatsächlich ist Bildung bei uns in Deutschland vom Geldbeutel der Eltern abhängig. Wir wollen selbstbewusste, kritische, gut ausgebildete Geister und verfehlen doch die Bedürfnisse und Lebensrealitäten der Kinder und jungen Erwachsenen um Längen. Einige von Ihnen konnten es gestern im Bildungsausschuss wieder erleben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Dazu gibt es von den Bildungsexperten seit Langem klar umrissene Reformvorstellungen: Wir brauchen etwa 60 Milliarden € zusätzlich, und mit diesen Mitteln sollten hauptsächlich Kinder in den unteren Einkommensschichten gefördert werden.

Ja, es gab wieder einmal einen **Bildungsgipfel**; aber wir sollten das nach dem Höhenlevel beurteilen. Ich gebe zu, von Nordstrand aus wirkt auch

schon ein Maulwurf eindrucksvoll. Aber das, was dabei herausgekommen ist, ist jedenfalls kein Gipfel, sondern es ist ein lächerliches Ergebnis, dass man sagt: Das, was wir eigentlich wollten, reduzieren wir deutlich, aber sagen noch nicht, wie wir es finanzieren. - Das ist das Ergebnis von gestern gewesen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Im Übrigen hat Kurt Beck, der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, gestern öffentlich gesagt, er sei extrem enttäuscht über das Ergebnis gewesen, weil die Bundeskanzlerin eben nicht bereit gewesen sei zu sagen, wie das gehen soll. Vielmehr will man das im Juni tun. Das liegt bekanntlich nach der Landtagswahl in Nordrhein Westfalen. Das ist ja auch der Grund, warum Sie die Karten nicht auf den Tisch legen wollen. Sie wollen den Leuten nicht erzählen, wo denn gespart werden soll. Ich vermute, so wie ich Schwarz-Gelb kenne, soll das wieder bei jenen geschehen, die es sich am wenigsten leisten können.

Das Thema Bildung bleibt dabei auf der Strecke, **Steuergeschenke** werden proklamiert. Wir können Sie uns überhaupt nicht leisten. Die Wirtschaft wird übrigens nicht eingebunden, fühlt sich nicht verpflichtet. Die Kommentare, die die deutsche Wirtschaft dazu abgegeben hat, waren negativ. Die Berechnungen sind unehrlich. Man rechnet 60 Milliarden € auf 13 Milliarden € herunter, indem man Pensionszahlungen einbezieht, indem man Raummieten und vieles andere mehr einbezieht. Kein einziger junger Mensch in Schleswig-Holstein hat etwas davon, wenn wir diese Art von Taschenspielertricks vollführen, so wie das bei diesem Bildungsgipfel der Fall gewesen ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zusagen taugen nichts, weil sie noch gar nichts besagen, weil niemand gesagt hat, wie das konkret möglich sein soll. Wahrscheinlich ist es so, wie es Herr Wiegard beim letzten Tagesordnungspunkt angedeutet hat, nämlich dass Sie sagen: Wenn das im Verhältnis zu diesem Wachstumsbeschleunigungsgesetz wirklich etwas bringt, dann muss man an anderer Stelle sparen. Vermutlich hat Herr Dr. Klug schon ein paar Ideen, wo das im Einzelplan 07 möglich sein kann. Das heißt, auch dann kommt am Ende für die Schülerinnen und Schüler und für Studentinnen und Studenten nicht mehr, sondern weniger dabei heraus.

Deswegen muss ich auch sagen: Auch wenn die schwarz-gelbe Regierungskoalition zustimmen will,

(Dr. Ralf Stegner)

so wie sie das im Bildungsausschuss getan hat, können wir dem, was da beschlossen worden ist, nicht unsere Zustimmung geben. Denn wir wollen bessere Bildung für die Kinder und Jugendlichen in Schleswig-Holstein.

(Zuruf der Abgeordneten Susanne Herold [CDU])

Das ist der Grundstein für die Zukunft. Das wird mit dem, was Sie beschließen, nicht erreicht. Das wird nicht dadurch erreicht, dass Sie Weltmeister im Schönrechnen sind. Vor dem „scharfen Schwert“ der Protokollerklärung aus Schleswig-Holstein erzittert ja die ganze Republik. Ich sehe schon Herrn Seehofer und Herrn Schäuble, wie sie sich vor dem, was Sie da machen, fürchten. Nein, die Zukunft der Kinder und Jugendlichen ist bei Ihnen leider in denkbar schlechten Händen.

Wir würden uns wünschen, dass wir einmal wirklich einen Bildungsgipfel hätten, der so viel Höhe und damit Weitsicht ermöglicht, dass die Gelder auch wirklich zur Verfügung gestellt werden. Die SPD hat im Gegensatz zu anderen mehrmals gesagt, dass es klare **Prioritäten** zugunsten von Kinderbetreuung, Bildung und Klimaschutz geben muss und dass alles andere nachrangig ist. Dem folgen Sie nicht. Stattdessen beschenken Sie kurz vor Weihnachten jene, die es gar nicht nötig haben. Das ist verfehlte Politik. Das ist Politik von gestern. Dazu werden wir unsere Hand nicht reichen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, nach unserer Geschäftsordnung haben nunmehr auch die Vorsitzenden der anderen Fraktionen das Wort. - Da sie das nicht ergreifen wollen, schlage ich vor, dass wir die Aussprache fortführen, und erteile für die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Anke Erdmann das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Stegner, man kann Schwarz-Gelb einiges in die Schuhe schieben; das sehe ich auch so. Aber was den Bildungsbereich angeht, würde ich an Ihrer Stelle extrem kleine Brötchen backen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP - Zurufe von der CDU: Bravo! Bravo!)

Donnerstags laufen bekanntlich im Kino die neuen Filme an. Heute läuft „Liebling, ich habe das 10%-Ziel geschrumpft!“ - von 60 Milliarden € auf 13 Milliarden € in 14 Monaten. Das ist eine beachtliche Leistung. Herr Wiegand, es wäre schön, wenn solche Lücken auch einmal bei den strukturellen Haushaltsdefiziten weggezaubert werden könnten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir arbeiten daran!)

- Mein Sohn wünscht sich auch einen Zaubermantel zu Weihnachten. - Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt, die **Finanzierungslücke** sei geschrumpft, weil so viel für die **Bildung** getan worden sei. Das ist ein Teil. Aber der größte Teil der Differenz von 60 Milliarden € auf 14 Milliarden € hat schon relativ viel mit Finanzakrobatik und viel Kreativität in den Finanzministerien zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Was läuft heute noch im Kino an? - Es läuft der Film: „Von den Regierungschefs, die einen Gipfel besteigen wollten und von einem Hügel herunter kamen“, leider ohne Hugh Grant in der Hauptrolle. Es wurde kein Bildungsgipfel erklommen, aber - das muss man zugestehen - es war ein sichtbarer Hügel.

Man kann eben auch sagen: 13 Milliarden € plus im Jahr, das ist schon mal was, auch wenn es keine Kompensation ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Und: Auf eine solche Finanzspritze haben Bildung und Forschung schon lange gewartet.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht war auch nicht mehr drin, wenn ich mir die Debatten in den letzten vier Wochen im Landtag und in den Ausschüssen anschau. Minister de Jager hat in der letzten Plenartagung gesagt, der Ministerpräsident hätte einem Ziel zugestimmt, das ein bisschen verpeilt gewesen sei. Das sagt auch die Fachebene des Ministeriums von Herrn de Jager im Ausschuss. Der Indikator sei extrem schlecht gewählt, und zu finanzieren sei das Ganze auch nicht.

Herr von Boetticher, Sie haben vorhin den Grünen vorgeworfen, unser Antrag wäre viel zu teuer. Ich gehe jetzt noch einmal auf die beiden finanzrelevanten Punkte ein. Der erste finanzrelevante Punkt in dem Antrag war: 10%-Ziel einhalten. Das ist nicht mein Ziel, ich habe mich nur hinter den Mini-

(Anke Erdmann)

sterpräsidenten gestellt. Das mache ich gern. Aber dass Sie mich dafür kritisieren, ist schon erstaunlich.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Nicht für den ersten Punkt, zu zwei und drei!)

- Zum zweiten Punkt komme ich jetzt: Demografie-Rendite. Ich erinnere mich noch an einen zauberhaften Abend mit Herrn Klug auf einem Podium.

(Zurufe: Oh, oh!)

- Ja, es war sehr romantisch.

(Heiterkeit - Beifall der Abgeordneten Karsten Jasper [CDU], Anita Klahn [FDP], Wolfgang Kubicki [FDP] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es ging unter anderem darum, dass auch die FDP der Meinung ist, dass die **Demografie-Rendite** natürlich im System bleiben muss.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich den Ministerpräsidenten höre, ist genau das auch der Punkt. Man kann es also nicht zusätzlich rechnen, Herr von Boetticher. Man muss sozusagen die Synergieeffekte dabei sehen. Deswegen war Ihre Rechnung nicht so richtig klug durchdacht.

Herr Klug, es gibt romantische Zeiten, es gibt weniger romantische Zeiten.

(Heiterkeit - Beifall der Abgeordneten Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben im Ausschuss gesagt, dass ich nicht beabsichtigt hätte, dass das 10%-Ziel vor dem Finanzgipfel beschlossen wurde. Die Regierungschefs hätten es nicht wissen können, dass die Finanzkrise auf uns zukommen würde. Ich würde es einfach ausblenden und den Ministerpräsidenten in die Pflicht nehmen, obwohl die Finanzkrise die Bedingungen so verschlechtert hätte. Die Große Koalition hat 5 Milliarden € für die Abwrackprämie rausgehauen. Das Steuerentlastungspaket der neuen Koalition, die es kein Vierteljahr gibt, kostet mal eben 8,5 Milliarden €. Wie zielgerichtet das ist und wie viel Wachstum wir haben werden, ist noch eine zweite Frage.

Wir leben in einem Land, in dem man keine Mühen scheut, um jede Bank zu retten. Aber wir nehmen in Kauf, dass jeder zehnte Jugendliche unsere Schulen ohne Abschluss verlässt und jeder fünfte in den neunten Klassen nicht wirklich lesen kann. Das ist

Realität in diesem Land. Systemrelevant, habe ich gehört, sind die Banken. Systemrelevant ist die Bildung!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier brauchen wir ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Das war ein guter Anfang. Die 13 Milliarden € sind schon nicht schlecht, aber ich glaube, es ist wirklich nur ein Anfang.

Wenn wir in die **Bildungsrepublik** fahren wollen, dann nicht mit angezogener Handbremse. Herr von Boetticher, vorhin hat Frau Spoorendonk gesagt, es ist noch nicht klar, ab wann das Ganze losgeht. Das stimmt auch. Die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin haben gesagt, am 10. Juni 2010 ist auch noch Zeit. Der Vorhang zu und viele Fragen offen. Wie kommt es bei Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen zu einer soliden Haushaltspolitik? Wie teilt sich das nachher wirklich auf? Was kommt nach Schleswig-Holstein?

Einige Maßnahmen, die Sie genannt haben, sind wirklich gut. Bei anderen müssen wir noch einmal abwarten. Das ist ein Hügel, kein Gipfel!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heike Franzen von der CDU-Fraktion.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Finanzminister schüttelt den Kopf, aber das macht nichts!)

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Versprochen ist versprochen - so hat die Kollegin Erdmann von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der letzten Landtagssitzung ihre Rede begonnen und die Einhaltung des verabredeten Ziels des Bildungsgipfels vom letzten Jahr, die Bildungsausgaben der Bundesrepublik auf 10 % des Bruttoinlandsproduktes zu steigern, eingefordert. Damals hatte sich der **Bund** allerdings lediglich eine **Beteiligung an der Bildungsfinanzierung** von 10 % vorstellen können. Was das für unser Land an zusätzlichen Ausgaben bedeutet hätte, haben wir in der letzten Tagung bereits erörtert. Ich sage Ihnen heute, Herr Ministerpräsident: Versprechen gehalten, gut für Schleswig-Holstein verhandelt!

(Beifall bei CDU und FDP)

(Heike Franzen)

Wer hätte noch in der letzten Landtagstagung von einer dauerhaften **40-prozentigen Beteiligung** des Bundes an den zusätzlichen Bildungsausgaben nur zu träumen gewagt! Eine Entlastung für uns von rund 100 Millionen €, das ist Geld. Das ist in erster Linie der tatkräftigen Verhandlung unseres Ministerpräsidenten zu verdanken, der sich als einziger Länderchef getraut hat, das auszusprechen, was alle anderen gedacht haben. Ohne das am Wochenende stattgefundene Gespräch von Peter Harry Carstensen und Wolfgang Kubicki bei Frau Merkel wäre dieser Erfolg sicherlich nicht möglich gewesen. Wenn der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion das als „Adventskaffee“ bezeichnet, dann können wir nur hoffen, dass am nächsten Sonntag, am 4. Advent, noch so ein Adventskaffee bei der Kanzlerin stattfindet.

(Beifall bei CDU und FDP)

Bei der frühkindlichen Sprachförderung und der Hochschulfinanzierung kann der Bund direkt mitfinanzieren. Darüber hinaus liegt aber die **Hoheit** der Bildungsfinanzierung **bei den Ländern**, und das muss auch so bleiben. Darum ist eine stärkere Beteiligung der Länder an der **Umsatzsteuer** auch der richtige Weg für die weitere Finanzierung. Das müssen wir mit dem Bund und den Länder bis Juni 2010 verhandeln. Ich wundere mich schon, Frau Erdmann, dass Sie sich in Ihrer Pressemitteilung vom 14. Dezember 2009 vom Gestaltungsspielraum der Länder verabschieden, indem Sie die Vorgaben fordern, die von den Bundesländern zu erfüllen sein sollen. Die Finanzierung dieser Vorgaben wie zum Beispiel einem Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr, dem flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen, ein inklusives Bildungssystem, 500.000 weiteren Studienplätzen und der Einführung eines Erwachsenen-BAföG scheinen sogar nach Ihren eigenen Einschätzungen mit der Erhöhung der Bildungsfinanzierung auf 10 % des Bruttoinlandproduktes gar nicht finanzierbar zu sein, denn Sie fordern in der gleichen Pressemitteilung eine **Erhöhung der Bildungsausgaben** bundesweit um jährlich mindestens 20 Milliarden €. Der Bildungsgipfel hat gestern einen Mehrbedarf für das Erreichen der 10-%-Marke von zusätzlich 13 Milliarden € festgestellt. Das heißt, Sie wollen zusätzlich weitere 7 Millionen € mehr, die ausschließlich zulasten der Länder und Kommunen gehen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mit Steuergeschenken geht das nicht, Frau Kollegin! Das ist klar!)

- Das ist richtig. Aber man hat manchmal den Eindruck, Herr Stegner, Sie reden davon, als hätten Sie davon so viel Ahnung wie eine Kuh vom Rückenschwimmen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Es ist nicht redlich, einerseits im Finanzausschuss einen Beschluss zu fassen, der die **Sparbemühungen** des Landes unterstützen soll, und auf der anderen Seite die **Mehrausgaben** zu fordern, die weit über die Finanzkraft des Landes und der Kommunen in Schleswig-Holstein hinausgehen.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdmann zu?

Heike Franzen [CDU]:

Nein, die lasse ich nicht zu.

In Ihrem Antrag zur letzten Landtagstagung haben Sie gefordert, die **demografische Rendite** komplett im **Bildungssystem** zu belassen. Das sind bummelig 3.000 Planstellen mit einem Gegenwert von rund 150 Millionen € jährlich - alles ungedeckte Schecks, die Sie hier ausstellen. Ein Vorschlag zur Finanzierung ist nicht in Sicht.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt überhaupt nicht! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Auch Sie in der Opposition haben eine Verantwortung für dieses Land. Wir wollen gute Politik für dieses Land machen. Dazu gehört Augenmaß und eine nachhaltige Finanzpolitik, die eine gute Bildungspolitik beinhaltet und keine überzogenen Forderungen aufstellt. Im Übrigen zeigen die Ländervergleiche auch, dass nur mit mehr Geld nicht unbedingt mehr Bildung zu erreichen ist, denn es gibt durchaus Länder, die geringere Bildungsausgaben haben und besser bei den Bildungsvergleichen dastehen als andere Bundesländer.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Welche denn, Frau Kollegin? - Weitere Zurufe)

- Es gibt in Deutschland gar keine Bundesländer, die Gemeinschaftsschulen haben, außer Schleswig-Holstein.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sagen Sie doch mal, welche!)

(Heike Franzen)

Die CDU-Fraktion dankt dem Ministerpräsidenten ausdrücklich für das verhandelte Ergebnis. Wir werden der Empfehlung des Bildungsausschusses zustimmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Cornelia Conrad das Wort.

Cornelia Conrad [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Länder haben in den vergangenen Jahren nicht unerhebliche Anstrengungen unternommen. So haben sich die **Länderausgaben für Bildung** gemessen am Gesamtvolumen der Länderhaushalte von 29 % im Jahre 1995 auf circa 34 % im Jahre 2008 erhöht. Voraussetzung für gute Bildung sind weiterhin Investitionen, und zwar in die **Qualität der Bildung**. Das war die Grundannahme, auf der beim sogenannten Qualifizierungsgipfel im Herbst 2008 in Dresden Bund und Länder das Ziel vereinbart haben, den Anteil der Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2015 auf **10 % des Bruttoinlandsprodukts** zu erhöhen.

Seitdem wurden weitere Maßnahmen verabredet wie die Fortführung des Hochschulpakts 2020, des Pakts für Forschung und Innovation und die Exzellenz-Initiative. Zur Erreichung des 10%-Ziels müssten die Mittel trotz aller Anstrengungen der Vergangenheit allerdings noch erheblich anwachsen. Wie bei „Focus Online“ nachzulesen ist, müssten hierfür die jährlichen Ausgaben für Bildung und Forschung des Bundes und der Länder auf 282 Milliarden € erhöht werden. Derzeit fließen 241 Milliarden €, weitere 28 Milliarden € sind bereits geplant. Die Deckungslücke betrug also circa 13 Milliarden €. Das waren die Voraussetzungen für die gestrigen Verhandlungen der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin.

Liest man die Überschriften und Kommentare der heutigen Tageszeitungen, dann wird dort nach den gestrigen Gesprächen der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin viel - wir haben es eben schon gehört - von „Taschenspielertricks“ berichtet. Der Bund und die Länder umgingen die eigenen Vereinbarungen der **Föderalismusreform**. Es sei die gestrige Vereinbarung eher im Zusammenhang mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu sehen, und von einem Bildungsgipfel möge man schon gar nicht mehr sprechen. Thema verfehlt, möchte man da sagen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich halte zunächst einmal fest, dass der Bund und die Länder gestern ihre Bereitschaft erneuert haben, erheblich in Bildung zu investieren. Das ist eine gute Nachricht. Die **Deckungslücke**, um die Bildungsausgaben mittelfristig auf 10 % des Bruttoinlandsproduktes anzuheben, beträgt derzeit noch 13 Milliarden €. Der Bund hat sich bereit erklärt, von diesen 13 Milliarden € 40 % oder 5,2 Milliarden € zu übernehmen und die Länder entsprechend zu entlasten.

(Beifall bei der FDP)

Das, meine Damen und Herren, ist für uns eine gute Nachricht. Das sind etwa 80 Millionen €, die Schleswig-Holstein an **zusätzlichen Bundesmitteln** erwarten könnte.

Mir ist es dabei relativ egal, ob diese Bereitschaft des Bundes aufgrund der Diskussionen um das Wachstumsbeschleunigungsgesetz oder aufgrund anderer Erkenntnisse zustande gekommen ist. Sollte Ersteres zutreffen, dann gilt der Dank dieses Hauses auch den Verhandlungsführern Schleswig-Holsteins beim Gipfel vom vergangenen Wochenende.

Viel wichtiger ist aber, dass Geld in die Hand genommen werden soll, um die Bildung und Ausbildung unserer Kinder zu verbessern. Es geht um die Zukunft unserer **Kinder**, und dafür ist gestern ein nicht unwichtiger Schritt gemacht worden. Es geht aber auch um die Zukunft unserer **Gesellschaft**; denn wie schon John F. Kennedy sagte: Nichts ist teurer als keine Bildung.

Meine Damen und Herren, was aber noch bis voraussichtlich Mai 2010 geklärt werden muss, ist die Frage, ob die Zuschüsse des Bundes projektbezogen erfolgen sollen - wie es der Bund gern möchte - oder ob die Länder einen höheren **Anteil an der Umsatzsteuer** erhalten sollen. Das wird noch zu verhandeln sein. Aber auch hier bin ich mir sicher, dass die Ministerpräsidenten und auch Schleswig-Holstein ein gutes Ergebnis erzielen werden.

Ich glaube aber, dass mit dem gestern Erreichten auch die Vorgabe dieses Parlaments erreicht wurde, die wir im Bildungsausschuss durch unsere Beschlussempfehlung formuliert haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich der Frau Abgeordneten Antje Jansen das Wort.

Antje Jansen [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorweg sagen: Mit uns kuschelt noch keiner, und wir hoffen, dass wir auch keine Kuschelpolitik in den Landtag hineinbringen. Das wollen wir gar nicht, und das ist auch gut so. Das wäre auch langweilig. Wir sind ja auch gewählt worden, um hier eine andere Politik hineinzubringen.

Lassen Sie mich weiter vorweg sagen: Jegliche Regierung in den letzten Jahren, ob Schwarz-Gelb, Große Koalition oder leider auch Rot-Grün, hat in Fragen der Bildung nicht sehr viel vorangebracht. Ansonsten hätte Schleswig-Holstein zum Beispiel in der Kindergarten- und Krippenbetreuung in Deutschland nicht die rote Laterne. In der Schulpolitik ist noch sehr, sehr viel zu tun. Bis jetzt sind nur kleine Minischritte gemacht worden. Es gibt immer noch die Regionalschulen, es gibt Gemeinschaftsschulen, anstatt ein Schulgesetz auf den Weg zu bringen, damit es eine **gemeinsame Schule** und ein gemeinsames Lernen gibt. Alle Experten sagen: **Gemeinsames Lernen** ist für alle Kinder in Schleswig-Holstein notwendig und bietet ein Niveau, durch das alle Kinder gemeinsam Bildung erfahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Vor 14 Monaten gab es diesen Bildungsgipfel in Dresden mit dem Ergebnis, dass bis zum Jahr 2015 **10 % des Bruttoinlandsprodukts** für Bildung und für Forschung ausgegeben werden sollten. Große Versprechen, große Hoffnungen, aber heute ist klar, mehr als leere Versprechungen sind hier von der herrschenden Politik nicht zu erwarten. Statt dringend notwendige Mehrausgaben zu tätigen, wird jetzt - das ist heute schon mehrere Male gesagt worden - mit Taschenspielertricks gearbeitet. 10 Milliarden € werden zum Beispiel als Unterbringungskosten für Kitas, Schulen und Hochschulen veranschlagt und als Bildungsausgaben gewertet, meine Damen und Herren. Diese Gebäude sind aber meist eh schon in der öffentlichen Hand und sind schon längst abgeschrieben. Auch 4,8 Milliarden € an Beamtenpensionen werden plötzlich als Bildungsausgaben gewertet. So verspielt der Staat das Vertrauen von Millionen junger Menschen in die Politik, und das Versprechen wird wertlos.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch in Schleswig-Holstein wird trotz des hehren Ziels, nicht den Kurs Bildung kaputt zu sparen, davon abgewichen. Bis heute war die Landesregierung noch nicht einmal bereit zuzusichern, dass der Bildungsetat nicht gekürzt wird.

DIE LINKE wird sich im Landtag und darüber hinaus dafür einsetzen, dass der **Bildungsetat** nicht gekürzt wird, sondern dass er steigt. Das ist notwendig, um die **Bildungschancen** für alle Kinder und Jugendlichen zu gewährleisten.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE will, dass mehr Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden - davon gibt es nämlich hier im Land nicht genug -, damit nicht noch mehr als 20 Lernende in einer Klasse sitzen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir möchten gern, dass die Klassen verkleinert werden, damit alle Kinder letztlich die gleichen Lernchancen erhalten.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die sozialpädagogische Betreuung an den Schulen ausgebaut wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen mehr **sozialpädagogische Kräfte** in den Schulen, damit die Lehrerinnen und Lehrer und die Schülerinnen und Schüler sozialpädagogisch betreut werden. Das ist dringend nötig. Jede Schule braucht eine sozialpädagogische Betreuung.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, dass die Kitas und Schul- und Hochschulgebäude saniert werden, damit Schülerinnen und Schüler ein angenehmes Lernumfeld bekommen. Gucken Sie sich in den Kommunen die **maroden Schulbauten** an, dann werden Sie sehen, wo das Geld investiert werden muss.

Dies alles kostet Geld, und die **Kommunen** können nicht auf diesen Kosten hocken bleiben, meine Damen und Herren. Dem Bildungssystem dieses Geld vorzuenthalten, wird allerdings um einiges teurer werden, als hier veranschlagt worden ist.

Der vorliegende Antrag genügt unseren Ansprüchen nicht. Wer **Bildungsinvestitionen** unter Berücksichtigung der schwierigen Situation der öffentlichen Haushalte tätigen will, kommt nicht umhin zu sagen, wie Geld in die öffentlichen Kassen kommen soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade werden die öffentlichen Kassen wieder einmal geplündert, und hinterher wird gejammert, es sei kein Geld da. Es ist grotesk, wenn die gleichen Politikerinnen und Politiker, die für eine Schuldenbremse oder für das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz stimmen, hinterher behaupten, für Bildung sei leider kein Geld vorhanden.

(Antje Jansen)

Wir werden dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen, sondern wir werden uns enthalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk vom SSW.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bekenne mich dazu, dass ich auch an diesem kuscheligen politischen Gespräch teilgenommen habe, an dem die Kollegin Erdmann und der frühere Kollege Klug teilgenommen haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Unglaublich! - Weitere Zurufe)

- So ist es nun mal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Anträge zum Bildungsgipfel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und CDU haben sich rein zeitlich gesehen schon erledigt. Der **Bildungsgipfel** hat gestern in Berlin stattgefunden, sodass es keinen Sinn mehr macht, der Landesregierung Handlungsempfehlungen mit auf den Weg zu geben. Nichtsdestotrotz macht dies die Inhalte der beiden Anträge nicht weniger relevant. Die Zielsetzung des Bildungsgipfels musste ganz klar sein, dass die Ausgaben für Bildung und Forschung erhöht werden.

Beim Bildungsgipfel 2008 in Dresden haben sich die Ministerpräsidenten und die Kanzlerin darauf geeinigt, dass die Bildungsausgaben bis 2015 auf 10 % des Bruttoinlandsproduktes erhöht werden sollen. Das ist schon mehrfach gesagt worden. Dieser Beschluss kam wohl auch deswegen zustande, weil die Finanzminister der Länder damals nicht anwesend waren. Klar ist nämlich, dass seitdem die Ministerpräsidenten mit diesem Beschluss nach Hause gefahren sind, keiner den ersten Schritt machen wollte. Dies mag zum einen daran liegen, dass die Länder gar kein Geld haben, um die Bildungsausgaben zu erhöhen. Es mag aber auch daran liegen, dass mit diesem vagen Beschluss nichts anzufangen ist.

Auch der gestrige Bildungsgipfel hat keine neuen Ergebnisse gebracht. Eigentlich sollte endlich geklärt werden, wie eine **Erhöhung der Bildungsausgaben** aussehen soll. Wenn man vom Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2008 ausgeht, müssten 24 Milliarden € mehr in Bildung und Forschung investiert werden, um auf **10 % des BIP** zu kommen.

Da das Bruttoinlandsprodukt aber nach der Finanz- und Wirtschaftskrise gesunken ist und die Finanzminister ein bisschen Schönrechnerei betrieben haben, stehen offiziell noch 12 bis 16 Milliarden € im Raum.

Auf 13 Milliarden € **zusätzliche Ausgaben** für die Bildung hat man sich also gestern in Berlin einigen können. Davon werden vom Bund 5,2 Milliarden € übernommen - wie das aussehen soll, steht weiter in den Sternen. Mittlerweile möchte niemand mehr von einem Bildungsgipfel sprechen. Auch das ist hier schon thematisiert worden. Frau Schavan sagte kurzfristig die angekündigte Pressekonferenz ab, und so richtig weiß man immer noch nicht, wer eigentlich wie viel Geld wie bekommen soll oder eben auch nicht.

Trotzdem, da der Bildungsgipfel anscheinend zu einem sich jährlich wiederholenden Event umfunktionierte werden soll, müssen jetzt die Weichen richtig gestellt werden. Soll heißen: Alle sind sich darin einig, dass künftig mehr Geld für Bildung ausgegeben werden muss, aber keiner möchte so richtig dafür zahlen. Die Länder möchten ihre Ausgaben am liebsten konstant halten oder aber senken. Der Bund hat - durch die Kritik am Wachstumsbeschleunigungsgesetz einem gewissen Druck ausgesetzt - 5,2 Milliarden € angeboten. Ob dieses Geld direkt an die Finanzministerien geht und dann auch wirklich in der Bildung landet oder ob der Bund neue Förderprogramme auflegen wird, das alles ist weiter unklar. Aber genau darum wird es gehen, soll der Bildungsgipfel nicht zu einem alljährlich wiederholenden und vorweihnachtlichen Kaffeekränzchen verkommen.

Klar ist nur, dass der **Bund** eigentlich überhaupt keine **Zuständigkeit** mehr im Bereich Bildung hat. Bei der letzten Föderalismusreform hat sich der Bund bekannterweise selbst aus seiner Zuständigkeit für die Bildung entlassen und jetzt will er sich über Förderprogramme für Bildung wieder in die Bildung einmischen.

Der SSW begrüßt natürlich, dass die Ausgaben für Bildung gestärkt werden sollen. Die **Bildungsstreiks** der letzten Monate und die lauten Appelle von Eltern und Lehrenden haben deutlich zum Ausdruck gebracht, wie unzufrieden unsere Bürgerinnen und Bürger mittlerweile mit dem Bildungssystem sind, das wir ihnen anbieten. Hier muss gehandelt werden - und das nicht erst übermorgen, sondern am besten schon gestern.

Aus Sicht des SSW stellen sich aber nach diesem Bildungsgipfel genau die gleichen Detailfragen wie

(Anke Spoorendonk)

vor diesem Bildungsgipfel: Wie viel der 5,2 Milliarden € bekommt **Schleswig-Holstein** für seine Bildung, welchen **Anteil** wird das Land zu dieser Finanzierung dazugeben, und in was wird das Geld investiert? Dabei dürfte jedem auch klar sein, dass zusätzliches Geld über Kredite zu finanzieren ist. Es ist noch zu früh, um zu sagen, dass dieser Bildungsgipfel eine Wende für die Bildungspolitik bringt. Und dann steht immer noch die Frage im Raum, ob Hügel oder nicht Hügel.

(Beifall beim SSW sowie vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich Frau Abgeordnete Anke Erdmann gemeldet. Ich erteile ihr hiermit das Wort.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jetzt ist Schluss mit Kuscheln. Frau Franzen, weil die Zwischenfrage nicht zugelassen wurde, muss ich es auf diesem Weg machen. 20 Milliarden € halten ich und vor allem auch Wissenschaftler für realistisch, wenn man die OECD-Zahlen sehr vorsichtig zugunsten der Regierung und nicht zugunsten der Bildung auslegt. Rechenaufgabe: 20 Milliarden € minus 13 Milliarden €. Da kommen 7 Milliarden € heraus. Ich kann mich jetzt entscheiden: Stimme ich morgen den 8 Milliarden € im Wachstumsbeschleunigungsgesetz zu, oder packe ich das in den Bildungsgipfel. Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns zu sagen, wir hätten keinen Finanzierungsvorschlag gemacht, ist nun wirklich Quark im Quadrat, Frau Franzen. Letztes Mal habe ich hier gestanden - vielleicht haben Sie da geschlummert - und habe noch einmal dargestellt, dass wir unter anderem den **Bildungssoli** vorgeschlagen haben. Wir haben auch andere Sachen vorgeschlagen. Die Presseerklärung, die Sie da zitiert haben, ist eine Bund-Länder-Presseerklärung. Alle bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Grünen aus dem Bundestag und aus den Landtagen haben sich da zusammengesetzt. Bildungssoli, das predigen wir schon seit einiger Zeit: Da kommen Milliarden zusammen. Da kann man sich doch einmal einen Ruck geben und das machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht nur Masse macht es, sondern Masse und Klasse. Deswegen ist es auch logisch, dass wir sa-

gen, was unserer Meinung nach mit dem Geld passieren soll. Das ist nicht nur eine Daumenschraube, sondern wir haben eine Vorstellung davon, wie das Bildungssystem viel besser laufen könnte. Das ist doch gut, oder?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Martin Habersaat von der SPD das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bildung ist wichtig. Da sind wir uns alle einig. Es müsste eigentlich viel mehr Geld in **Bildung** investiert werden. Da sind wir uns auch alle einig. Und dann fangen irgendwann die Unklarheiten an. 10 % des BIP sind noch eine greifbare Größe, aber wie viel mehr Geld, im Vergleich zu jetzt, wir investieren müssten, um das zu erreichen, da sind die Spielräume schon gewaltig. Wann soll der Bund seinen Anteil bezahlen? Wie genau soll er ihn bezahlen?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist doch egal!)

Gibt es jetzt ein **Kooperationsverbot**, oder gibt es das doch nicht? Sollen Projekte finanziert werden, und, wenn ja, welche, auch in Schleswig-Holstein? Kriegen wir einen Prozentpunkt mehr von der **Umsatzsteuer**? Da fangen die Unklarheiten an. Meine persönliche Sorge ist aber eher, dass, wenn das **BIP** im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise sinkt, die ersten Unions- und liberalen Politiker auf die Idee kommen: Dann müssten auch die Bildungsausgaben konsequenterweise sinken. Man kann das hin- und herrechnen wie man möchte.

Man müsste über die **Indikatoren** reden. Da hat Herr Klug im Bildungsausschuss sinnvolle Vorschläge gemacht. Meine Sorge ist, dass, wenn man sich auf eine Pauschale pro Bildungsteilnehmer einigt, wir uns hier hinstellen und darüber streiten, wer eigentlich ein Bildungsteilnehmer ist. Für mich ist das jedes Kind in der Betreuung, jeder Schüler, jeder Student, jeder Mensch an der VHS, eigentlich jeder.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Jeder Mensch!)

Die Argumentation von Herrn Kubicki könnte sein, die Schulen sollen selbst entscheiden, wer Bildungsteilnehmer ist.

(Zuruf: Das würde zu ihm passen!)

(Martin Habersaat)

Wir haben viel darüber gehört, dass die Ausgaben, über die im Bildungsgipfel verhandelt wurde, eine Belastung für die öffentlichen Kassen sind. Da sieht man, von wo man denkt und von wo und wohin argumentiert wird.

(Klaus Schlie [CDU]: Die Qualität seiner Beiträge steigt nicht!)

Deswegen für die SPD noch einmal klar das Bekenntnis: Wir sind für eine Stärkung der Strukturen für Kinder, Schüler und Studenten, für Bildungsteilnehmer, für Bildung vor Steuerentlastung.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

In den Antrag der Grünen wurde mit schwarz-gelber Mehrheit ein Ausstiegsszenario aus diesem Bildungsgipfel hineinformuliert. Deswegen können wir dem nicht zustimmen und werden uns - wie im Ausschuss - enthalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung und stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 17/85 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Ich lasse sodann über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/40, in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW angenommen.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, folgenden Hinweis zu beachten: Es findet in der Mittagspause um 13:30 Uhr im Schleswig-Holstein-Saal im I. OG eine gemeinsame Sitzung des Bildungsausschusses und des Innen- und Rechtsausschusses statt. Ich bitte die Mitglieder dieser Ausschüsse um Teilnahme an der Sitzung.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung: 13:11 Uhr bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 auf:

Residenzpflicht in Schleswig-Holstein aufheben

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/110

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Luise Amtsberg für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei der Residenzpflicht beziehungsweise bei der sogenannten **Aufenthaltsbeschränkung** handelt es sich um eine Bestimmung aus dem **Asylverfahrensgesetz**, die besagt, dass Menschen in Duldung oder Asylsuchende den Kreis beziehungsweise Landkreis der zuständigen Ausländerbehörde nur mit einer besonderen Genehmigung verlassen dürfen. Diese Genehmigung erhält der Betroffene nach Ermessen der zuständigen Sachbearbeiter vor Ort. So die Sachlage.

Europaweit ist diese Residenzpflicht einmalig. Deutschland ist das einzige Land in Europa, das noch an dieser Regelung festhält.

Viele von Ihnen sind heute Morgen aus verschiedenen Kreisen hierhergekommen, beispielsweise aus Flensburg oder aus Pinneberg. Herr Carstensen ist sicher aus Nordfriesland hierhergekommen. Ich denke, dass der Schnee heute das Einzige war, was Sie blockiert hat; denn das Passieren von **Grenzen** ist nicht nur in der Bundesrepublik, sondern mittlerweile in ganz Europa eine Selbstverständlichkeit geworden.

Wir reden heute aber über Menschen, die dieses Privileg nicht genießen, über Menschen, die der Residenzpflicht unterliegen. Aufgrund dieser Regelung kommt es zu Situationen, die absurder nicht sein können. Hierfür möchte ich ein Beispiel benennen.

Ein Mensch, der in Bad Schwartau lebt und einen Freund in Lübeck besuchen will, muss nach Eutin fahren. Eutin liegt 30 km nördlich von Bad Schwartau. Dort muss er sich die Sondergenehmigung abholen und wieder 30 km zurückfahren, um letztlich das Vorhaben zu realisieren, in das 10 km entfernte südlich gelegene Lübeck zu kommen.

(Luise Amtsberg)

Dies ist eine Absurdität sondergleichen. So verletzt auch ein Jugendlicher das Gesetz, wenn er ohne Erlaubnis einen Freund im Nachbarkreis besuchen möchte. Wenn er keine Genehmigung dafür hat, kann er bestraft werden.

Wenn sich diese Menschen integrieren möchten, sollen und wollen, müssen wir ihnen dabei helfen, und zwar an vielen Stellen. Das geht nicht, wenn wir sie einsperren. Deshalb gehört die Residenzpflicht unserer Meinung nach abgeschafft.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Ich will Ihnen ein weiteres Beispiel nennen. Wir haben in einer der vergangenen Plenarsitzungen bis zur Ermüdung über den Bürokratieabbau philosophiert. Ein Argument, das besonders den Kollegen von der CDU-Fraktion gefallen sollte. Herr von Boetticher, Sie haben vorhin gesagt, wir Grünen brächten nur Anträge ein, die Geld kosteten. Heute bringe ich einen Antrag ein, der kein Geld kostet, sondern Geld spart.

Abgesehen von all der Unmenschlichkeit, die diese Residenzpflicht mit sich bringt, ist sie mit einem extrem hohen Aufwand verbunden, von der Genehmigung oder Ablehnung eines solchen Ersuchens bis hin zur Bestrafung bei Verletzung dieser absolut unsinnigen Regelung. Sie macht das Leben von Beamten und auch von Betroffenen unnötig schwer. Stimmen Sie also für unseren Antrag; denn dieser baut diese Bürokratie ab!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Unterhalten Sie sich einmal mit Geduldeten oder Asylsuchenden in Schleswig-Holstein, und fragen Sie sie einmal, welches Problem sie am meisten belastet! Sie werden Ihnen sagen, dass sie die bürokratische Diskriminierung am meisten in Bedrängnis bringt.

Die Betroffenen fahren nicht nur in einen anderen Kreis, um Freunde oder Verwandte zu besuchen oder einen speziellen Arzt aufzusuchen, sondern sie fahren in vielen Fällen auch in einen anderen Kreis, weil sie dies müssen; denn die Ämter verlangen von ihnen, bestimmte Integrationsleistungen zu erbringen wie beispielsweise die Passbeschaffung, den Besuch von Botschaften oder Konsulaten und so weiter. Kommen sie dem nicht nach, kann das Ausländeramt wegen mangelnder Mitwirkung Asylanträge ablehnen. Meine Damen und Herren, das ist in meinen Augen jedoch nur scheinheilig.

Ich bin sehr froh darüber, dass ich sagen darf, dass uns - mit Ausnahme der CDU-Fraktion - nicht viel von den anderen Fraktionen trennt. So hat sich auch die FDP-Fraktion in der Vergangenheit gegen diese Regelung ausgesprochen. Sie macht dies natürlich mit einem anderen Argument. Sie argumentiert wirtschaftlich. Aber auch dieses Argument sollte erwähnt werden; denn es ist richtig. Die Residenzpflicht versperrt den Zugang zum **Arbeitsmarkt**, und zwar insbesondere in strukturschwachen Regionen.

Generell zeigt sich an der Residenzpflicht jedoch, welche Folgen solche Regelungen insgesamt für den Integrationsprozess haben können. Den Menschen ist es dadurch schwerer möglich, in einen kulturellen Austausch zu gelangen, an Integrationskursen teilzunehmen, politisch zu partizipieren oder die deutsche Sprache zu erlernen. Dies wurde dankenswerterweise im Koalitionsvertrag von CDU und FDP erwähnt. Es ist natürlich dringend erforderlich, dass Asylsuchende Deutsch lernen. Dabei müssen wir ihnen aber auch helfen.

Das Wort „Flüchtling“ taucht im gesamten schwarz-gelben Koalitionsvertrag nicht auf.

(Zuruf von der FDP: Was?)

Das Themenfeld der Integration wird in einem Zehnzeiler unter der Rubrik Sport abgetan. Das sind Dinge, die ich an dieser Stelle noch einmal erwähne, vielleicht zur Erklärung, vielleicht auch zur Besserung.

Die **Chancengleichheit** und **Integration** werden durch die **Residenzpflicht** künstlich blockiert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Frau Abgeordnete, Sie haben Ihre Redezeit bereits überschritten. Bitte kommen Sie zum Ende.

Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dann noch ein Satz zum Schluss. Dass das Festhalten an dieser Regelung Schwachsinn ist, habe ich bereits deutlich machen können, auch wenn ich nicht alles gesagt habe. Für uns Grüne ist klar, dass die Freiheit, die wir für den Einzelnen fordern, an keiner Stelle verhandelbar ist.

Wir haben gestern lange über das Europäische Jahr 2010 gegen Armut und soziale Ausgrenzung diskutiert. Ich bitte Sie daher, den Antrag meiner Fraktion zu unterstützen und dieses Jahr nicht nur als

(Luise Amtsberg)

Scheinjahr abzufeiern, sondern sich mit Stärke hinter diese Botschaft zu stellen. Unterstützen Sie unseren Antrag, um dieser Diskriminierung gemeinsam mit uns ein Ende zu setzen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Astrid Damerow das Wort.

(Beifall bei der CDU)

Astrid Damerow [CDU]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die sogenannte Residenzpflicht wird seit langer Zeit viel und manchmal leider auch etwas unsachlich diskutiert. Immer wieder wird so getan, als sei die **Residenzpflicht für Asylsuchende** und ausreisepflichtige Ausländer ein Akt ausländerfeindlicher Willkür. Dass dies nicht der Fall ist, hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Jahr 2007 festgestellt; denn die Beschränkung der **Freizügigkeit** dient allein der Sicherstellung rechtsstaatlicher Verfahren.

Bei der Residenzpflicht geht es also nun wirklich nicht um Diskriminierung. Dies der jetzigen Regierung oder den bisherigen Innenministern vorzuwerfen, wäre völlig verfehlt.

Ein Blick in den Koalitionsvertrag von CDU und FDP macht deutlich, dass wir uns zu einer toleranten **Integrationspolitik** bekennen. Nicht umsonst ist es diese Koalition, die neben dem Flüchtlingsbeauftragten auch einen Integrationsbeauftragten installiert. Dieses Thema werden wir später in diesem Hause noch zu diskutieren haben.

(Zuruf von der SPD: Darauf freuen wir uns auch schon!)

Der vorliegende Antrag erscheint mir allerdings begrifflich ein wenig unklar, weil er von Flüchtlingen und Asylsuchenden spricht. Für Asylsuchende gilt nach Asylverfahrensgesetz die räumliche Beschränkung. Dies hat auch den Hintergrund, dass sich der Asylsuchende schon im eigenen Interesse zum Fortgang und für die Beschleunigung des Verfahrens zur Mitwirkung bereithalten muss. Nach erfolgreichem Abschluss des Asylverfahrens wird dem Betroffenen der Flüchtlingsstatus zuerkannt. Diese **Flüchtlinge** unterliegen in der Regel keinen Beschränkungen.

Ich gehe daher davon aus, dass die Antragstellerin mit „Flüchtlingen“ nicht diese „Flüchtlinge“ meinte, sondern geduldete Ausländer. „Geduldet“ bedeutet aber, dass der Betroffene verpflichtet ist, das Land zu verlassen. Es handelt sich hier also um Ausreisepflichtige. Diese unterliegen ebenfalls der Residenzpflicht. Das ist richtig.

Es erscheint allerdings auch nicht besonders einleuchtend, weshalb Asylbewerber hier schlechter gestellt werden sollen als Ausreisepflichtige. Auf der anderen Seite ist aber auch nicht einzusehen, warum wir eine Beschränkung aufheben sollen, die ein Verfahren sicherstellt, das die Rückführung eines Ausreisepflichtigen ermöglicht und dem Staat die Möglichkeit gibt, diese Rückführung zu vollziehen.

Es ist auch richtig, dass die **Aufenthaltsbeschränkung** eine Härte darstellt, besonders dann, wenn die Unterbringung im ländlichen Raum erfolgt.

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Amtsberg?

Astrid Damerow [CDU]:

Am Ende meiner Rede, wenn es geht.

Gerade die Städte üben eine starke Anziehungskraft aus. Beschränkungen sollten deshalb auf das notwendigste Maß begrenzt werden, auch um eine größere Akzeptanz der Betroffenen zu erreichen.

Der Erlass des Innenministers vom März dieses Jahres geht hier den Weg einer individuellen Differenzierung. Sie haben darauf auch in Ihrem Antrag Bezug genommen. Es geht gerade darum, die echten **Härtefälle** abzumildern. Es ist keineswegs unser Ziel, diesen Menschen ihre Situation weiter zu erschweren. Daher sollte es auch hier keine weitergehenden Beschränkungen geben.

Für die CDU steht aber außerhalb jeder Diskussion, dass denjenigen, die nicht an ihrer Ausreise mitwirken - hier meine ich die geduldeten Ausreisepflichtigen -, dieses rechtswidrige Verhalten durch die Aufhebung der räumlichen Beschränkungen nicht erleichtert werden darf.

Diesen Anspruch vertreten wir konsequent, aber auch mit Augenmaß. Deshalb halten wir den oben genannten Erlass für ein Mittel, um sowohl dem Anspruch des Landes als auch dem der Betroffenen gerecht zu werden. Wir sind uns aber auch darüber im Klaren, dass gerade im Bereich Residenzpflicht/

(Astrid Damerow)

Integration noch viel getan und viel diskutiert werden muss. Wie Sie dem Koalitionsvertrag entnehmen konnten, ist es ebenfalls unser Ziel, uns diesem Thema intensiv zu widmen.

Ich beantrage für die CDU-Fraktion deshalb die Überweisung des Antrags an den Innen- und Rechtsausschuss. Ich bin auf eine konstruktive Diskussion gespannt, die wir zu diesem Thema sicherlich haben werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe nur eine kurze Zwischenfrage. Es gibt auch geduldete Menschen, die seit Jahrzehnten in Kettenduldung leben. Wie verhält es sich bei diesen Menschen? Geduldet ist nicht gleich geduldet.

- Frau Amtsberg, ich habe Ihnen eben gesagt, es gibt sicherlich noch viele Bereiche, in denen wir nacharbeiten und die wir uns genauer ansehen müssen. Deshalb haben wir den Antrag auf Überweisung an den Ausschuss gestellt. Dort werden wir es diskutieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern der Gemeinschaftsschule in Tönning begrüßen.

(Beifall)

Das Wort hat nun Frau Abgeordnete Midyatli von der Fraktion der SPD.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt den Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der die Abschaffung der **Residenzpflicht** für **Flüchtlinge** und **Asylsuchende** fordert. Die Residenzpflicht ist eine Einschränkung der **Bewegungsfreiheit** dieser Menschen, deren Nutzen auch aus unserer Sicht fragwürdig ist. Den Betroffenen werden Einschränkungen auferlegt, die im Missverhältnis zum eigentlichen Zweck der Sicherung eines Verwaltungsverfahrens stehen. Sie wirken außerdem auch diskriminierend. Die Betroffenen werden dadurch isoliert und in ihren Integrationsbemühungen nicht nur räumlich, sondern auch sozial eingeschränkt. In anderen Bundesländern ist der Geltungsbereich der Residenzpflicht daher auf das gesamte Bundesland

festgelegt. Dies sollte auch in Schleswig-Holstein möglich sein.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und der LINKEN)

Ich möchte Ihnen die Schwierigkeiten in der Praxis kurz an einem Beispiel erläutern: Ein afghanisches Flüchtlingskind wird Mitglied in einem Fußballverein. Das ist sehr zu begrüßen, da wir alle wissen, dass Sport integriert. In Sonntagsreden wird diese integrative Kraft des Sports oft beschworen. Wenn dieses Kind zum ersten Mal zu einem Auswärtsspiel fährt, begeht es eine Ordnungswidrigkeit. Beim zweiten Mal kann das schon eine Straftat sein. Auf jeden Fall kann es zu Nachteilen im Verhältnis zur Ausländerbehörde führen.

Ich nenne ein anderes Beispiel: Eine libanesische Flüchtlingsfamilie wohnt in Kronshagen und möchte den neuen Integrationsbeauftragten der Landesregierung, Herrn Lehnert, zum Essen einladen, um mit ihm über ihre Situation zu sprechen. Für dieses Essen benötigt die Familie Zutaten, die es aber nur in Lebensmittel- und Feinkostgeschäften am Kieler Ostufer gibt. Zum Einkaufen müsste diese Familie jedoch den Kreis Rendsburg-Eckernförde verlassen. Auch in diesem Falle würde die Familie gegen die sogenannte Residenzpflicht verstoßen. Aber auch wenn Herr Lehnert nicht zum Essen kommt, muss die Familie für ihren täglichen Einkauf gegen die Residenzpflicht verstoßen. Nun kann man in unserem Beispiel sicher auch die 40 km nach Rendsburg fahren und dort einkaufen, wenn man das Geld dazu hat.

Wie ist es aber mit der Wahrnehmung von Bildungsangeboten, medizinischer Versorgung, Arbeitsangeboten und Kulturveranstaltungen? Was sollen Eltern ihrem Kind sagen, wenn sie ihm erläutern müssen, dass sein Freund aus der Kita ihn zwar besuchen darf, er jedoch nicht zum Kindergeburtstag darf, da er in der falschen Straße wohnt, nämlich in Kronshagen und nicht in Kiel?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Außerdem führt die Residenzpflicht zu unnötigen zusätzlichen Belastungen der öffentlichen Hand, da die Ordnungsbehörden und Gerichte mit der Verfolgung dieser Taten beschäftigt sind, die Juristen als Verwaltungsunrecht bezeichnen, anstatt sich um die Belange der Bürgerinnen und Bürger zu kümmern. Die Aufhebung der Residenzpflicht würde dazu beitragen, unsere Gerichte zu entlasten.

In jedem Redebeitrag zur **Integration** hören wir, wie wichtig es ist, dass die betroffenen Gruppen ih-

(Serpil Midyatli)

ren Beitrag zur Integration leisten. Dann muss man diesen Menschen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen geben. So müssen auch Flüchtlinge und Asylsuchende die Möglichkeit haben, Integrations- und Sprachkurse zu besuchen. Gerade in den ländlichen Bereichen ist das Angebot jedoch sehr dünn. Wer in Heikendorf wohnt, kann zwar die Kurse der Kreisvolkshochschule in Plön oder Preetz besuchen, wenn er dort hinkommt. Mit dem ÖPNV und dem Umsteigen in Kiel kommt das einer Weltreise gleich. Das Angebot in Kiel wird nur ein paar Busstationen weiter vorgehalten, darf von ihm aber nicht genutzt werden, da er dann ein Verwaltungsunrecht begeht.

Integrationswillige weibliche Flüchtlinge werden besonders angesprochen, die Sprache zu erlernen, um selbstständiger zu werden. In diesem Fall wird es richtig schwierig, wenn die Frau noch kleine Kinder hat. Während die Mutter stundenlang zum Sprachkurs unterwegs ist, muss sich jemand um die Kinder kümmern. Da nicht jeder Ausländer gleich in einer orientalischen Großfamilie wohnt, kann dies auch sehr schwierig werden. Es ist immer leicht zu behaupten, dass der- oder diejenige schon seit drei, vier oder fünf Jahren in Deutschland lebt, noch kein Wort deutsch spricht und somit integrationsunwillig sei. Wie denn auch, wenn diese Menschen schon in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt werden?

Daher fordert auch die SPD-Fraktion die Aufhebung der Residenzpflicht für Flüchtlinge und Asylsuchende, damit sich diese in Schleswig-Holstein frei bewegen können. Ich bitte um Überweisung an den Ausschuss.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Abgeordneter Gerrit Koch.

Gerrit Koch [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Abgeordnete Damerow hat die Rechtslage schon angesprochen. Minister Schmalfuß wird die momentane rechtliche Lage in seinem Redebeitrag vermutlich später noch eingehender darstellen. Lassen Sie mich deshalb nur auf zwei Punkte eingehen.

Selbstverständlich sieht auch die FDP die Probleme, die sich aus der strikten Anwendung der Residenzpflicht ergeben können. Asyl- und Schutzsu-

chende, die soziale Kontakte pflegen wollen und natürlich auch sollen, müssen vor den unsichtbaren Grenzen des zulässigen Aufenthaltsgebietes halten. Schon ganz alltägliche Erledigungen wie zum Beispiel Einkäufe werden erschwert. Diese imaginären Grenzen den betroffenen Menschen jederzeit deutlich zu machen, ist sehr schwer. Schnell ist da das Gesetz übertreten und eine Straftat verwirklicht. Beispiele haben wir schon gehört.

Der Erlass des Innenministers schafft dabei im rechtlich zulässigen Rahmen wortwörtlich Freiräume, indem in Einzelfällen Ausnahmegenehmigungen erteilt werden können. Diese etwas großzügigere Handhabung begrüßt die FDP-Fraktion. Dabei ist herauszustellen, dass dadurch auch die Aufnahme einer Arbeit ermöglicht wird. Somit können zum Beispiel geduldete Personen zu ihrem Lebensunterhalt beitragen. Mehr ist auf Landesebene zurzeit rechtlich nicht möglich.

Obwohl ich die inhaltliche Intention des Antrags für durchaus diskussionswürdig halte und auch begrüße, halte ich den Antrag dennoch formal für überflüssig. Mit dem vorliegenden Antrag wird den schleswig-holsteinischen Bürgerinnen und Bürgern nämlich zweierlei vorgespiegelt. Zum einen soll der Eindruck erweckt werden, der Schleswig-Holsteinische Landtag habe irgendeine Entscheidungskompetenz auf dem Gebiet des **Aufenthaltsrechts für Asylsuchende und Flüchtlinge**. Zum anderen soll den Bürgern draußen im Lande wohl vermittelt werden, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kümmere sich um dieses Thema, weil es sonst keiner täte.

Meine Damen und Herren, beides ist schlichtweg falsch. Die einschlägigen Rechtsgrundlagen, das Asylverfahrensgesetz und das Aufenthaltsgesetz, sind allesamt Bundesrecht. Selbst wenn wir uns hier alle in vorweihnachtlicher Stimmung einig wären, könnten wir diese Rechtslage unmittelbar nicht ändern.

(Beifall bei der FDP)

Des Weiteren gehört nicht viel dazu herauszufinden, dass der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP auf Bundesebene eine Festlegung genau zu diesem Thema enthält. Im Kapitel „Bleiberechtsregelung“ heißt es dazu:

„Die Residenzpflicht soll so ausgestattet werden, dass eine hinreichende Mobilität insbesondere im Hinblick auf eine zugelassene Arbeitsaufnahme möglich ist ...“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

(Gerrit Koch)

Ich finde es sympathisch, dass vor allen Dingen die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht müde wird, die Umsetzung der noch relativ frischen Koalitionsverträge auf Landes- und auch auf Bundesebene einzufordern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sympathisch ist auch, dass einzelne Vereinbarungen daraus in eigene Anträge gekleidet werden.

Das bestätigt die Fraktionen von CDU und FDP nicht nur auf ihrem richtigen Weg, sondern es gibt uns auch die Möglichkeit, unser Versprechen zu betonen, das wir allen Bürgerinnen und Bürgern, somit auch Ihnen, liebe Grüne, gegeben haben: Schwarz-Gelb setzt das Vereinbarte auch um. In diesem Fall wird das aber - wie gesagt - auf Bundesebene erledigt.

Abschließend dürfen noch zwei Fragen erlaubt sein: Warum haben die Grünen dieses Thema nicht schon längst angepackt, als sie selbst in Land und Bund mitregiert haben?

(Beifall bei der FDP - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, oh!)

- Oh, oh! - Warum befassen sich die Grünen nicht mit Flüchtlingsfragen, die das Land Schleswig-Holstein gestalten kann? Die Koalition tut das. Das haben Sie, liebe Grüne, sicherlich auch schon in unserem Koalitionsvertrag gelesen. Vielleicht haben Sie das auch nicht getan, Frau Amtsberg, denn Sie haben das Wort „Flüchtlinge“ dort nicht gefunden. Aber es gibt dieses Wort dort tatsächlich.

(Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können es mir zeigen!)

- Ich kann es Ihnen zeigen? - Na prima!

(Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie können es mir zeigen!)

- Ich zeige es Ihnen gern. Es geht zum Beispiel um die Einrichtung einer Clearingstelle für unbegleitete Flüchtlinge in unserem Land. Das können wir vor Ort gestalten. Das müssen wir auch gestalten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Darf ich es ihr zeigen?)

- Gerne!

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion DIE LINKE hat nun Frau Abgeordnete Ranka Prante das Wort.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ranka Prante [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Schon vor über zwei Jahren, am 26. November 2007, überreichte die EU-Kommission dem Europäischen Parlament einen Bericht über die Umsetzung der europäischen Richtlinie zur Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten. In diesem Bericht wird die Bundesrepublik Deutschland kritisiert: Deutschland sei das einzige europäische Land - ich wiederhole: das einzige europäische Land! -, das Artikel 7 der Richtlinie zum freien Aufenthalt auf ihrem Hoheitsgebiet außer Kraft gesetzt habe. Das heißt, nur in Deutschland müssen Asylbewerberinnen und Asylbewerber unter der Residenzpflicht leiden.

Die Residenzpflicht ist eine in der EU einmalige Form der Isolierung und **Ausgrenzung** von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern. Sie wurde eingeführt, um Asylbewerberinnen und Asylbewerber während ihres Verfahrens an einen bestimmten Ort zu binden. Danach darf der Bereich nur nach der Erteilung einer Genehmigung durch die Ausländerbehörde verlassen werden. Dies umfasst in der Regel einen Landkreis. Die Genehmigungen werden nur in wichtigen Angelegenheiten wie Arzt- oder Rechtsanwaltsbesuch erteilt.

Flüchtlinge und Asylsuchende verletzen die bestehenden Regelungen zu räumlichen Beschränkung immer wieder. Das liegt nicht, wie einige politische Scharfmacher wider besseres Wissen immer wieder behaupten, an der höheren kriminellen Energie dieser Menschen, sondern wird vom Staat bewusst durch die regressive Auslegung des Gesetzes provoziert und ist außerdem in vielen Fällen durch die örtlichen Umstände bedingt. Das ist eben schon ausgeführt worden.

Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind durch diese Regelung unverhältnismäßig in ihrer Bewegungs- und Reisefreiheit eingeschränkt. Sollten sie doch einmal ohne Erlaubnis den ihnen zugewiesenen Aufenthaltsbereich verlassen, um Freunde zu besuchen oder einzukaufen, stellt dies eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit Geldstrafe oder im Wiederholungsfall gar als Straftat mit Geldstrafe oder Gefängnis geahndet wird. Wenn das den örtlichen Verhältnissen eher Rechnung trägt, bietet das Asylverfahrensgesetz die Möglichkeit, dass sich Asylbewerberinnen und Asylbewerber auch ohne Erlaubnis vorübergehend in einem Gebiet aufhalten

(Ranka Prante)

können, das die Bezirke mehrerer Ausländerbehörden umfasst.

Die kulturellen und sozialen Angebote, aber auch die Angebote des Einzelhandels und des öffentlichen Personennahverkehrs konzentrieren sich in den größeren Städten des Landes Schleswig-Holstein. Deshalb ist eine Aufhebung der räumlichen Beschränkungen für eine integrative Politik erforderlich.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insbesondere in den ländlichen Räumen kommt es zwangsläufig immer wieder zu solchen durch die örtlichen Verhältnisse provozierten Verstößen gegen diese Regelung. Eines sollten wir dabei nie vergessen: Es sind Menschen, die dahinterstehen, Frauen, Männer und Kinder. Nur, sie sind nicht deutscher Herkunft. Dennoch sind es Menschen, für die auch **Menschenrechte** und Menschenwürde gelten. Wer sich in Schleswig-Holstein niederlassen möchte und nicht zufällig aus einem EU-Land kommt, hat es schwer, dort anzukommen, wo er eigentlich hin möchte. Gibt er sich als Asylbewerberin oder als Asylbewerber zu erkennen, fällt er entweder unter die regressiv deutsche Auslegung des Asylverfahrensgesetzes, oder er wird auf seine „wirtschaftliche Verwertbarkeit“ hin überprüft und dementsprechend entweder aufgenommen oder zurückgeschickt.

In Anbetracht dessen, was wir täglich vom hohen Gut der Freiheit in der Zeitung lesen, ist es für mich nicht nachvollziehbar, dass wir die Freiheit eines jeden Menschen, dorthin zu gehen, wohin er möchte, nicht gewähren, obwohl es sich dabei um ein Menschenrecht handelt. Deshalb unterstützen wir den Antrag der Grünen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für den SSW hat nun Frau Abgeordnete Silke Hinrichsen das Wort.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Erfahrungen mit der **Residenzpflicht** hatten das Innenministerium im letzten Jahr bewogen, über diese gründlich nachzudenken. Die Erfahrungen sind nämlich folgende: erheblicher Verwaltungsaufwand, keine Integration, Isolation der Betroffenen und vor allen Dingen eine Kriminalisierung der Be-

troffenen. Das hat die Kollegin von der SPD vorhin auch schon ausgeführt.

Es konnte auch nicht der Beweis erbracht werden, dass die Residenzpflicht und das ihr innewohnende Mobilitätsverbot das Untertauchen eines einzigen ausreisepflichtigen Geduldeten verhindert hat. Der Innenminister weiß um die Nachteile der Durchsetzung der Residenzpflicht und empfiehlt den Ausländerbehörden darum per Erlass, möglichst frühzeitig einen Aufenthaltstitel nach dem 5. Abschnitt des Aufenthaltsgesetzes in Betracht zu ziehen, der volle **Bewegungsfreiheit** gewährt. Zur grundsätzlichen Ausweitung der Residenzpflicht auf das gesamte Schleswig-Holstein konnte sich der Minister allerdings nicht durchringen. Dann würde der Residenzpflicht nachgekommen, diese gilt dann im gesamten Bundesland. Darauf hatten auch viele gehofft. Damit wurde eine Chance vertan, das kleinteilige und obrigkeitsstaatliche **Ausländerrecht** zumindest an einer Stelle zu modernisieren.

Ausbildungsplatz- und Arbeitssuche gestalten sich für Geduldete per se sehr schwer.

Oftmals scheitern die Bemühungen schließlich an der Residenzpflicht. Die Kollegin hatte das allen seit Jahrzehnten bekannte Beispiel von Kronshagen und Kiel genommen. Wir haben das Problem, dass Kronshagen zum Teil mitten in Kiel liegt. Wenn man nach Kronshagen möchte oder sich innerhalb des Orts bewegt, dann muss man durch Kiel fahren. Das kann erhebliche Probleme bedeuten. Dies ist sicherlich durch praktische Überlegungen gelöst worden, aber im Prinzip widerspricht das dem, was mit der kleinteiligen Residenzpflicht gemeint ist.

Aus diesem Grund können viele Geduldete nicht die sogenannte **Altfallregelung** in Anspruch nehmen, weil diese einen Arbeitsplatz zur **Voraussetzung eines dauerhaften Bleiberechts** macht. So wird eine verhängnisvolle wechselseitige Abhängigkeit zulasten der Betroffenen konstruiert: ohne Arbeit kein Aufenthaltsrecht, ohne Aufenthaltsrecht keine Arbeit. In der „Juristen-Zeitung“ wurde beklagt, dass aufenthaltsbeschränkende Maßnahmen in praxi oft in geradezu verhängnisvoller Weise als schweres Hindernis für das ehrliche Fortkommen des Betroffenen wirken. So nachzulesen im 11. Jahrgang der „Juristen-Zeitung“ von 1906. Damals ging es um den Schuster Voigt, bekannt als Hauptmann von Köpenick, der einen Arbeitsplatz gefunden hatte, aber eben nicht dort, wo er als Haftentlassener zu wohnen hatte. Er wurde deshalb ausgewiesen. So wurde er gezwungen, zu anderen Mitteln zu greifen.

(Silke Hinrichsen)

Meiner Ansicht nach sind wir bis heute scheinbar nicht weitergekommen. Es wäre schön, wenn wir in Schleswig-Holstein die Residenzpflicht endlich dahin gehend ändern könnten, dass die **Residenzpflicht** für das **Land Schleswig-Holstein** gilt. Wir setzen uns deshalb für die Aufhebung dieser Pflicht ein. Wir schließen uns dem Antrag an, damit diese Sache an den Ausschuss überwiesen wird.

(Beifall bei SSW und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat sich Frau Abgeordnete Amtsberg gemeldet.

Luise Amtsberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Das sind weite Wege hier. - Ja, Herr Kubicki, ich möchte mich höflich und in aller Form vor allen entschuldigen. Es steht natürlich drin. Ich habe es mir im Übrigen selbst gezeigt. Es steht im Zusammenhang mit der Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Ich freue mich darauf, dass das hier im Landtag ankommt, wenn sie fertig geprüft haben, und dass wir das Wort Flüchtling hier öfter hören werden.

Eine Sache noch zu der Frage, ob es für Schleswig-Holstein möglich ist. Ich beziehe mich auf einen Paragraphen des Asylverfahrensgesetzes, und zwar auf § 58 Abs. 6. Er besagt, dass das Land Kompetenzen hat, diese Regelung auf das gesamte Landesgebiet auszuweiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Für mich ist weniger die Frage, wer irgendwie benachteiligt wird. Wir haben das so beantwortet, dass wir keine Grenzen und keine Unterschiede wollen; egal zwischen wem. Geduldete Flüchtlinge und im Asylverfahren steckende Menschen sind die eigentliche Intention unseres Antrags.

Ich möchte darauf hinweisen: Es gibt zum Beispiel einen Erlass vom 15. Januar 2008. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat entschieden, dass **wohngebietsbeschränkende Auflagen** für anerkannte Flüchtlinge rechtswidrig sind. In Berlin und Brandenburg überlegt man gemeinsam, diese Auflagen auf zwei Bundesländer auszuweiten. So weit wollte ich heute nicht gehen. Ich dachte, so weit wären wir noch nicht. Vielleicht wäre das eine Idee für Hamburg und Schleswig-Holstein, die ich ganz interessant finde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Auch darauf komme ich gern zurück. Ich frage, warum wir das nicht früher gemacht haben. Ganz generell finde ich, auch wenn es nicht genau zum Thema passt: Wir sitzen hier jetzt zusammen, und ich bin für dieses Thema zuständig. Ich bin sehr gern dafür zuständig, deshalb liegt das Thema jetzt auf dem Tisch. Das, was früher war, ist mir völlig egal. Wir können das in Zukunft anders machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Landesregierung hat der Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration, Herr Schmalfuß, das Wort. - Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! In der bisherigen Debatte wurde schon sehr deutlich, dass es hinsichtlich der **räumlichen Beschränkungen** für die genannten drei Personengruppen unterschiedliche gesetzliche und landesinterne Regelungen gibt. Zunächst möchte ich darauf hinweisen und betone dies besonders: Für **Flüchtlinge** gilt im Bundesgebiet keine räumliche Beschränkung. Ich sage das, damit wir das klargestellt haben.

Ich komme zu den **Asyl- und Schutzsuchenden**. Diese Personen sind während des Prüfverfahrens im Besitz einer sogenannten **Aufenthaltsgestattung**. Das bei diesen Personenkreisen anzuwendende **Asylverfahrensgesetz** sieht mit dieser Aufenthaltsgestattung eine räumliche Beschränkung vor, das heißt, die **Bewegungsfreiheit** wird auf den Bezirk der Behörde beschränkt, die zuständig ist. Das ist mehrfach gesagt worden. Es ist auch schon gesagt worden: Diese Regelung dient unter anderem der jederzeitigen Erreichbarkeit der Betroffenen und damit auch der Beschleunigung der Verfahren. Das allein aber kann es sicherlich nicht sein.

Es sind deshalb bei der räumlichen Beschränkung im Asylverfahren sowohl individuelle als auch allgemeine **Ausnahmen** möglich. Diese werden täglich praktiziert. Die schleswig-holsteinischen Ausländerbehörden sind bereits seit vielen Jahren durch Erlass dazu angehalten, ihr Ermessen grundsätzlich zugunsten der Asyl- und Schutzsuchenden auszuü-

(Minister Emil Schmalfuß)

ben. Das gilt beispielsweise dann, wenn Betroffene bei der Unterbringung in der Nähe einer Kreisgrenze Bezüge zu Einkaufsmöglichkeiten und anderen Angeboten und Einrichtungen haben, die jenseits des zugewiesenen Kreises liegen. Das Beispiel Kiel, Kronshagen wurde genannt. Diese Ausnahmen sollen ermöglicht werden, und sie werden auch ermöglicht. Das heißt, Einkaufen und Sport sind in der Praxis berücksichtigt. Eine darüber hinaus gehende Möglichkeit, die räumliche Beschränkung von Asyl- und Schutzsuchenden auf ein gesamtes Bundesland auszudehnen, sieht das Asylverfahrensgesetz, das geltendes Bundesrecht ist, derzeit nicht vor.

Ich komme zu der dritten Fallgruppe, die Sie angesprochen haben. Dabei geht es um die **Duldung**. Eine Duldung wird vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländerinnen und Ausländern erteilt, wenn diese ihrer Ausreiseverpflichtung nicht folgen können oder bewusst nicht folgen und wenn ihre Abschiebung aus diesem Grund oder aus anderen Gründen jeweils nicht möglich ist. Nach den Regelungen des Aufenthaltsgesetzes ist der **Aufenthalt** vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländerinnen und Ausländer auf das Gebiet des Landes beschränkt. Weitere Bedingungen und Auflagen können allerdings angeordnet werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle deutlich machen, dass es für die **Ausländerbehörden** im Fall vollziehbar ausreisepflichtiger Ausländerinnen und Ausländer in erster Linie gilt, die Ausreisepflicht auch durchzusetzen. § 58 des zitierten Aufenthaltsgesetzes regelt hierzu sehr eindeutig, dass ein ausreisepflichtiger Ausländer abzuschicken ist, wenn die **Ausreisepflicht** vollziehbar und deren freiwillige Erfüllung nicht gesichert ist.

Natürlich ist mir bewusst, dass dies in einer Vielzahl von Fällen aus verschiedenen Gründen nicht möglich ist. Für diese Fälle gilt es in der Diskussion um die Ausdehnung der räumlichen Beschränkung, die folgenden Aspekte zu berücksichtigen: Den weitaus größten Anteil an der Zahl geduldeter Ausländerinnen und Ausländer bilden ehemalige Asyl- und Schutzsuchende, deren Anträge nach Prüfung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erfolglos geblieben sind. Für diesen Personenkreis gilt nach dem Asylverfahrensgesetz, dass räumliche Beschränkungen auch nach Abschluss des Verfahrens fortgelten, bis sie aufgehoben werden. Dennoch sind die Ausländerbehörden mit Erlass des Innenministeriums - er ist hier heute schon einige Male zitiert worden - angehalten worden, **Duldun-**

gen räumlich auf das **gesamte Land** Schleswig-Holsteins zu erstrecken, sofern - und das ist die Einschränkung - die Betroffenen ihr Ausreisehindernis nicht selbst zu vertreten haben.

Ich finde, das ist eine angemessene Regelung. Für eine Anwendung der erweiterten räumlichen Beschränkungen auch auf den Personenkreis, der seiner Ausreiseverpflichtung nicht nachkommt und ein bestehendes Hindernis selbst zu vertreten hat, ist dieser Bedarf nicht ersichtlich. In diesen Fällen gilt vielmehr, dass die Verpflichtung zur Ausreise mit den rechtlich angemessenen Mitteln durchzusetzen ist.

Zusammengefasst stelle ich fest: Erstens. Es bestehen für Flüchtlinge keinerlei räumliche Beschränkungen. Zweitens. Die Ausdehnung der räumlichen Beschränkung auf das gesamte Bundesland für Asyl- und Schutzsuchende ist rechtlich zurzeit nicht möglich. Drittens. In den Fällen geduldeter Ausländerinnen und Ausländer können räumliche Beschränkungen auf das gesamte Bundesland ausgeweitet werden. Diese Möglichkeit ist in Schleswig-Holstein bereits in einem hohen Maß für die Betroffenen umgesetzt worden. Zum Abschluss möchte ich hinzufügen und darauf hinweisen, dass ich die Initiative, über die wir heute sprechen, vom Grundsatz begrüße. Als zuständiger Minister für Integration liegt es mir sehr am Herzen, in einem sehr positiven Gespräch zu bleiben und alle Gedanken, die dazu dienen, den Menschen bei der Integration zu helfen, zu fördern.

(Beifall bei CDU, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Midyatli?

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Ja.

Serpil Midyatli [SPD]: Herr Minister Schmalfuß, Sie haben eben gesagt, dass viele Ausländerbehörden ohnehin großzügiger mit den Genehmigungen verfahren und dass es anscheinend keine Probleme bereitet, für den täglichen Bedarf einzukaufen und andere Dinge zu erledigen. Dann kann man die Residenzpflicht für das Land Schleswig-Holstein doch auch aufheben.

(Beifall bei der LINKEN)

(Minister Emil Schmalfuß)

Warum hält man daran fest, wenn es ohnehin nicht praktiziert wird? Ich möchte an unsere gestrige Debatte über das Kennzeichenscanning erinnern, in der ich dahingehend korrigiert wurde, dass man etwas, was man ohnehin nicht einhält, auch abschaffen kann.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Die Frage richtete sich an Herrn Minister Schmalfuß, meine Damen und Herren!

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Ich wehre mich schon, keine Sorge.

(Zuruf von der SPD)

- Ich habe es auch nicht so aufgefasst.

Wie Sie wissen, bin ich noch nicht sehr lange für dieses Haus zuständig. Ich habe die Erlasslage gesehen, und mir ist berichtet worden, die Praxis sei entsprechend. Ich stehe auf Ihrer Seite, wenn Sie sagen, Verbesserungsmöglichkeiten sollten ausgeschöpft werden, um die Integration zu verbessern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Herr Minister, einen Augenblick noch. Auch der Abgeordnete Dr. von Abercron hat sich gemeldet. Erlauben Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Dr. von Abercron?

Emil Schmalfuß, Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration:

Ja.

Dr. Michael von Abercron [CDU]: Herr Minister, haben Sie einen Überblick darüber, wie hoch die Fallzahlen sind, wie häufig Fälle auftreten, in denen es zu Verfahren gegen die betroffene Personengruppe kommt? Wenn nicht, wären die Zahlen vielleicht später für den Ausschuss interessant.

- Wir werden über diese Zahlen und über die Einzelheiten sicherlich zu diskutieren haben. Jetzt habe ich sie nicht dabei.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Vielen Dank, Herr Minister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 17/110 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 30 auf:

Flughafen Kiel abwickeln

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/93

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/145

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/146

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ulrich Schippels von der Fraktion DIE LINKE.

Ulrich Schippels [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ein ganz neues Gefühl, als Erster reden zu dürfen. Ich denke, wir werden öfter Anträge stellen, um das genießen zu können.

Der Flughafen in Kiel-Holtenau beschäftigt die Kommunalpolitik - die Kielerinnen und Kieler wissen es - schon sehr lange. Jährlich muss dieses Fass ohne Boden mit über 1 Million € durch die Gesellschafter - das sind das Land Schleswig-Holstein und die Landeshauptstadt Kiel - versorgt werden. Zurzeit sind es ungefähr 1,3 Millionen € - für einen **Regionalflughafen**, der keinerlei überregionale Bedeutung hat.

Das, was für den Lübecker Flughafen gilt - wir haben in der letzten Sitzung darüber geredet -, gilt erst recht für die **Start- und Landebahn** in Kiel. Die Piste zum Starten und Parken der größten Dreckschleudern, die es gibt - gemeint sind Flugzeuge -, hat weder für das Land noch für die Stadt Kiel irgendeine Bedeutung. Die ehemalige Oberbürgermeisterin von Kiel wollte aus dieser Piste einen Flugplatz machen, der das Starten und Landen von größeren Maschinen erlaubt. Eine Bundesstraße sollte verschwenkt werden, damit Touristinnen und Touristen leichter auf ihre Kreuzfahrtschiffe hib-

(Ulrich Schippels)

beln können. Zum Glück für uns alle hat die Vernunft gesiegt, und die Grünen und die knappen Haushaltsmittel der Stadt Kiel haben auch ihren Teil dazu beigetragen. Ich kann nicht viel Gutes über die Kooperation von CDU und Grünen in Kiel sagen, aber hier haben uns die Grünen vor einer Flugplatzruine, vor einer Investitionsruine bewahrt.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit der unnötigen Debatte um den Ausbau des Holtenauer Flughafens sind einige wenige Flugzeuge gelandet, und es sind sehr viele Jahre vergangen. Es hat sich gezeigt, dass es keinerlei **Nachfrage** für einen **Linienbetrieb** gibt. Zuschüsse in Höhe von mehreren Millionen Euro sind an unterschiedlichste Linienbetreiber geflossen, alles umsonst. Das Geld wurde nicht nur verpulvert, es wurde auch auf extrem umweltschädliche Art und Weise verbrannt.

Zurzeit hat der Flughafen nur noch drei „größere“ Kunden, von denen sich mindestens zwei bis zum Jahr 2012 vom Acker machen werden. Trotz aller Bemühungen unseres Bundestagsabgeordneten aus Kiel sieht es jetzt wohl doch so aus, als ob das **Marinefliegergeschwader 5** Kiel verlässt.

Der zweite „größere“ Kunde ist ein Unternehmen, das ausschließlich für die **Bundeswehr** fliegt. Auch dessen Verbleiben nach 2012 ist alles andere als unwahrscheinlich.

Eine realistische Option zur Weiterentwicklung dieser Piste in Holtenau ist nicht in Sicht. Vielmehr entwickelt sich die **Betreibergesellschaft KFG** zum Dauerzuschussbetrieb, zum Millionengrab. Darüber sind wir nicht froh.

Der DGB beziehungsweise die SPD in Kiel sind dafür bekannt, dass sie alles tun, um den Flugplatz zu halten. Als Argument wird sogar die besondere Verbundenheit der Stadt mit der Bundeswehr herangezogen, als ob diese Verbundenheit mit der Aufgabe des Flughafens infrage gestellt worden wäre. So einfach ist es nicht. Ich hätte beinahe gesagt: So einfach ist es leider nicht.

Noch einmal: Eine realistische Option zur Weiterentwicklung des Flughafens Kiel-Holtenau ist überhaupt nicht in Sicht. Die derzeitige Situation ist sowohl für das Land als auch für die Stadt Kiel absolut unbefriedigend. Vor diesem Hintergrund sind die Stilllegung des Flughafens und die Abwicklung der Betreibergesellschaft die einzig sinnvolle Option. - Jetzt darfst du einmal klatschen.

(Beifall bei der LINKEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Danke schön. - Von der **Stadt Kiel** wird derzeit über eine **Nachfolgenutzung** des Flughafengeländes nachgedacht. In Verbindung mit dem 2012 frei werdenden Gelände des MFG 5 wird von der Stadt sowie von der Hafenwirtschaft in Kiel eine wirtschaftliche Nachfolgenutzung geprüft. Wegen der günstigen geografischen Lage des Gesamtgeländes - sowohl des Flughafengeländes als auch des Geländes des MFG 5 - in der Stadt und zum Wasser hin ist eine sinnvolle und wirtschaftlich **nachhaltige Nachnutzung** zu erwarten. Dabei werden neue, nicht subventionierungsbedürftige Arbeitsplätze in Kiel entstehen, die den eventuellen Verlust bisher subventionierter Arbeitsplätze mehr als kompensieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich freue mich, dass inzwischen auch die CDU und die FDP auf das Problem eingegangen sind und einen Änderungsantrag gestellt haben, und ich freue mich auch, dass die SPD ebenfalls etwas dazu beizutragen hat. Ich finde es schön, dass auch Sie hier Handlungsbedarf sehen, und ich hoffe, dass das Landesparlament bei dieser Thematik jetzt tatsächlich einen Schritt weiterkommt.

Wir beantragen - das haben wir so verabredet - alternative Abstimmung. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Machen Sie den Weg frei für eine nachhaltige zivile Entwicklung der Landeshauptstadt Kiel! Beerdigen Sie endlich die Landebahn in Kiel-Holtenau!

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon ein sehr merkwürdiger Vorgang, der sich hier abspielt. Dass sich die angeblich letzte Arbeitnehmerpartei, die es in Deutschland noch gibt, gerade für die Vernichtung von **Arbeitsplätzen** einsetzt, zeigt, dass sie, nachdem sie gerade einmal drei Monate hier sitzt, schon weit weg von der Basis ist.

(Lachen bei der LINKEN - Zuruf des Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE])

(Hans-Jörn Arp)

- Das ist genau der Unterschied. Wir meinen es nämlich ernst mit den Arbeitsplätzen.

Meine Damen und Herren, der Flugplatz Kiel-Holtenau hat eine lange und sehr bewegte Diskussion hier in diesem Hohen Haus hinter sich. Wir hatten große Hoffnung, dass sich am Rande der Landeshauptstadt ein pulsierender Flughafen entwickeln kann, ein **Flughafen**, der auf die **Region** ausstrahlt, ein Flughafen, der in Kiel Wachstum erzeugt. Vieles sprach damals dafür, dass wir mit diesen Hoffnungen nicht ganz falsch lagen. Die Unterstützung der Wirtschaft und der Wissenschaft hatten wir auch. Letztlich müssen wir aber heute feststellen, dass unsere Wünsche nicht erfüllt werden konnten.

Daran - das darf man auch nicht vergessen - war Rot-Grün in Kiel, aber auch hier im Landtag nicht unbeteiligt, sondern ganz wesentlich beteiligt, weil man von Anfang an gesagt hat, **Charterflüge** wolle man dort nicht zulassen.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Das war der Anfang vom Ende dieses Flugplatzes, und dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall des Abgeordneten Johannes Callsen [CDU] - Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

- Herr Kollege Weber, Sie wissen genau, warum es hier nicht zu einem Ausbau kam. Es ging um die Frage, keine Charterflüge zuzulassen. Sie haben dies gemeinsam mit den Grünen gefordert. Von dem Moment an hatte er überhaupt keine Perspektive mehr.

(Jürgen Weber [SPD]: Fragen Sie mal Ihre Parteifreunde in Kiel! - Weitere Zurufe)

Das muss man der Ehrlichkeit halber dazusagen. An dem Tag wurde das Ende dieses Flugplatzes besiegelt.

(Zurufe)

- Herr Schröder, Sie können nachher reden, wenn Sie es dann noch können.

(Unruhe)

Dieser Flughafen hat eben keine überregionale Bedeutung mehr, und das **Passagieraufkommen** ist zurückgegangen. Jetzt kommt noch einmal dazu, dass das Marinefliegergeschwader im Jahr 2012 abziehen wird. Das ist natürlich eine traurige Nachricht, aber sie ist wahr, und wir müssen uns der Realität stellen.

Mir als Wirtschaftspolitiker blutet das Herz, und die CDU wird an dem Tag auch keine Jubelfeier veranstalten, weil das für Kiel am Ende bedeutet, dass man sich der Realität stellen muss. Das tun wir. Wir können nicht auf der einen Seite sagen, wir beteiligen uns nicht an dem Flugplatz in Lübeck und gleichzeitig eine gesellschaftliche Beteiligung am Kieler Flugplatz aufrechterhalten.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir fordern die Landesregierung auf und unterstützen sie bei dem Weg, diese Beteiligung zu veräußern, sich von dem Flugplatz zurückzuziehen, denn wir haben hier keine überregionale Bedeutung des Flugplatzes mehr. Deshalb werden wir die **Ausstiegsoptionen** der Regierung dann im Wirtschaftsausschuss gemeinsam sondieren.

Wir haben eine Verantwortung für das Geld, das Sie einsetzen, wir haben aber auch im Gegensatz zu Ihnen eine Verantwortung für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Herr Fischer, es bedarf hier keines Extraantrags der SPD, sondern wir werden uns mit den **Betriebsräten** unterhalten, wie es weitergeht. Wir werden aber auch mit der **Stadt Kiel** reden, wie sie die Perspektive dieses Flugplatzes sieht.

(Zuruf der Abgeordneten Anette Langner [SPD])

Wir dürfen bitte auch nicht vergessen, dass **UK S-H** zu beteiligen wegen der Transplantationsflüge, die sicherlich sehr wichtig sind für den Standort des UK S-H.

Es gibt eine Menge Dinge, die wir gemeinsam - auch mit der **Bundeswehr** - besprechen, wann und wie dieser Abzug hier vonstatten geht. Deshalb schlagen wir vor, nicht nur unserem Antrag zuzustimmen, weil er wegweisend ist und weil er die Regierung unterstützt, sondern weil er darüber hinaus auch sagt: Lasst uns mit allen Beteiligten im Wirtschaftsausschuss darüber diskutieren, wie wir hier gemeinsam weiterkommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Fischer das Wort.

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Arp, ein bisschen wundert mich schon,

(Rolf Fischer)

dass Sie genau auf die Punkte abheben, die wir in unserem Antrag stehen haben, und dann sagen, Sie könnten dem aber nicht zustimmen. Die Logik ist nicht ganz deutlich geworden. Aber ich glaube, das betrifft die Haltung Ihrer Partei zum Flughafen Holtenau insgesamt. Dazu werde ich gleich noch etwas sagen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP finden sich gerade einmal vier Sätze zum **Luftverkehr in Schleswig-Holstein**. Holtenau wird gar nicht genannt. Deshalb ist es zu begrüßen, dass der vorliegende Antrag, den Sie eingereicht haben, endlich auch die Haltung der Landesregierung deutlich macht. Die Landesregierung ist mit 51 % Mehrheitspartner in der Flughafengesellschaft Kiel. Deshalb ist der vorliegende Antrag zur Aufgabe der Beteiligung ein wichtiges politisches Signal.

Ich weise aber auch darauf hin, dass sich die IHK in Kiel und vor allen Dingen die Kieler CDU noch vor wenigen Tagen für den Erhalt des Flughafens ausgesprochen haben. Ich denke, Ihr Antrag wird Ihre Parteikollegen in Kiel sicherlich überraschen, vor allen Dingen deshalb, weil die Kieler CDU doch darauf verwiesen hat, dass sie selbst für den Erhalt des Flughafens ist, wenn das MFG 5 abzieht, ohne eigentlich zu sagen wie oder Perspektiven zu nennen. Insofern bin ich gespannt, wie bei Ihren Parteifreunden diese Entscheidung aufgenommen wird. Ansonsten verweise ich darauf: Führen Sie ein Gespräch mit der ehemaligen Oberbürgermeisterin Frau Volquartz. Die wird Ihnen dann genau erklären, warum Schwarz-Grün damals den Ausstieg vorbereitet hat.

Es ist eine Entscheidung, die Sie gegen die Zukunft des Flughafens getroffen haben, denn Sie wissen, dass die **Stadt Kiel** nicht in der Lage ist, diesen Flughafen allein weiter zu unterhalten. 1,3 Millionen € sind eine Menge Geld für ein Areal, das nur noch sehr eingeschränkt genutzt wird.

Ich möchte aber darauf hinweisen - und das ist mir wichtig -, dass wir in Kiel angesichts der schwierigen **Finanzsituation** der Stadt und des Landes damit gerechnet haben. Deshalb hat die rot-grüne Kooperation zusammen mit dem SSW ihre Hausaufgaben gemacht. Es liegen bereits mehrere gute Entwürfe für die **Nachnutzung des Areals** vor.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Detlef Buder [SPD], Anette Langner [SPD] und Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind also durchaus schon einen Schritt weiter als DIE LINKE das in ihrem Vortrag deutlich zu machen versuchte, Herr Schippels.

Die Rathauskooperation hat sich auf eine Mischung aus maritimem Gewerbe, Wohnen und Freizeit geeinigt, eine **Konzeption**, die dem Gebiet zwischen Holtenau und Friedrichsort strukturell und auch historisch sehr entspricht. Wir haben eine klare Vorstellung, wie das weitere Verfahren ablaufen wird, wie die Bürger und die Öffentlichkeit beteiligt werden. Insofern ist die Politik der Landeshauptstadt auf die im Antrag geforderten Gespräche längst eingestellt.

Ich will aber zwei weitere Punkte nennen, die für uns eine Rolle spielen und die uns auch dazu gebracht haben, einen eigenen Antrag zu stellen und - ich will das auch deutlich sagen - die das Land, die Landesregierung weiter fordern werden, auch wenn sie nicht mehr Gesellschafterin der KFG ist.

Da ist erstens die **Situation der Arbeitnehmer** zu berücksichtigen und zu besprechen, die in diesem Bereich beschäftigt sind. Das gilt für die Flughafenmitarbeiter ebenso wie für die Beschäftigten in den Firmen, die eine gewerbliche Anbindung an den Flughafen haben.

Deshalb erwarten wir, dass in den Gesprächen, die das Land mit der Stadt führen wird, auch dieses Problem aufgenommen und diskutiert wird und entsprechende Perspektiven für die Leute, die dort arbeiten, aufgezeigt werden.

Herr Arp, ich habe mit sehr viel Wohlwollen gehört, dass Sie mit Bezug auf DIE LINKE gerade die Position der Arbeitnehmer in diesem Bereich so hervorgehoben haben. Das sei für Sie selbstverständlich, und ich freue mich auf die Perspektiven für die Menschen die dort arbeiten. Da werden wir ganz bestimmt auf Sie zurückkommen. Damit müssen Sie rechnen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Denn unser Ziel ist es, so viele **Arbeitsplätze** wie möglich dort zu halten, und wir wollen neue innovative und zukunftsfeste Arbeitsplätze schaffen, zum Beispiel im **maritimen Bereich**, die eben auch große Bedeutung für das Land insgesamt haben.

Lassen Sie mich in einem zweiten Punkt noch kurz auf den Abzug des MFG 5 eingehen. Der für 2012 in Aussicht gestellte **Abzug der Marineflieger** ist eine weitere Entscheidung, die im Übrigen - deswegen haben wir uns auch veranlasst gesehen, einen weiteren Antrag zu stellen - bisher in den Anträgen keine Berücksichtigung gefunden hat.

(Rolf Fischer)

Hier sind noch eine Reihe Fragen offen, die zu klären sind. Bisher hat es im Verteidigungshaushalt keine wirksamen finanziellen Entscheidungen gegeben. Es ist der für Nordholz geplante neue Hubschrauber noch nicht angeschafft worden. Wir wissen, dass bei Abzug das **Gelände** an den Bundesfinanzminister zurückgegeben wird, der es dann, wie es so schön heißt, zur **Verwertung**, also wahrscheinlich zum Kauf, freigeben wird. Es können also durchaus ernsthafte Zweifel angemeldet werden, ob dieser Plan schon **2012** realisiert wird.

Ich verweise nur darauf: Es gibt auch noch die **Ambulanzflüge** und den **Flugsport**, für beide muss es Alternativen geben. Lassen Sie mich an dieser Stelle noch eines sagen, auch nach dem Hinweis der LINKEN: Es geht neben allen stadtplanerischen Aspekten auch um die mehreren Hundert Arbeitnehmerinnen und **Arbeitnehmer des MFG 5** und um ihre Familien. Sie sind Teil unserer Stadt geworden - nicht, weil sie auf dem Flughafen sind oder weil sie da gerade in diesem Zusammenhang von Ihnen angesprochen werden, sondern sie sind Teil unserer Stadt, weil sie hier leben und hier arbeiten. Ich will deutlich sagen: Wir bedauern den möglichen Wegzug außerordentlich.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

Ich komme zum Schluss. Schon deshalb erwarten wir eine schnelle Entscheidung des Verteidigungsministers. Der Ball liegt in Bonn oder bei der Bundesregierung in Berlin. Ein konkretes Abzugsdatum und eine rasche, entsprechend zielorientierte und transparente Planung zur Umsetzung - dafür wollen wir uns einsetzen. Insofern glauben wir, dass wir mit diesem Antrag für dieses wichtige Areal in Kiel eine gute, eine soziale und eine nachhaltige Perspektive aufzeigen werden. Wir sind für diese Diskussion bereit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Christopher Vogt das Wort.

Christopher Vogt [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal begrüßt die FDP-Fraktion in diesem Hause sehr, dass sich die Fraktion DIE LINKE gegen den Weiterbetrieb einer staatlichen Gesellschaft ausspricht. Leider ist DIE LINKE nur dann gegen staatliche Betriebe, wenn es sich dabei um Flughäfen handelt. Es ist unserer Meinung nach keine

staatliche Aufgabe, einen **regionalen Flughafen** zu betreiben. Die destruktive Haltung der LINKEN zum Flughafen Kiel-Holtenau teilen wir aber ausdrücklich nicht.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Es ist nicht unser primäres Ziel, beim Flughafen Kiel-Holtenau die betreibende Flughafengesellschaft einfach abzuwickeln und den Flugbetrieb einfach einzustellen, ohne dass vernünftige alternative Wege beschritten würden.

Dennoch sind wir der Meinung, dass sich das Land schnellstmöglich von seinem Anteil an der Kieler Flughafengesellschaft trennen sollte.

Durch den Abzug des Marinefluggeschwaders 5, den wir ebenso wie die SPD ausdrücklich bedauern, im Jahre 2012 und die damit verbundenen Folgen für den Flughafen Kiel-Holtenau ist zweifellos eine neue Situation entstanden, mit der wir uns auseinandersetzen müssen. Für die neue Koalition aus CDU und FDP ist klar, dass der Flughafen Kiel-Holtenau keine luftverkehrliche oder regionalwirtschaftliche Bedeutung für das Land Schleswig-Holstein hat. Es gibt kein wirtschaftliches Interesse des **Landes** an einer **Beteiligung** an der Flughafengesellschaft. Deshalb sind aus unserer Sicht auch keine weiteren Betriebsmittelzuschüsse durch das Land zu rechtfertigen.

(Beifall bei der FDP)

Unabhängig davon unterstützen wir die Landesregierung bei der Suche nach einem **Investor**, damit die Anteile des Landes an der Kieler Flughafengesellschaft zeitnah veräußert und weitere Betriebsmittelzuschüsse des Landes vermieden werden können.

Das primäre Ziel dieser Koalition aus CDU und FDP bleibt die vollständige **Privatisierung** des **Kieler Flughafens**. Wir sprechen uns nicht grundsätzlich gegen regionale Flughäfen in unserem Lande aus, da diese eine Wirtschaftsperspektive für die jeweilige Region haben könnten. Private Investitionen in regionale Flughäfen und zusätzliche Gäste können Impulsgeber für die Wirtschaft sein.

Meine Damen und Herren, das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Verkehr ist, wie im Koalitionsvertrag festgehalten - da sind die Linken wieder dabei, den Koalitionsvertrag von CDU und FDP weiter voranzubringen, was wir natürlich sehr begrüßen -, dabei, ein **Luftverkehrskonzept** für unser Land zu erarbeiten. Dieses Konzept sollte nach Meinung der FDP-Fraktion **Potenziale** an den

(Christopher Vogt)

jeweiligen Standorten im Land aufzeigen und als Grundlage für ein überregionales strategisches Vorgehen des Landes im Luftverkehrsbereich dienen.

Wir unterstützen die Landesregierung in unserem Antrag in der Absicht, sich aus der Rolle als Gesellschafter aus der Kieler Flughafengesellschaft zurückzuziehen und unverzüglich entsprechende Gespräche mit der **Stadt Kiel** aufzunehmen, die ja ebenfalls noch Gesellschafter der Gesellschaft ist. Über die Verhandlungen soll uns die Landesregierung im zuständigen Ausschuss zeitnah berichten.

Den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion müssen wir aus unserer Sicht hier heute nicht beschließen, da wir zum einen davon ausgehen, dass sich das Wirtschaftsministerium des Landes im Zuge der in Punkt zwei geforderten Gespräche mit dem Mitgesellschafter, also der Stadt Kiel, zeitnah mit dem **Verteidigungsministerium** über den konkreten Abzugstermin innerhalb des Jahres 2012 austauschen wird. Zum anderen wissen wir auch noch gar nicht, ob sich für die Beschäftigten der Flughafengesellschaft etwas ändern wird. Es steht ja noch gar nicht fest, ob sich am Flughafen Kiel-Holtenau für die **Beschäftigten** im absehbaren Zeitraum etwas ändern wird. Deshalb fordern wir alle herzlich dazu auf, dem Antrag von FDP und CDU zuzustimmen und den SPD-Antrag abzulehnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Andreas Tietze das Wort.

Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten sei mir eine kleine Vorbemerkung an den Kollegen Arp. Wissen Sie, Herr Arp, wir haben bei den Grünen viel Erfahrung mit dem Unterschied zwischen Fundis und Realos. Sie sind jetzt als Flughafen-Fundi, glaube ich, zu den Realos gewechselt und haben erkannt, dass die ökonomische und politische Vernunft tatsächlich dazu führen muss, den Flughafen Holtenau abzuwickeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will an dieser Stelle auch noch an die Kolleginnen und Kollegen der FDP und der CDU ergänzen. Sie können jetzt nicht zu Ihren Freunden der IHK gehen und sagen: Eigentlich wollten wir das ja nicht. Jetzt müssen Sie den Rücken gerademachen und sagen: Es macht keinen Sinn, es ist **ökono-**

misch nicht vertretbar, diesen Flughafen weiter zu betreiben. Sie müssen der Wahrheit ins Auge sehen. Wir müssen diesen Flughafen abwickeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist zweierlei ein gutes Zeichen: Einerseits haben Sie verstanden, dass man Flughäfen nicht in aller Welt betreiben kann, sondern dass man auch die Nachhaltigkeit im Blick haben muss. Sie haben begriffen, dass Sie damit ein Stück auch die Haushaltspolitik des Landes verbessern. Und Sie haben auch zu Zeiten des Kopenhagener Klimagipfels ein Zeichen gesetzt. Das finde ich sehr gut. Wie gesagt, ich freue mich, dass Sie dazu stehen. Insofern können Sie nicht sagen, dass nur die Grünen in Schleswig-Holstein Flughäfen abwickeln können und wollen. Sie sind jetzt dabei. Willkommen im Club!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Bundesverteidigungsministerium hat mit einem Brief vom 11. November 2009 nochmals bestätigt, dass das **Marinefliegergeschwader 5** verlegt wird. Die Stadt Kiel hat Planungssicherheit. Meine Damen und Herren, die Kieler haben diese Realität anerkannt. Sie erarbeiten gerade ein **Nachnutzungskonzept**, das auch schon im Bau- und Wirtschaftsausschuss vorgestellt wurde. Im Übrigen, wenn Sie sich das Gelände dort ansehen, werden Sie feststellen: Dort werden künftig Arbeitsplätze entstehen, dort werden Wohnungen entstehen, es wird ein Lebensraum entstehen, den die Kielerinnen und Kieler annehmen werden und in dem sie eine nachhaltige Perspektive haben werden.

Es gibt noch Klärungsbedarf; Sie haben das angesprochen. Gut, wir werden das noch in diesem Jahr klären, wenn dort noch ein Gesprächsbedarf besteht. Dann müssen sich die Fraktionen in Kiel zusammensetzen und dann gegebenenfalls sehen, wann sie diese Abwicklung hinbekommen.

Aber eines ist klar: Seit 1991 ist mehrfach bestätigt und jetzt auch von dem Staatssekretär Dr. Peter Wichert zugesichert worden, dass das Marinefliegergeschwader den Platz dort verlassen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit 2006 wird kein Regionalverkehr mehr über Kiel-Holtenau abgewickelt. Die **Fluggesellschaften**, die zuletzt **Linien** geflogen sind, mussten alle subventioniert werden. Es gab keine ausreichende **Nachfrage**. Obwohl kein Regionalflugverkehr stattfindet, erfordert der Betrieb derzeit 1,3 Millionen €, die hälftig von den Gesellschaftern getragen werden müssen. Ich habe bereits am Anfang meiner Rede gesagt: Das

(Andreas Tietze)

ist ein völliger ökonomischer Unsinn in Zeiten knapper Kassen.

(Zuruf von Wolfgang Kubicki [FDP])

Es gehört auch nicht zu den Aufgaben der Daseinsvorsorge, Herr Kubicki, einen **öffentlichen Flughafen** vorzuhalten. Wenn Sie fliegen wollen, was Sie wahrscheinlich gern tun und häufig auch nutzen, dann wissen Sie, der internationale Hamburger Airport ist gut erreichbar. Sie werden wahrscheinlich selber auch schon den Kielius der Autokraft und den **KielEXX** von Vineta benutzt haben. Damit ist man dann relativ schnell am Flughafen. Wahrscheinlich werden Sie aber mit dem Auto dorthin fahren und die teuren Parkhausgebühren bezahlen. Ein Fraktions-Vorsitzender der FDP ist ja nicht arm. Aber, wie gesagt, auch der ÖPNV ist hier gut zu nutzen.

Es gibt keinen Käufer für die Kieler Flughafengesellschaft, und das Land hat kein Geld und sollte auch kein Geld mehr dafür ausgeben.

Es gibt Punkte, die zu regeln sind. Das ist sicherlich komplex. Es sind Fördermittel geflossen, es gibt Altlasten, dann der **Flugsport** und die **Transporte von Transplantationsorganen** - das muss man sicherlich auch alles bedenken. Ich gestehe auch zu, dass das einige Zeit braucht.

Wie gesagt, die SPD in Kiel hat noch Beratungsbedarf, habe ich gehört. Die Grünen haben dafür Verständnis. Immerhin muss man aber sagen: Sowohl SPD als auch CDU in Kiel standen mehr als fünf Jahre lang für einen Ausbau der Holtenauer Start- und Landbahn. Dieser angedachte Flughafenbau war mit Abstand der dümmste politische Plan, den die Kieler Politik je verfolgt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Es reicht der gesunde Menschenverstand - vielen Dank für Ihren Applaus, Herr Kubicki -, um bei der Lektüre der unzähligen Gutachten festzustellen, dass dieser Flughafen nie eine Zukunft gehabt hat.

Ich darf auch den Exkollegen Austermann - ich habe ihn hier ja leider nicht mehr erleben können - zitieren, der am 4. Mai 2006 folgendes zu Protokoll gegeben hat: Norddeutschland hat einen großen Flughafen, und das ist Hamburg. Die Vorstellung, man könne daneben Alternativen aufbauen, ist unrealistisch. Kiel wird ein kleiner Regionalflyghafen bleiben.

Durch Widerstände der Grünen und der Bürgerbewegung wurde der geplante Ausbau gestoppt. Kiel

hat viel klüger gehandelt als Lübeck. Wir sind ja gespannt, wie das Konzept von Herrn Saxe aussehen wird. Der Mensch sollte lernfähig sein. Wir haben heute zahlreiche Anträge zu diesem Thema auf dem Tisch. Ich denke, wir sind einen Schritt weiter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gitta Trauernicht:

Für die Fraktion des SSW erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit den Beschlüssen des Landes Schleswig-Holstein und der Landeshauptstadt Kiel in 2006 wurde seinerzeit nach zähem Ringen ein Schlusstrich gesetzt und der Ausbau des Flughafens ad acta gelegt. Damit wurde eine lang gehegte Forderung des SSW erfüllt. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die **Finanzierung** eines **Ausbaus** nicht zu begründen ist, und natürlich auch des Betriebes nicht, und dass sich das Ganze auch wirtschaftlich nicht trägt. Der Abzug der Linien und das Einstellen des Flugbetriebes haben deutlich gemacht, dass auch mit Subventionen und allerlei Entgegenkommen sich niemand dazu bewegen ließ, wirklich regelmäßig und eigenwirtschaftlich einen größeren Flugbetrieb von Kiel aus aufzunehmen. Das ist die Geschichte und auch die Wahrheit.

Wer sich den Flughafen in Holtenau heute anschaut, stellt fest, dass das Land und die Stadt Kiel als Gesellschafter an einem Flughafen beteiligt sind, auf dem nur noch Ambulanzflüge und Geschäftsreiseverkehr sowie Zielerstellungsflugverkehr für die **Bundeswehr** abgewickelt werden. Anders ausgedrückt: Das Land zahlt Geld fürs Nichtfliegen. Da stimme ich mit dem Antrag der Linken überein, dass wir das Geld nicht haben, das wir jährlich immer noch an **Bezuschussung** in den Flughafen reinbuttern. Es ist auch niemandem zu erklären, dass dieser „Geisterflughafen“ nicht schon längst abgewickelt wurde.

Bereits in anderen Zusammenhängen haben wir als SSW immer wieder gefordert, dass es nicht Aufgabe des **Landes** ist, **Regionalflyghäfen** zu betreiben. Auch beim Flughafen Lübeck-Blankensee haben wir eine Beteiligung abgelehnt. Das tut die Landesregierung auch, also muss man hier auch mit gleichem Maß messen. Wir stellen fest, dass das Land jetzt immer noch mit zweierlei Maß misst. Dies ist

(Lars Harms)

eine **Ungleichbehandlung** zugunsten des Kieler Flughafens.

Welche Möglichkeiten gibt es, das Land aus dieser Misere herauszuholen? - Da wäre zum einen die Möglichkeit, dass das Land seinen Gesellschafteranteil an die Stadt Kiel verkauft, oder vielleicht auch nur kostenlos an die Stadt überträgt.

(Beifall der Abgeordneten Gerrit Koch [FDP] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Realistisch gesehen ist aber nicht davon auszugehen, dass Kiel einen solchen Deal eingeht - wofür ich auch durchaus Verständnis habe, das kostet die Kieler nämlich durchaus Geld. Zum anderen könnte man die Anteile an einen Dritten verkaufen, beispielsweise die IHK. Das ist aber genauso unrealistisch. Bleibt als Konsequenz, den Betrieb durch Auflösung der Gesellschaft zu beenden. Natürlich kann die Gesellschafterversammlung einen Beschluss auf Abwicklung treffen. Doch hierbei muss bedacht werden, dass dies nicht von heute auf morgen umsetzbar ist. Hierbei handelt es sich um eine längerfristige Lösung, es muss ein geordnetes Verfahren geben. Dies sage ich insbesondere im Hinblick auf die Beschäftigten. Die Stadt Kiel und das Land haben hier **Verpflichtungen**, denen sie nachkommen müssen. Man kann sich nicht einfach aus der Verantwortung ziehen und alles sich selbst überlassen.

Nach Auffassung des SSW wäre ein realistischer Ausstiegstermin an den **Abzug des Marinefliegergeschwaders 5** gekoppelt. Das wäre dann voraussichtlich im Jahr 2012. Das ist ja nicht mehr lange hin. Damit würden sich für die Stadt Kiel ganz neue Entwicklungschancen im Kieler Norden ergeben. Die direkte Verbindung der Stadteile Holtenau und Friedrichsort und eine damit verbundene **Stadtteilentwicklung** wäre möglich. So sehen es übrigens auch die Kooperationspartner der Stadt Kiel. In diesem Zusammenhang ist dann zu klären, wie es mit den derzeitigen Nutzern weitergehen soll. Es ist daher notwendig, dass man genau guckt, welche Stadtteilentwicklung unter Einbezug des Flughafengeländes möglich ist, und man muss die Abwicklung des Flughafens nicht unter unnötigem Zeitdruck betreiben.

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW haben in der Stadt Kiel eine Konzeption für die Weiterentwicklung des Geländes und den dazugehörigen Stadtteilen erarbeitet. In diesem Sinne sollten wir die Stadt Kiel dann eben auch entsprechend unterstützen.

(Beifall des Abgeordneten Rolf Fischer [SPD])

Zum Abstimmungsverfahren: Wir haben ja vereinbart, eine alternative Abstimmung zwischen dem Antrag von CDU und FDP, möglicherweise angefüllt mit den Anregungen der SPD, und dem Antrag der LINKEN durchzuführen. Dem Antrag der SPD stimmen wir natürlich zu, weil es dort gerade auch um Arbeitnehmerrechte geht. Wir sehen aber nicht, dass der Antrag von CDU und FDP wirklich zielführend ist, weil kein Mensch diesen Flughafen kaufen wird beziehungsweise diese Anteile, kein Mensch will sie übernehmen. Wenn man wirklich handeln will, dann muss man die Gesellschaft abwickeln. Da sind die LINKEN genau auf dem richtigen Weg, deshalb werden wir in der Endabstimmung den Antrag der LINKEN unterstützen.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Fischer von der SPD-Fraktion das Wort.

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gern den Beitrag von Herrn Kumbartzky aufnehmen.

(Christopher Vogt [FDP]: Das war meiner!)

- Entschuldigung, da habe ich Sie verwechselt. Das kann vielleicht gerade noch passieren.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das passiert mir auch noch! - Heiterkeit)

- Das beruhigt mich ausgesprochen. Wir werden dann gemeinsam unsere Fortschritte abklären können.

Sie haben darauf hingewiesen - ich zitiere -, dass eine **Privatisierung** des Flughafens das Ziel sei. So haben Sie es gesagt. Wenn das stimmt, dann möchte ich Sie gern bitten, dass Sie sich in dieser Landesregierung einmal darüber einigen, in welche Richtung Sie wollen. Der Kollege Arp hat gesagt: **Ausstieg**. Das haben wir sehr gelobt, das finden wir gut, dass er dazugelernt hat. Er hat ja auch die Punkte genannt, die abgewickelt werden müssen. Sie sagen, eigentlich könnten Sie sich auch eine Privatisierung vorstellen. Das ist ein Teil der Argumentation, die ich aus der Debatte über den Flughafen aus der Vergangenheit sehr gut kenne.

(Rolf Fischer)

Aber Sie wissen auch, dass eine Privatisierung nur Sinn macht, wenn Sie einen Investor bekommen, der dort großflächig und sehr stark einsteigt, also mit Charter und entsprechenden Flugangeboten. Das ist das Gegenteil dessen, was wir eigentlich wollen.

Deshalb würde ich Sie herzlich bitten, Ihre beiden sehr unterschiedlichen Auffassungen über die Zukunft dieses Areals so zu harmonisieren, dass wir wissen, wie es weitergeht, damit wir auch die Planungssicherheit für die Stadt und für das Land haben, die wir in dieser Frage brauchen. Das wäre mir schon sehr wichtig. Einigen Sie sich bitte, sonst geht es auf Dauer immer weiter hin und her.

(Beifall bei der SPD sowie vereinzelt bei der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für einen weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Damit eins klar ist: Wir meinen das Gleiche, und Sie treiben auch keinen Keil zwischen uns oder in den Antrag. Er ist deutlich formuliert. Wir sagen nur das, was wir können. Und das machen wir im Gegensatz zu Ihnen auch noch gut. Der Unterschied besteht darin, dass wir sagen, wir ziehen unsere **Beteiligung** zurück. Wir fordern die Landesregierung auf, unsere Beteiligung zu veräußern. Dann sind wir - das ist ja die Lex Lübeck - raus. Ob wir nun jemanden finden, ist die nächste Frage. Wir kennen ja die Situation in Lübeck. Wir sind auch nicht so blauäugig, dass wir glauben, es käme ein **Großinvestor**, der **Holtenau** ausbauen will.

(Jürgen Weber [SPD]: Vielleicht ein Kleininvestor!)

- Nicht einmal ein kleiner Investor, nicht einmal ein Abgeordneter kann sich dies leisten, Herr Kollege Weber!

Die Aufgabe, die wir haben, ist, unsere Beteiligung zu veräußern. Wenn das dazu führt - was wahrscheinlich ist -, dass dadurch der Flugplatz geschlossen werden muss, dann ist das der zweite Schritt. Aber der erste Schritt ist die Aufgabe, der Landesregierung zu sagen, wir müssen uns von dieser Beteiligung trennen.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Schippels [DIE LINKE])

Nichts anderes ist der erste Schritt. Den zweiten Schritt gehen wir dann, wenn er auf der Tagesordnung steht. Dazu gehört es dann, dass man die **Arbeitnehmer** mitnimmt, dass man die **Investoren** mitnimmt, dass man die Stadt mitnimmt und dass man auf dem Weg auch das **UK S-H** mitnimmt.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Ob man sie dann alle unter einen Hut bekommt, das bezweifle ich. Aber es gehört dazu, zuerst mit den Leuten zu reden, bevor man ihre Arbeitsplätze vernichtet.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, Herrn Jost de Jager, das Wort.

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Bedeutung des Flughafens Kiel-Holtenau ist - das werden wir alle einvernehmlich so sehen - stetig zurückgegangen. Darüber hinaus ist es so, dass die Haushaltslage des Landes mindestens schwierig ist. Vor dem Hintergrund haben wir als **Landesregierung** deshalb eine Entscheidung getroffen. Ich muss sagen, dass die Fraktion der LINKEN etwas spät dran ist. Wir haben schon im Dezember 2006 die Entscheidung getroffen, in der wir festgestellt haben, dass ein **landespolitisches Interesse** an der Aufrechterhaltung der Gesellschafterstellung des Landes an der Kieler Flughafengesellschaft nicht mehr gegeben ist. Folgerichtig wurde zugleich das Finanzministerium beauftragt, in Abstimmung mit meinem Haus die **Landesanteile an der KFG** zu veräußern.

Dieses Vorhaben ist an der fehlenden Mitwirkung des Mitgesellschafters, der Stadt Kiel, gescheitert. Die **Stadt Kiel** hat es bisher abgelehnt, die Landesanteile zu übernehmen. Und die Stadt Kiel hat ebenfalls ihr Einvernehmen zur anderweitigen Veräußerung der Landesanteile verweigert. Dieses Einvernehmen ist aber gemäß des Gesellschaftervertrages erforderlich.

Die neue Landesregierung ist deshalb durch das Finanzministerium vor wenigen Tagen erneut auf die Landeshauptstadt zugegangen und wird, vertreten durch Herrn Staatssekretär Bastian - ich glaube so-

(Minister Jost de Jager)

gar in der kommenden Woche -, erneut Gespräche darüber führen.

Insofern ist die Frage des Ausstiegs des Landes keine Frage des Ob, sondern nur noch eine Frage des Wie.

Es ist ja gefragt worden: Was ist die Haltung der Landesregierung, und gibt es überhaupt eine klare **Haltung der Landesregierung**? - Die gibt es. Das Land ist der Auffassung, dass das Land oder die Landesregierung nicht „Ersatzflughafenbetreiber“ sein kann.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus dem Grund sagen wir, es gibt kein Landesinteresse, deshalb will und muss das Land sich zurückziehen. Das bedeutet aber nicht, dass damit die Frage beantwortet ist, ob es ein **kommunales Interesse** geben kann. Die Frage, ob es ein kommunales Interesse am Flughafen Kiel-Holtenau gibt, kann nur die Stadt Kiel beantworten.

Das ist übrigens haargenau der Grund Ihres Antrags. Sie wollen nämlich mit Ihrem Antrag erreichen, dass das Engagement des Landes erhalten bleibt. Deshalb sollte das Land mit der **Bundeswehr** reden, und deshalb sollte das Land sicherstellen, dass die **Beschäftigten** dabei sind. Sie wollen das Gegenteil dessen, was die Landesregierung will. Wir wollen raus aus dem Flughafenengagement. Sie wollen, dass das Land in der Verantwortung des Flughafens bleibt. Wir sagen jedoch, dass das der falsche Weg ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Aus diesem Grund ist der Antrag der SPD im Übrigen durchsichtig. Aufgabe des Landes ist es nicht, sich mit der Bundeswehr oder mit dem Verkehrsministerium auseinanderzusetzen über die Frage, was aus dem **Marinefliegergeschwader 5** wird.

Dies ist im Übrigen entschieden. Nach unseren Informationen ist dies bereits Herrn Todeskino bestätigt worden. Außerdem ist es nicht Aufgabe des Landes, sondern der Stadt, sich um diese Dinge zu kümmern.

Der Appell, wir sollten uns um die Beschäftigten kümmern, ist nun wirklich ein wenig wohlfeil, weil wir dies ohnehin tun. Das ist haargenau der Punkt. Ich bin dagegen, per Beschluss zu sagen, dass wir uns verabschieden und der Flughafen abgewickelt werden soll. Es gibt zunächst noch einige Fragen zu klären. Dazu gehört, dass 110 **Arbeitsplätze** direkt an diesem Flughafen hängen. Es müssen also Ge-

spräche darüber geführt werden, was aus diesen Arbeitsplätzen wird.

Die Frage, inwieweit der Flughafen Kiel-Holtenau für die Organtransporte für das **UK S-H** erforderlich ist, ist so gut wie geklärt. Es scheint eine Möglichkeit zu geben. Insofern werden die Fragen Stück für Stück abgearbeitet.

Wir sind aber noch nicht so weit, dass wir sagen können, dass der Flughafen abgewickelt wird. Das ist eine Frage der Zuständigkeit und der Verantwortlichkeit. Die Verantwortlichkeit liegt in diesem Fall bei der Stadt Kiel. Insofern sollten wir diese Dinge noch einmal in Ruhe im Ausschuss beraten.

Die Landesregierung bleibt bei ihrer Haltung zu **regionalen Flughäfen**. Wenn ein Flughafen keine landesweite wirtschaftliche Bedeutung hat - was man sowohl von Kiel-Holtenau als auch von Blankensee sagen kann -, dann gibt es keine Notwendigkeit zur Beteiligung des Landes.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Minister, lassen Sie noch eine Frage des Abgeordneten Jezewski zu?

Jost de Jager, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr:

Nein.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist eine Abstimmung in der Sache beantragt worden. Deshalb lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/146, abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/145.

(Zuruf von der SPD: Frau Präsidentin, wir hatten vereinbart, dass über die Anträge alternativ abgestimmt wird!)

(Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese)

- Das ist vor meiner Zeit als Sitzungsleiterin beschlossen worden. - Dann lasse ich alternativ abstimmen.

Um eine alternative Abstimmung durchführen zu können, schlage ich vor, den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/145 zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Ich erkenne keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Wir stimmen dann zunächst über den Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/93, ab. Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/93, seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? -

(Zurufe)

- Entschuldigung!

Wer dem Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/145, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich stelle fest, dass der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/145, mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP angenommen worden ist.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, nun die Tagesordnungspunkte 17, 27 und 38 a zu behandeln.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Keine neuen Beauftragten schaffen

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/78

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit zwei Tagen ist Schleswig-Holstein um zwei Versorgungsposten reicher und damit um einige Tausend Euro ärmer.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Deshalb stellt sich natürlich die Frage: Warum um alles in der Welt braucht Schleswig-Holstein zwei neue **Beaufträge**, die bei der Landesregierung an-

gesiedelt sind? Da mir der Ministerpräsident diese Frage in meiner kleinen Anfrage nicht beantworten wollte - oder konnte -, bin ich auf Spekulationen angewiesen.

Sieht sich die Landesregierung überfordert, die Bereiche Integration und Mittelstandsförderung eigenständig qualitativ gut zu bearbeiten und holte sich deshalb Hilfe aus der CDU-Fraktion? Traut die CDU-Fraktion ihrer eigenen Regierung nicht zu, die **Bereiche Integration und Mittelstandsförderung** eigenständig qualitativ gut zu bearbeiten und mischt sich deshalb in die Arbeit der Ministerien ein? Sind die Abgeordneten der CDU nur bereit, sich um Mittelstand und Integrationsfragen zu kümmern, wenn sie dafür gesonderte Privilegien erhalten vom Zugriff auf einen Dienstwagen bis hin zu einem eigenen Büro im Ministerium?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, alle drei Varianten wären eine Blamage für die gesamte CDU-Fraktion sowie für die Landesregierung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Am wahrscheinlichsten ist aber folgende Variante: Dadurch, dass kein CDU-Abgeordneter Staatssekretär werden konnte, ohne die Mehrheitsverhältnisse des Landtags zu gefährden, gab es in der CDU Unmut und Streit um die wenigen zu verteilenden Posten. So hält unser harmoniesüchtiger Ministerpräsident mitten in der größten Haushaltsnot des Landes die Zeit an, verdrängt seine Blut-Schweiß-und-Tränen-Regierungserklärung und beglückt zwei CDU-Abgeordnete mit überflüssigen Versorgungsposten zulasten der Steuerzahler.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der **Regierungsapparat** wird aufgebläht, weil es CDU und FDP zwischen Champagner und Sylter Flair so vereinbart haben. Herr Kubicki, ein scharfer Kritiker des Beauftragtenwesens, muss komplett benebelt gewesen sein, als er dieser Vereinbarung zugestimmt hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, wie kann man nur auf die Idee kommen, zwei Abgeordnete mit Titel und Privilegien zu versorgen, während gleichzeitig den Ehrenämtern im ganzen Land große und heftige Sparmaßnahmen angedroht werden? - Der Minis-

(Monika Heinold)

terpräsident ist heute nicht hier. Herr Wiegard, richten Sie ihm aus: Die Regierung ist kein Selbstbedienungsladen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Der Ministerpräsident sollte sich schämen, Wasser zu predigen und selbst Wein zu trinken.

Die Schaffung von bei der Landesregierung angesiedelten Beauftragten ist ein Rückschritt in vergangene Zeiten. Es ist mehr als unglücklich, gerade den Schatzmeister der CDU zum Mittelstandsbeauftragten der Landesregierung zu machen. Sie werden das nicht hören mögen, aber auch dies kann ich Ihnen nicht ersparen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage in aller Deutlichkeit, es darf auf keinen Fall so kommen, dass ein Beauftragter der Landesregierung durch seine Tätigkeit am Ende etwas für die eigene Partei herausholt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Parlament hat in den letzten Jahren einstimmig zuerst die **Parlamentarischen Staatssekretäre** abgeschafft, dann die Stelle der **Kinder- und Jugendbeauftragten** in der Staatskanzlei gestrichen und anschließend den Beauftragten für Menschen mit Behinderungen von der Regierung zum Landtag geholt.

Schleswig-Holstein hat mit seinem unabhängigen und **beim Landtag** angesiedelten Beauftragtenwesen sehr gute Erfahrungen gemacht. Ich warne davor, dieses Rad wieder zurückzudrehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, es wäre fatal, wenn Sie planen würden, im Gegenzug zur Schaffung des Integrationsbeauftragten demnächst den Flüchtlingsbeauftragten abzuschaffen. Ich vermute, der Ministerpräsident freut sich, jetzt mehr Zeit für Volksfeste zu haben, während sein Mittelstandsbeauftragter Herr Arp tapfer die Betriebe im Land besucht und die Wirtschaftsinteressen des Landes vertritt.

Aber es kann doch nicht ernsthaft in jeder neuen Legislaturperiode neue Beauftragtenstellen für CDU-Abgeordnete und CDU-Mitglieder geben - von der Kulturbeauftragten bis hin zu Integrations- und Mittelstandsbeauftragten. Auch hier geht ein Gruß an den Ministerpräsidenten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Da stellt sich doch die bange Frage, was als Nächstes kommt: vielleicht ein Weinbeauftragter, der die neuen Weinanbauflächen des Neffen von Herrn Carstensen in Nordfriesland begutachtet?

(Unruhe)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, bereiten Sie diesem Spuk ein Ende, machen Sie den Rücken gerade, stimmen Sie unserem Antrag zu und gehen Sie befreit ins neue Jahr.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Axel Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Heinold, vor einiger Zeit hätte ich bei all dem, was Sie uns an Weisheiten mit auf den Weg gegeben haben, gesagt, das Orakel von Hardebeck hat gesprochen. Sie haben es nun vorgezogen, den Kreis Segeberg in Richtung Kiel zu verlassen. Ein Orakel von Kiel war das nicht.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] - Zurufe)

- Warten Sie einmal ab!

Es müsste mehr hergeben, wenn Sie das Thema Landesfinanzen in einem solchen Antrag als Begründung heranziehen. Dann kann ich nur sagen, demjenigen, der immer mit **Finanzen** argumentiert, nimmt man es ab, dass es ihm um finanzielle Nachhaltigkeit geht. Wenn man das Thema Finanzen aber immer nur dann hervorholt, wenn es einem politisch passt, ist das eine Wortblase, hinter der nicht allzu viel steckt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir werden Sie in den auf uns zukommenden Haushaltsberatungen daran messen, wie Sie bei größeren Positionen, bei Positionen im Bereich von 10.000 und 20.000 € Ihre Punkte setzen und deutlich machen, wo Sie meinen, dass eingespart werden müsste.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Dr. Axel Bernstein)

Wenn man das **Thema der Beauftragten** behandelt, reizt es schon, Ihrer Fraktion, der SPD und dem SSW noch einmal vor Augen zu führen, wie man in der Vergangenheit mit der Bedeutung von Beauftragten umgegangen ist.

(Zuruf von der SPD)

Ich zitiere den geschätzten Kollegen Lothar Hay. - Nein, ich nehme lieber die geschätzte Exkollegin Heide Simonis. Sie sagte einmal hier im Hohen Hause:

„Warum, um Gottes willen, wollen Sie denn alle Beauftragten abschaffen, wenn durch sie - wie Sie ja gerade selber merken - ein Stückchen Zufriedenheit und Ruhe in die Gesellschaft gekommen ist und Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, sie können sich an jemand wenden, der ihnen zuhört, wozu wir manchmal in der Eile keine Zeit haben?“

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil der Wirtschaftsminister keine Zeit für die Betriebe im Land hat? - Zuruf des Abgeordneten Dr. Stegner - Weitere Zuerufe)

Wenn das für die Beauftragten aus der Zeit von Heide Simonis gilt, frage ich mich, warum das heute nicht mehr gelten soll. Wenn die Grünen jetzt sagen, dass das noch ein paar Euro kostet, dann darf ich die frühere Ministerin Frau Birk zitieren, die sagte:

„Die Beauftragtentätigkeit als solche braucht einen gewissen finanziellen Unterbau. Es gibt Behörden, die aus 20 bis 30 Menschen bestehen und ‚Der Beauftragte‘ oder ‚Die Beauftragte‘ heißen.“

So war das bei Ihnen. So wird das bei uns nicht sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

In dieser Zeit waren es nicht wenige Beauftragte. Wo es gute Gründe dafür gibt, haben wir sie heute noch. Zum Teil gibt es sie auch nicht mehr. Auch das ist dann richtig.

Ich nenne nur einmal den Bürgerbeauftragten, den Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsbeauftragten und den Beauftragten für Menschen mit Behinderung. Sie wiesen darauf hin, wo die Beauftragten angesiedelt sind.

Den Beauftragten der Ministerpräsidentin für Ostseeangelegenheiten, den Beauftragten für den Landesteil Schleswig, den Beauftragten für Minderhei-

ten, der damals geschaffen worden ist, den Naturschutzbeauftragten, den Drogenbeauftragten, den Beauftragten für Kinder. Man könnte die **Liste** weiter fortsetzen. Diese gibt es alle nicht mehr. Das ist auch gut so. Die CDU hat viele Jahre lang die Abschaffung vieler dieser Beauftragten gefordert. Das ist sicherlich ein Argument, das Sie bringen werden.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und jetzt setzen Sie noch einen drauf!)

So, wie es bei Ihnen ganz offensichtlich einen gewissen Lernprozess gab, dass man nicht mehr alle Beauftragten so haben möchte, wie man sie einmal geschaffen hat,

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

So können wir für uns auch in Anspruch nehmen, dass es Bereiche gibt, in denen das Ganze durchaus Sinn macht.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sie sagten einerseits, dafür wird Geld ausgegeben, und andererseits, das muss doch ein Ministerium leisten können. Wenn wir diese Begründung Ihres Antrags ernst nehmen, dann warte ich auf Ihren Antrag zur Abschaffung des Landesnaturschutzbeauftragten. Wollen wir einmal gucken, wann er kommt. Er wird natürlich nicht kommen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Er wird auch aus guten Gründen nicht kommen; denn die Einrichtung einer Beauftragtenstelle ist doch letztlich der Ausdruck einer besonderen **politischen Schwerpunktsetzung** und der Ausdruck einer besonderen politischen Aktivität.

Die Stärkung des Mittelstandes und erfolgreiche Integration sind wichtige Beiträge für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Frieden in unserem Land.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich bin froh, dass es gelungen ist, mit den Kollegen Arp und Lehnert zwei anerkannte und profilierte Persönlichkeiten zu finden, die sich dieser Aufgabe annehmen werden.

Ich muss ehrlich sagen, ich kann die Äußerungen des SSW, die ausgerechnet in der Berufung von zwei Abgeordneten eine Schwächung der Demokratie sehen, wirklich nicht nachvollziehen. Ich habe das Gefühl, außerhalb der Pressestelle des SSW

(Dr. Axel Bernstein)

kann das eigentlich auch kaum jemand nachvollziehen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Abgeordneter Bernstein!

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Ich stelle Ihnen gern einmal die Glückwunschscheine der IHK, des Landesverbandes der Freien Berufe, der türkischen Gemeinde und vieler anderer zur Verfügung. - Frau Präsidentin, ich formuliere meinen letzten Satz.

Direkte, kompetente und offene Ansprechpartner, Menschen, nicht Dienststellen, für Mittelstand und Integration sind eine gute Sache. Ihre Tätigkeit wird sich für die Bürgerinnen und Bürger und für unser Land auszahlen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Dr. Bernstein, es ging darum, ob Sie eine Frage des Abgeordneten Heinemann zulassen. - Ich erteile Herrn Abgeordneten Heinemann das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]: Herr Abgeordneter Bernstein, wissen Sie, mit welchen Mitteln der Drogenbeauftragte ausgestattet war?

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

So, wie Sie fragen, vermutlich ähnlich schlank wie die künftigen Beauftragten auch. Das wäre dann ein löblicher Fall.

(Bernd Heinemann [SPD]: Mit 0,0 ct!)

- Lassen Sie mich an der Stelle noch einmal auf Ihre Frage antworten. Ich habe aufgezählt, welche Beauftragten es in großer Fülle gegeben hat. Man könnte das übrigens noch weiter ergänzen. Ich habe aufgeführt, wie eine ganze Reihe dieser Beauftragten in der Vergangenheit ausgestattet war und darauf hingewiesen, dass es in Zukunft eine deutlich schlankere Lösung geben wird.

Ich lasse mich von Kollegen, die diesem Haus länger angehören oder das Geschehen schon länger verfolgt haben, gern belehren, wenn es auch in der Vergangenheit einmal eine schlanke Lösung gegeben hat. Das war in den Debatten der Vergangenheit wahrlich nicht immer die Regel. Die Worte von Frau Birk, die von durchaus 20 bis 30 Mitarbeitern sprach, sind bezeichnend. Daran können Sie sehen, in welchen Kategorien man gedacht hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Ich erteile jetzt für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

(Zurufe der Abgeordneten Monika Heindold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Weber!

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will einmal anders anfangen und sagen, es ist schon ein besonderer Vorgang. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt im Landtag einen Antrag mit der Zielsetzung „Keine neuen Beauftragten schaffen“. Exakt zwei Tage, bevor wir hier im höchsten legislativen Organ des Landes darüber diskutieren, verkündet die Landesregierung per Pressemitteilung: Die beiden neuen Beauftragten werden geschaffen. - Das ist unterste Schublade in politischer Kultur.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Ich will Sie beruhigen. Ich habe keinesfalls vor, mich über diese Dinge rhetorisch aufzuregen. Ich frage ganz einfach: Haben wir von der Landesregierung etwas anderes erwartet? - Nein, das haben wir natürlich nicht. Deswegen will ich auch darauf verzichten, ein endloses Register der jahrelangen Tiraden von CDU und FDP gegen das sogenannte **Beauftragtenunwesen** vorzutragen. Allen Ernstes, eine Regierung, die vom ersten Tag an nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“ regiert - warum soll ich denn dieser etwas von vorgestern vorhalten?

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das funktioniert nicht wirklich. Darauf will ich verzichten.

Allerdings reizt es mich dann doch, eine einzige Ausnahme zu machen. Mit Erlaubnis der Frau Präsidentin zitiere ich folgendermaßen:

„Grüne und SPD haben einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht, der die Installation eines Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen zum Ziel hat. Damit wird das Beauftragtenunwesen im

(Jürgen Weber)

Lande weiter ausgeweitet und der bürokratische Apparat erneut ausgedehnt ... Diese weitere Ausdehnung des Beauftragtenunwesens ist absolut untragbar! Sie werfen Steuergelder zum Fenster hinaus!“

Autor dieser kraftvollen Worte ist der heutige mandatus designatus Kollege Peter Lehnert aus seinen Oppositionsjahren.

(Beifall des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

Um nicht missverstanden zu werden, will ich gern Folgendes sagen: Die SPD ist keinesfalls grundsätzlich gegen Beauftragte. Wir sind übrigens - das will ich gern hinzufügen - auch nicht grundsätzlich dagegen, Überlegungen für zusätzliche Beauftragungsfunktionen anzustellen. Das kann - ich unterstreiche: kann! - ein sinnvolles Instrument sein, um **politische Aufgaben** angemessen zu erledigen.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Jęzewski [DIE LINKE])

Allerdings füge ich hinzu: Beauftragte können dort sinnvoll sein, wo erstens besondere fachliche Kompetenz erforderlich ist, wo zweitens in besonderem Maße unabhängige Ansprechpartner nötig sind und wo drittens in ebenso besonderem Maße eine zusätzliche Kontrolle exekutiven Handelns geboten ist. Nur dann, wenn das dann auch noch finanzierbar ist und sich der Aufwand im Hinblick auf das, was es kostet, lohnt, kann man so etwas tun.

Nichts, aber auch gar nichts von dem, was ich als **Kategorien** genannt habe, wird durch die designierten neuen Beauftragten auch nur im Ansatz erfüllt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unabhängigkeit? Parlamentarische Kontrolle? Fachliche Notwendigkeit? - Das glaubt doch wirklich absolut niemand hier im Haus.

Die Grünen stellen in ihrem Antrag ausschließlich auf den finanziellen Spielraum des Landes ab. Die Regierungsfaktionen weisen darauf hin, dass es eher geringe **Kosten** sind, die anfallen. Deswegen stelle ich für die SPD-Fraktion deutlich fest: Auch wenn sich die Kosten, was durchaus stimmen mag, in überschaubarem Rahmen halten mögen - für diese Form von politischem Winterschlussverkauf ist jeder Cent zu viel. Diese Beauftragten brauchen wir an dieser Stelle jedenfalls nicht.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Ich füge gern hinzu: Wenn die Union bisherige Spitzenkräfte ihrer Fraktion, die sie ohne Frage waren, aussortiert oder bei der Ämtervergabe nicht berücksichtigt, ist das ihre Sache und von uns überhaupt nicht zu kommentieren. Wenn die Kollegen anderweitig abgefunden werden sollen, dann tun Sie das. Das ist auch nicht unsere Sache. Aber - das dürfen wir als Mindestanforderung wohl verlangen - dann bitte nicht auf zusätzliche Kosten des Landes und auf diese dreiste Art und Weise.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Das Land soll offensichtlich die politische Abstellprämie für Ihre Personalprobleme bezahlen. So, Kollege von Boetticher, werden wir das nicht akzeptieren und hinnehmen. Deswegen werden wir dem Antrag der Grünen zustimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

- Ich spreche Sie als Fraktionsvorsitzenden an. Ich dachte, Sie haben in Ihrer Fraktion ein bisschen was zu sagen. Deswegen spreche ich Sie direkt an, Herr Kollege.

Ich komme zum Schluss und darf abschließend den geschätzten Landtagspräsidenten Geerds zitieren, der in dem ihm eigenen diskreten Charme an diesem Montag bei der Weihnachtsfeier hier im Landeshaus formuliert hat, er sei froh, dass bei ihm im Landtag die „wirklich wichtigen Beauftragten angesiedelt“ seien. Das inoffizielle Protokoll vermerkt „Beifall der Anwesenden“. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Ich erteile für die FDP-Fraktion der Frau Abgeordneten Loedige das Wort.

Katharina Loedige [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt in Schleswig-Holstein ein entwickeltes differenziertes **Beauftragtenwesen**. Es wird von den Menschen akzeptiert, und die Auswertung zeigt: Die Leistung ist wohl wertvoll. In einer sich schnell verändernden Gesellschaft kann es keinen Zweifel daran geben: Neue Problemfelder verlangen gegebenenfalls neue **Schwerpunktsetzungen** in unserem Beauftragtenwesen. Wenn dies im Grundsatz bejaht wird - wir tun das -, dann kann

(Katharina Loedige)

der finanzielle Aspekt, Frau Heinold, nicht das allein entscheidende Argument sein, wie im Antrag der Grünen steht. Wenn der finanzielle Aspekt für die Grünen so wichtig ist, müssten die Grünen konsequenterweise für die Abschaffung aller anderen Beauftragten sein, die sie teilweise selbst eingerichtet und finanziell sehr gut ausgestattet haben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Dass sich die SPD hier jetzt aufschwingt und den Landeshaushalt mit 12.000 € oder 24.000 € retten will, ist für mich überhaupt nicht einsehbar.

(Zuruf von der SPD: Sie haben überhaupt nicht zugehört!)

Rot und Rot-Grün haben in den vergangenen 20 Jahren diesen Landeshaushalt dahin gebracht, wo wir ihn heute vorfinden.

(Beifall bei FDP und CDU - Widerspruch bei der SPD)

Sie haben die Kommunen dieses Landes in den finanziellen Ruin getrieben. Das lag übrigens häufig an den mangelhaften mathematischen Kenntnissen des Fraktionsführers dieser SPD. Wurde doch den Kreisen weisgemacht, dass sie, wenn sie sich zusammenschließen, mindestens 100 Millionen € sparen würden. All das sollten wir der SPD hier glauben. Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Die Kritik der Grünen läuft ins Leere. Es gibt kein Gehalt für die Beauftragten. Es gibt eine Aufwandsentschädigung. Es gibt keine Mitarbeiter, und erst recht gibt es keine Titel und Prestige, wie die Grünen hier vielleicht suggerieren wollen.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was ist mit Dienstwagen?)

Ich möchte auf das zurückkommen, was vorhin in Bezug auf den Mittelstandsbeauftragten gesagt wurde. Frau Hendricks von der SPD war Staatssekretärin im Finanzministerium und war gleichzeitig Schatzmeisterin der SPD. Das sollte die SPD auch nicht vergessen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wichtiger ist mir, auf die **sachliche Notwendigkeit** hinzuweisen. Es gibt keinen Zweifel, dass die Integration von Zuwanderern aus den verschiedensten Kulturen und Herkunftsräumen dieser Welt eine immense Herausforderung für unsere Gesellschaft bedeutet - ich hoffe, das bestreiten Sie nicht -, insbesondere jene Zuwanderung von Menschen aus muslimisch geprägten Gesellschaften und Staaten, die die Mehrheit der Zuwanderer bilden. Die Medi-

en sind voll von Berichten über die Schwierigkeiten des Zusammenfindens. Dies braucht nicht näher belegt zu werden.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Frau Abgeordnete Loedige, gestatten sie eine Zwischenfrage?

Katharina Loedige [FDP]:

Nein, jetzt nicht. - Hier bedarf es einer feinfühligten Hilfestellung für die Integrationspolitik dieses Landes.

Folgende Dinge stehen dabei für uns im Vordergrund: Wir wünschen keine Teilgesellschaften in Schleswig-Holstein. Im gleichberechtigten Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion in unserem Land sehen wir einen Gewinn. Das mögen manche anders sehen. Wir wollen den Anspruch der Zuwanderer auf gleiche Lebensbedingungen erfüllen. Dies erfordert sowohl eine Anerkennung ihrer kulturellen und religiösen Identität als auch die Förderung ihrer Integration. Erfolgreiche **Integration und Partizipation** verlangen Anstrengungen sowohl von den Einheimischen als auch von den Zuwanderern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Hier wird ein speziell dafür vorgesehener Beauftragter von immenser Hilfe sein, damit die Integration auch ein Gewinn für beide Seiten wird: bei den Fragen der Einstellung von Zuwanderern durch deutsche Betriebe, ihre Übernahme in den Staatsdienst, der Nutzung von Spracherwerbsangeboten auch außerhalb von Schulen, speziell auch für Mütter von Zuwandererkindern, der sehr schwierigen Integration auf dem Land.

Ein Beauftragter für Integrationsfragen muss sich als Verbindungsmann zu Vereinen und religiösen Gruppierungen verstehen. Speziell in Einzelfragen ist er aufgerufen, für gegenseitiges Verständnis unterschiedlicher Auffassungen zu werben.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Frau Abgeordnete Loedige, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Baasch?

Katharina Loedige [FDP]:

Nein, jetzt nicht. Ich möchte meine Rede zu Ende führen. - Die sind nur einige wenige Akzente aus einer Problemliste, die erheblich länger sein könnte.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Frau Abgeordnete Loedige hat das Wort, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Katharina Loedige [FDP]:

Die Probleme des **Mittelstands** unterscheiden sich natürlich fundamental von den eben genannten, sind aber von genauso entscheidender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes, und zwar besonders in der heutigen ökonomischen Situation. Die Anliegen des Mittelstands in Schleswig-Holstein sind in den vergangenen Jahren in diesem Haus oft stiefmütterlich behandelt worden. Jenseits aller Planungen dieser Regierung - alles, was Wachstum schafft, wird gemacht, alles, was Wachstum verhindert, - wird weggeräumt, jenseits vom Bau der A 20, der Fehmarnbelt-Querung, der Verbesserung von Zugverbindungen und so weiter wird der Beauftragte für den Mittelstand zu einer Aufwertung des Wirtschaftsstandorts Schleswig-Holstein beitragen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich bin gleich am Ende. Er wird sich als Ansprechpartner und Lotse sowohl um spezielle behördliche Probleme einzelner Mittelständler kümmern, als auch als Moderater zwischen Mittelstand und Land fungieren. Und sollte er auch nur ein einziges größeres mittelständisches Unternehmen durch seinen Einsatz hier bei uns ansiedeln können, so hätte sich sein Amt bereits heute bezahlt gemacht.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich Frau Abgeordneter Jansen das Wort.

(Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]: Die Abgeordnete Jansen hat sich abgemeldet, dafür darf ich reden!)

- Bei wem hat sich die Frau Abgeordnete Jansen abgemeldet? - Also, ich erteile Herrn Abgeordneten Jezewski das Wort.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man so überlegt, dann sollen Beauftragte mehr tun, auch wenn Frau Simonis sagt, es ist schön, wenn sie mit Betroffenen reden. Sie sollen aber ein bisschen mehr tun. Sie sollen auch beraten. Ich kann mir also vorstellen, dass wir in diesem Landtag ganz viele Beauftragte brauchen können. Wir können eine Beauftragte für politischen Stil brauchen, die zum Beispiel den Regierungsfractionen erklärt, dass zwischen Regierungsfraction und Regierung ein Unterschied ist. Das fände ich ganz sinnvoll. Der Ministerpräsident könnte sicherlich einen Erinnerungsbeauftragten brauchen, damit er sich an Telefongespräche erinnert, die er einmal geführt hat.

(Beifall bei der LINKEN, SPD und SSW)

Man kann aber dazu kommen, es geht speziell um einen **Integrations-** und um einen **Mittelstandsbeauftragten**. Es wundert mich, dass Sie die Einsicht haben, dass Sie in diesen beiden Sachgebieten überhaupt keine Ahnung haben und deshalb Ihre Arbeit durch die Beauftragten zumindest ein bisschen verbessern wollen. Einsicht ist der erste Weg zur Besserung. Sie brauchen auch für andere Politikfelder Beauftragte, nur wird diese Form des **Beauftragtenwesens** die Regierungsarbeit und auch die Arbeit der Regierungskoalitionen kein bisschen verbessern, dessen bin ich mir völlig sicher, und zwar unabhängig davon, ob sie etwas kostet oder nicht. Sie können hier noch so viele Menschen hinstellen, das wird die Arbeit Ihrer Fraktionen nicht verbessern, weil Ihre Fraktionen beratungsresistent sind. So einfach ist das, und da werden die besten Leute nichts ausrichten können.

Nun wollen wir das Beauftragtenwesen aber auch einmal differenziert angucken. Das wird sehr schnell durcheinandergeworfen. Ich habe mich mit Freunden darüber unterhalten, die gesagt haben: Seid ihr denn wahnsinnig, Beauftragte abzuschaffen? Den Datenschutzbeauftragten abschaffen? Seid Ihr nicht ganz dicht? - Natürlich kann man so etwas nicht. Wir haben in diesem Land Beauftragte, die ganz hervorragende Arbeit leisten. Denen möchte ich im Namen meiner Fraktion unsere Anerkennung aussprechen.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das, was Sie machen, ist im Grunde genommen etwas, was nichts mit Beauftragten zu tun hat. Sagen Sie doch: **Ehrensprecher** für den Mittelstand, Ehrensprecher für Integration. Geben Sie denen für

(Heinz-Werner Jezewski)

zwei Stunden in der Woche einen Dienstwagen und einmal in der Woche eine erhöhte Spesenrechnung. Zahlen Sie das aus der Fraktionskasse, das ist sauber, das ist anständig. Dann haben wir eine Lösung, mit der wir klarkommen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was Sie hier fordern, lehnen wir ab, weil es einfach zu durchsichtig ist.

(Beifall bei der LINKEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion des SSW erteile ich Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis zur Kabinettspressekonferenz am Dienstag dieser Woche wussten wir nichts Genaues über die Berufung von neuen Beauftragten durch die Landesregierung. Der **Koalitionsvertrag** zwischen CDU und FDP sieht vor, dass es sie geben soll, und aus der Gerüchteküche des Landtages war schon frühzeitig zu hören, dass vorgesehen war, den Kollegen Arp zum Beauftragten für den Mittelstand zu ernennen, während der Kollege Lehnert das Gleiche für den Bereich Integration machen sollte. Seit Dienstag wissen wir nun also, dass die neuen Beauftragten ein Büro erhalten. Ihnen stehen ein Dienstwagen und eine Schreibkraft zur Verfügung.

Vor diesem Hintergrund ist es nur folgerichtig, dass die Kollegin Heinold dazu für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Kleine Anfrage stellte. Sie machte es vor der Pressekonferenz, das ist schon gesagt worden. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang weniger die Fragen als vielmehr die Antwort der Landesregierung, denn sie war mehr als kalt-schnäuzig. Ich zitiere mit der Erlaubnis der Präsidentin und der Antragstellerin:

„Die Fragen können derzeit nicht beantwortet werden. Die Landesregierung hat diese Angelegenheit noch nicht beraten.“

So heißt es lapidar. Aus Sicht des SSW stellt sich damit die Frage, wie der entsprechende Passus des Koalitionsvertrages überhaupt zu verstehen ist, denn im Grunde wäre doch zu erwarten gewesen, dass nicht nur der Bedarf, sondern auch der konkrete Rahmen für die Einrichtung von zwei neuen Beauftragtenstellen in den Koalitionsverhandlungen festgelegt worden wäre. Ansonsten müsste man

doch wissen, dass man sich dem Vorwurf aussetzt, Wein zu trinken und Wasser zu predigen, wenn es um Personaleinsparungskonzepte oder um Ähnliches geht.

Liebe Kollegin Heinold, bitte entschuldige, mir fiel auch dieses Bild ein. Es bleibt also die Vermutung, dass es bei dieser Berufung letztlich darum geht, Trostpflaster für zwei verdienstvolle Abgeordnete zu verteilen, die bei der Verteilung von Posten nach der Landtagswahl irgendwie zu kurz gekommen waren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit kein falscher Zungenschlag entsteht: Der SSW steht weiterhin zu den **Beauftragten in Schleswig-Holstein**. Mit der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten, dem Flüchtlingsbeauftragten und dem Beauftragten für Menschen mit Behinderung, die nunmehr allesamt beim Landtag angesiedelt sind, hat unser Petitionswesen drei starke Säulen. Hinzu kommt der Datenschutzbeauftragte, der im Sinne des Informationsfreiheitsgesetzes auch Ombudsmann für den freien Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu öffentlichen Informationen ist. Wir stehen dazu, dass die Institution der **Minderheitenbeauftragten** etwas andere Wurzeln als die anderen Beauftragten hat. Dennoch wäre es vielleicht an der Zeit, einmal grundsätzlich darüber nachzudenken, ob nicht auch diese Beauftragtenstelle künftig **beim Landtag** angesiedelt sein sollte, zumal die aktuelle Personalunion von hauptamtlicher Kulturbeauftragter im neuen Kulturministerium und ehrenamtlicher Minderheitenbeauftragter des Ministerpräsidenten nicht glücklich ist, um es einmal milde zu formulieren.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Mit alledem haben die beiden neu geschaffenen Beauftragtenstellen jedoch herzlich wenig zu tun, denn mit ihnen werden die Parlamentarischen Staatssekretäre, von denen sich Schleswig-Holstein aus guten Gründen Ende der 90er-Jahre verabschiedet hatte, durch die Hintertür wieder hereingelassen. Nicht die Haushaltssituation sollte also an erster Stelle diskutiert werden, sondern die alte **Grundsatzfrage der Trennung von Amt und Mandat**.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Darum sage ich in Richtung FDP: Das Einknicken der FDP hat mich in dieser Frage besonders empört. Das will ich nicht verhehlen.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn die **Landtagsfraktionen** von CDU und FDP durch die Haushaltsstrukturkommission, durch informelle Kabinettsitzungen und Beauftragte immer mehr in die **Regierungsarbeit** eingebunden werden, dann verlieren sie das letzte Bisschen an Unabhängigkeit, das die Abgeordneten brauchen, um die Landesregierung zu kontrollieren.

Ich sage das noch einmal, weil der Kollege Bernstein das nicht richtig verstanden hat. Ich gebe ihm aber gern ein bisschen Nachhilfeunterricht. Lieber Kollege Bernstein, lieber Kollege von Boetticher, ich gehe jede Wette ein: Die Zeit wird kommen, denn heute ist noch Friede, Freude, Eierkuchen. Es wird aber die Zeit kommen, in der Sie sagen, wir wollen nicht nur Erfüllungsgehilfe der Landesregierung sein, wir wollen eigene Konzepte entwickeln. Wir wollen deutlich machen, dass wir mit unserem eigenen Kopf denken.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Zeit wird kommen, wenn die nächste Landtagswahl vor der Tür steht. Dann werden Sie nämlich fragen: Wo ist denn jetzt unser Profil?

(Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Dr. Robert Habeck [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Sie können sich weiter streiten, aber ich denke, es ist deutlich zu machen, dass diese Zeit kommen wird. Schon jetzt müssen die Weichen richtig gestellt werden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das machen Sie mit diesem Beschluss nun wirklich nicht.

Wir werden dem Antrag der Grünen selbstverständlich zustimmen.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für einen Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion und Oppositionsführer, Herrn Dr. Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Loedige, ich habe Ihnen zugehört, obwohl das schwierig gewesen ist. Sie sollten nicht auf Zwischenrufe Ihres Fraktionsvorsitzenden achten. Sonst sind Sie nämlich in der Gefahr, die Unwahrheit zu sagen, was Sie hier getan haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Oh!)

Sie haben die Unwahrheit gesagt, indem Sie behauptet haben, die Bundesschatzmeisterin der SPD, Frau Hendricks, sei gleichzeitig Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium gewesen. Frau Hendricks ist auf dem Bundesparteitag in Hamburg zur Schatzmeisterin gewählt worden, und mit Antreten dieses Amtes hat sie ihr Amt als Staatssekretärin zurückgegeben, und Frau Nicolette Kressl ist Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium geworden.

Ich sage das nur, weil es nicht in Ordnung ist, in dieser Art und Weise mit Schmutz auf andere zu werfen, wenn man selbst einen solchen Unfug macht. Das weise ich zurück. Informieren Sie sich das nächste Mal besser, oder hören Sie nicht auf Herrn Kubicki! Dann ist die Gefahr, dass Sie hier die Unwahrheit sagen, nicht so groß.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und des SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Rainer Wiegard das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] - Gegenruf von Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Das haben wir nicht verstanden! - Wolfgang Baasch [SPD]: Da wäre sie mit einer Zwischenfrage besser weggekommen!)

- Minister Wiegard hat jetzt das Wort!

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Wenn die Kollegen fertig sind. - Meine Damen und Herren! Die letzten 30 Minuten waren, wie ich finde, ein eindrucksvolles Signal an den schleswig-holsteinischen Mittelstand und an die 350.000 Menschen mit Migrationshintergrund in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

(Minister Rainer Wiegard)

Ich finde es schon recht bemerkenswert, dass in den beiden Redebeiträgen von Frau Heinold und Herrn Weber zu den bedeutenden **Themen Mittelstandspolitik** und **Integrationspolitik** inhaltlich nichts, gar nichts ausgeführt wurde. Es war nur Klamauk und Zirkus. Meine Damen und Herren, Ihnen ist in der Sache nichts eingefallen, außer den Versuch zu machen, zwei anerkannte Kollegen zu beschädigen. Das ist schon bemerkenswert.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, **Beauftragte** sind nichts Ungewöhnliches. Das ist von allen Seiten durchaus so dargestellt worden. Der **Landtag** hat Beauftragte, die **Landesregierung** hat Beauftragte. Nicht alle, die Beauftragte heißen, sind tatsächlich solche. Darauf haben Sie eben noch einmal hingewiesen.

Die Landesregierung hat jedenfalls zum 1. Januar 2010 zwei Beauftragte für zwei herausragende Aufgabenstellungen ernannt, nämlich einmal den Beauftragten für den Mittelstand, beim Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr angesiedelt - so ist das auch in der Sache richtig -, und einen Beauftragten für Integrationsfragen beim Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration. Dabei wird sich auf zwei **Schlüsselfeldern** der Landespolitik etwas ändern.

Wir setzen die Beauftragten aus gutem Grund ein; denn beide Beauftragte werden helfen, die Kontakte zu den Menschen, die Kontakte zu den Unternehmen und die Kontakte zu den Verbänden in ihrem **Zuständigkeitsbereich** zu vertiefen und dauerhaft zu pflegen. Sie sind **Ansprechpartner** in beide Richtungen, sowohl von der Landesregierung aus in die Gesellschaft, in die Wirtschaft, zu den betroffenen Menschen und zu den sie vertretenden Verbänden, und genauso umgekehrt, sozusagen als Lobbyisten für diese beiden Schwerpunktbereiche, in die Landesregierung hinein. Beide Seiten werden von dieser Arbeit profitieren. Beide Beauftragte werden nämlich ihren Zuständigkeiten ein Gesicht geben. Sie werden kompetent und offen das Vertrauen der Handelnden gewinnen und für die politischen Ziele arbeiten, die wir damit verbinden. Wir geben damit ganz bewusst ein deutliches Signal: **Mittelstand** und **Integration** sind in der politischen **Agenda** der neuen Landesregierung an vorderster Stelle fest verankert.

Ein Beauftragter wird häufig ernannt, wenn man feststellt: Eine Gruppe von Personen oder Rechtsgütern braucht eine besonders gezielte Ansprache und die Möglichkeit, jemanden ansprechen zu kön-

nen. Dies trifft auch hier zu, und zwar in beiden Fällen.

Der Mittelstand ist in der globalen Wirtschaftskrise, die wir heute an anderer Stelle schon behandelt haben, erheblichen Gefahren ausgesetzt. Weil er das Rückgrat unserer Wirtschaft, insbesondere unserer schleswig-holsteinischen Wirtschaft ist, müssen wir uns um seine Stabilität ganz besonders und intensiv kümmern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb wird sich der Beauftragte in Zukunft für ein mittelstandsfreundliches Klima in Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und in unserer Verwaltung einsetzen.

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Jezewski?

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Ich finde, Herr Kollege, diese Seite des Hauses hat in der letzten halben Stunde sehr eindrucksvoll klargemacht, wie sie dieses Thema behandelt. Ich möchte keine Zwischenfragen gestatten.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Weil man anderer Meinung ist?)

- Nicht, weil man anderer Meinung ist, sondern weil ich der Art und Weise, wie diese beiden Themen und die beiden hiervon betroffenen Kollegen eben hier behandelt worden sind, jedenfalls während meiner Redezeit keine Fortsetzung zubilligen möchte.

Meine Damen und Herren, der Mittelstandsbeauftragte wird die Interessen des Mittelstandes und auch des mittelständischen Tourismus stärker zur Geltung bringen und insbesondere auch Unternehmen, die von Migranten betrieben werden, zur Seite stehen. Den ideellen Wert von Ausbildung wird der Beauftragte fördern. Vor allem aber wird er sein Augenmerk darauf legen, dass wir neue bürokratische Belastungen für die Unternehmen in unserem Land frühzeitig erkennen und künftig bereits vorsorgend vermeiden.

Der Abgeordnete Hans-Jörn Arp ist dafür der richtige Mann. Er hat Erfahrung in diesem Bereich und wird diese Aufgabe wahrnehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, insbesondere die Kultur der gegenseitigen Anerkennung von Menschen mit

(Minister Rainer Wiegard)

und ohne Migrationshintergrund müssen wir stärken.

(Serpil Midyatli [SPD]: Das finde ich auch! – Heiterkeit bei der SPD)

Eigentlich waren wir uns in diesem Punkt bisher auch einig.

(Zuruf von der SPD)

- Dann wollen wir das auch fördern, Herr Kollege.

Der Beauftragte für Integrationsfragen fördert den öffentlichen Dialog des gleichberechtigten Miteinanders. Integration ist keine Einbahnstraße. Dafür wird der Beauftragte bei den Menschen in der aufnehmenden Gesellschaft und bei den Menschen mit Migrationshintergrund werben.

Uns geht es vor allem um jene, die ein dauerhaftes Bleiberecht haben, die schon in der zweiten oder dritten Generation hier leben. Das sind in Schleswig-Holstein etwa 350.000 Menschen. Ungefähr jeder Achte hat einen Migrationshintergrund. Den Ausschluss von Menschen von sozialer, schulischer, kultureller und wirtschaftlicher Teilhabe können und wollen wir uns nicht länger leisten.

Der Vorsitzende der türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein, der größten ausländischen Gemeinde in unserem Land, hat es ausdrücklich begrüßt, dass die neue Landesregierung einen Integrationsminister benannt hat. Er hat es ebenso ausdrücklich begrüßt, dass wir einen Integrationsbeauftragten bestellt haben.

(Zurufe von der SPD)

Wir haben uns dazu entschieden, weil wir wissen: Integration stärkt Zusammenhalt und bleibt eine herausragende Zukunftsaufgabe für dieses Land. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Aufgabe bei Peter Lehnert in den besten Händen ist.

(Beifall bei CDU und FDP – Dr. Ralf Stegner [SPD]: Da liegen wir wieder auseinander!)

- Es ist gut, dass wir in der Sache häufig einmal auseinander liegen. Sie haben mit Ihrer Politik schon bewiesen, dass Sie es eigentlich nicht können. Deshalb ist es ganz gut, dass wir das jetzt übernommen haben und es in dieser Koalition fortsetzen.

(Beifall des Abgeordneten Christopher Vogt [FDP])

Meine Damen und Herren, die neuen Beauftragten Hans-Jörn Arp und Peter Lehnert werden ihren er-

wiesenen Sachverstand in diesen beiden Aufgabenbereichen unmittelbar in die Arbeit der Landesregierung einbringen. Sie haben auch unmittelbar Zugang. Ich glaube, das ist genau der richtige Weg, möglichst schnell den jeweils Betroffenen die notwendige Hilfe zuteil werden zu lassen.

Wie hier den ganz großen Skandal wittert, den muss ich enttäuschen. Es handelt sich um ein **Ehrenamt**. Die Aufwandsentschädigung hält sich in engen Grenzen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie hoch ist sie denn?)

Sie orientiert sich an der Aufwandsentschädigung des Flüchtlingsbeauftragten des Landes Schleswig-Holstein beim Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Guter Rat muss nicht immer teuer sein. Dass guter Rat jedoch dennoch wertvoll sein kann, das werden die beiden neuen Beauftragten in aller Kürze mit großem Engagement unter Beweis stellen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Ich gebe den Fraktionen den Hinweis, dass die Regierung ausführlich Stellung genommen und dafür zwei Minuten und 50 Sekunden länger gebraucht hat, die den Fraktionen damit wieder zur Verfügung stehen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist nur eine quantitative Verlängerung!)

Ich erteile jetzt der Fraktionsvorsitzenden des SSW, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Redebeitrag des Ministers hat mich gereizt, einen Versuch zu unternehmen, diese Diskussion wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

(Vereinzelter Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Ich habe in diesem Haus in keinem Redebeitrag gehört, dass nicht alle in diesem Haus der Meinung wären, dass die Bereiche Mittelstand und Integration von großer **gesellschaftlicher Bedeutung** sind.

(Beifall bei SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

(Anke Spoorendonk)

Das habe ich nicht vernommen, Herr Minister. Darum ist es nicht redlich, so zu tun, als hätte es dort einen Dissens gegeben. Den gibt es nicht.

Ich muss sagen: Diese Diskussion hat eben nicht mit den Sachbereichen Integration und Mittelstand zu tun. Diese Diskussion hat damit zu tun, dass mit den beiden Beauftragtenstellen **aktive Parlamentarier** benannt werden. Da bin ich wieder bei dem, was ich vorhin sagte. Das ist die Diskussion, die mit der **Trennung von Amt und Mandat** zu tun hat. Das ist die Diskussion, die letztlich auch mit dem Selbstverständnis dieses Parlaments zu tun hat.

Ich kann es noch einmal ausführen, weil es anscheinend wichtig ist, dass noch einmal plastisch darzustellen. Ich könnte mir vorstellen, dass die Landesregierung jetzt ein weiteres Mittelstandsprogramm auflegt und, dass die CDU-Fraktion mit diesem Mittelstandsprogramm nicht einverstanden ist. Die Landesregierung könnte sagen, wir wollen nur den Hamburger Rand fördern und sonst nichts. Dann möchte ich sehen, wie die Westküste oder der Landesteil Schleswig reagieren. Dann frage ich mich: Wo ist dann die Loyalität des Kollegen Arp. Das ist ihm gegenüber doch auch nicht in Ordnung. Dann kann er sagen, er definiert sich selbst als CDU, unabhängig davon, ob er Regierung oder Fraktion ist, aber das ist doch gerade das Problem.

Diese Diskussion hat darum nichts mit **Inhalten** zu tun sondern damit, dass wir hier etwas anfangen, was wir in Schleswig-Holstein beendet hatten.

(Dr. Christian von Boetticher [CDU]: Herr Wiegard ist auch Abgeordneter!)

Wer gern noch einmal nachlesen möchte, wie es um das Petitionswesen bestellt ist, dem kann ich empfehlen, die Ergebnisse der schriftlichen Anhörung, die wir in der letzten Wahlperiode zur Weiterentwicklung des Petitionswesens in Schleswig-Holstein durchgeführt haben, noch einmal nachzulesen. Da gibt es sehr lesenswerte Beiträge über **Ombuds-Institutionen**, was das heißt, über Institutionswesen, und warum es wichtig ist, auch so ein Petitionswesen in einer Gesellschaft zu haben. Dazu stehen wir. Das ist der Grund dafür, dass wir in Schleswig-Holstein zum Beispiel mit der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten jemanden haben, den man in vielen anderen Bundesländern nicht hat. Wir stehen zu dieser Ombuds-Institution, die wichtig ist.

Darum sage ich noch einmal: Bitte tut nicht so, als würde man hier kritisieren, was inhaltlich gewollt ist! Bitte befasst euch mit dem, was eigentlich Sa-

che ist! Das hat mit Parlamentsverständnis und letztlich auch mit Demokratie zu tun.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Das Wort erteile ich im Rahmen der zusätzlichen Redezeit dem Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, Herrn Heinz-Werner Jezewski.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Minister Wiegard, ich habe Ihren Ausführungen aufmerksam zugehört und versucht zu verstehen, was die **Motivation** für diese Beauftragten ist. Einmal haben Sie etwas zur Motivation gesagt. Über diese beiden Leute hat übrigens niemand - genau wie von den Themen - gesagt, dass die nicht richtig wären und irgendetwas an denen nicht in Ordnung wäre.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU] und Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es geht um das **Verfahren**.

Der Punkt ist nur: Sie haben gesagt, Sie werden diesen Themen ein Gesicht geben. Ich habe noch ein gewisses Verständnis dafür, wenn ein Ministerpräsident, der die Politik des ganzen Landes vertritt, sagt: Bestimmte Themen sind für mich so wichtig, denen will ich innerhalb meines Hauses, der Staatskanzlei, ein Gesicht geben, ich richte einen Beauftragten ein. Aber wer, wenn nicht der Wirtschaftsminister, sollte denn, wenn Sie Mittelstandspolitik ernst nehmen, das Gesicht für Mittelstandspolitik sein?

(Beifall bei der LINKEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und wer, wenn nicht der Minister, der für Integration zuständig ist und den ich für sehr qualifiziert halte, sollte denn das Gesicht für Integrationspolitik sein?

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Diese Argumentation ist so an den Haaren herbeigezogen. Auch darum geht es nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Heinz-Werner Jezewski)

- Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, so kann ich das nicht verstehen, Herr Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was ist mit Naturschutz, ist die Frage!)

- Es geht doch nicht um einen Naturschutzbeauftragten, sondern jetzt um einen Beauftragten für Integration und einen Beauftragten für den Mittelstand. Über diese beiden Dinge diskutieren wir doch. Und dazu möchte ich einfach wissen, wozu sie gut sind. Aber das haben wir vorher schon herausgearbeitet, nur wollen Sie das nicht hören.

(Beifall bei der LINKEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Im Rahmen der zusätzlichen Redezeit erteile ich dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt in der Tat einige grundsätzliche Fragen, Anke Spoorendonk, die man debattieren muss. Die muss man allerdings nicht bei der Frage der Beauftragten debattieren. Das grundsätzliche Problem ist die Frage: Dürfen Minister Abgeordnete sein? Wir haben nämlich auch Minister, die Abgeordnete sind. Genau so: Dürfen Parlamentarier Exekutivbefugnisse übernehmen - ja oder nein -, was bei den Beauftragten nicht vorgesehen ist? Die nächste spannende Frage ist die: Darf der **Landtag** sich das Recht anmaßen, dauernd mehr und mehr **Exekutivbefugnisse** in seine eigenen Reihen zu holen? Das heißt, je mehr Beauftragte wir in die Reihen des Landtags holen, desto mehr Exekutivbefugnisse werden von der zweiten auf die erste Gewalt übertragen. Auch das ist ein verfassungsrechtliches Problem. Das können wir gern debattieren.

(Thorsten Fürter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das lösen wir!)

- Herr Fürter, dankenswerterweise brauchen wir Sie nicht dazu, um das zu lösen. Das müssen Sie wirklich zur Kenntnis nehmen. Wir nehmen gern Anregungen auf, aber wir brauchen Sie dazu nicht. Wir werden mit dem Problem, das Sie geschaffen haben, schon allein fertig.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Dr. Christian von Boetticher [CDU])

Die nächste wirklich spannende Frage ist die: Liebe Anke Spoorendonk, Sie haben gesagt, die FDP sei

auch in diesem Fall umgefallen - wir fallen ja nur noch um, ist klar.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Dankenswerterweise haben uns die Menschen - Herr Kollege Stegner, das mag Sie ärgern wie es will, aber das honorieren die Menschen -, mit 14,9 % gewählt und Sie mit knapp unter 25 % abgestraft.

(Zurufe von der SPD: Wollen wir mal sehen, wie lange das so bleibt!)

- Die nächsten Jahre bleibt es so. Und wir wollen einmal sehen, wo die Sozialdemokratie in der nächsten Zeit bei den nächsten Wahlen ableibt. Das werden wir auch in Ruhe sehen. Aber darauf will ich mich jetzt gar nicht weiter einlassen.

Ich will die spannende Frage klären, ob wir zur Kenntnis nehmen sollten, dass Verbände, an denen uns auch etwas liegt, die Einrichtung dieser Beauftragten begrüßt haben. Und ich will auch in die Reihen hinein fragen, und ich frage den Kollegen Schröder ganz persönlich, ob er denn für gerechtfertigt hält, dass der Kollege Arp in dieser Art und Weise klassifiziert wird, er sei nicht der geeignete Mann für eine solche Funktion. Ich kann mich in der letzten Legislaturperiode daran erinnern, dass die wirtschaftspolitischen Sprecher von CDU und SPD regelmäßig von Firmen angesprochen worden sind, dass man ihnen helfen soll. Ich kann mich daran erinnern, dass denen gesagt worden ist, man gehe nicht unmittelbar zu den Ministerien, weil man da eine Mauer überwinden müsse. Sie sehen das jetzt doch auch. Die spannende Frage ist doch die, ob wir nicht einen entsprechenden **Ansprechpartner** für die Unternehmen in der Person des Kollegen Arp oder für Menschen mit Migrationshintergrund in der Person des Beauftragten Lehnert schaffen sollen - ja oder nein.

(Unruhe - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: An mich wenden sich doch auch Firmen! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich bin gern bereit, über die Frage des **Beauftragtenwesens** insgesamt zu debattieren. Aber zu differenzieren und zu sagen, es gibt gute Beauftragte wie den Naturschutzbeauftragten und schlechte Be-

(Wolfgang Kubicki)

auftragte wie den Mittelstandsbeauftragten oder den Integrationsbeauftragten - oder die Minderheitenbeauftragte, Anke Spoorendonk -, das ist eine Kategorie von Argumentationen, die ich nicht nachvollziehen kann und auch nicht nachvollziehen will.

Eine letzte Bemerkung. Auch mir ist eine bestimmte Anmaßung eigen. Aber zu glauben, dass das eigene Parlamentsverständnis alle teilen müssen, ist ein Form von Anmaßung, die ich nicht bereit bin zu akzeptieren. Ich habe in gewisser Weise ein anderes Verständnis von parlamentarischen Umgangsformen als beispielsweise der Kollege Stegner, und dabei wird es auch bleiben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich für einen Dreiminutenbeitrag dem Herrn Abgeordneten Dr. Axel Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich werde die drei Minuten nicht ausnutzen. Ich möchte nur, wenn jetzt im Laufe der Debatte so oft darauf hingewiesen wird, was man sich gegenseitig unterstellen sollte oder nicht unterstellen sollte, noch einmal kurz auf die Zwischenfrage des Kollegen Heinemann von vornhin eingehen. Ich mache mich ja gern schlau, wenn ich bei einem Punkt vielleicht nicht von vornherein sattelfest bin.

Sie hatten eben den Eindruck erweckt, als ob der Drogenbeauftragte in früherer Zeit ein Budget von 0,0 ct gehabt hätte. Ich darf kurz auf die Beantwortung einer Kleinen Anfrage in der 15. Wahlperiode, Nummer 1147, durch die Ministerin für Arbeit, Soziales und Gesundheit hinweisen. Sie beginnt:

„Die Fragestellerin“

- gemeint ist die CDU-Fraktion -

„geht offensichtlich davon aus, dass der Drogenbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein den besonderen Status der durch Gesetz oder durch Beschluss eingerichteten Beauftragten hat. Dies ist nicht der Fall.“

Das klingt ja erst einmal gut. Da denkt man, das ist ja weniger als bei den anderen Beauftragten. Im Weiteren stellt sich dann heraus, dass es sich hierbei nicht, wie bei der Debatte, die wir heute führen, um eine ehrenamtliche Funktion handelt, sondern um eine Vollzeitstelle im Sozialministerium. Also, wenn wir in der Weise Äpfel mit Birnen verglei-

chen wollen, kann ich nur noch einmal darauf hinweisen: Ich bin stolz darauf, dass wir hier den Weg der **Ehrenamtlichkeit** gefunden haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort. Im Rahmen eines Dreiminutenbeitrages oder im Rahmen der zusätzlichen Zeit? - Dreiminutenbeitrag!

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Kubicki, was Sie hier vorgebracht haben, ist schon ziemlich dreist. Sie unterstellen den Kollegen von der CDU, sie würden nur anfangen zu arbeiten, wenn sie dafür extra honoriert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und der LINKEN)

Sie sagen, das sind Kollegen, die bekommen viele Schreiben aus der Wirtschaft, werden aufgefordert, sich für ihre Region, für den Mittelstand, wofür auch immer, einzusetzen. Es ist doch klar, wenn sie anfangen sollen zu arbeiten, dann brauchten sie ein Büro im Ministerium, einen Dienstwagen, einen Extraposten.

So versteht meine Fraktion die Arbeit von Abgeordneten nicht.

Ich kann Ihnen für meine Fraktion sagen, dass zum Beispiel Luise Amtsberg von unglaublich vielen Flüchtlingsorganisationen als Ansprechpartnerin verstanden wird. Heißt das im Umkehrschluss, dass sie jetzt Beauftragte der Landesregierung wird, weil sie sich um die Flüchtlinge des Landes kümmert?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das würde sie vielleicht gern!)

- Herr Kubicki, so kann es doch nicht funktionieren.

Die entscheidende Frage ist doch, wenn wir Beauftragte haben: Wem sind sie verantwortlich?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bei der **Regierung** haben wir klare **Verantwortlichkeiten**. Wenn das nicht so funktioniert, wie wir uns das vorstellen, können wir sie in die **Ausschüsse** zitieren, können ihnen Fragen stellen, und dann müssen sie da Rede und Antwort stehen. Wir hatten

(Monika Heinold)

auch, als es die Parlamentarischen Staatssekretäre gab, klare Regularien, wie es gehen soll. Aber jetzt haben wir nichts. Auf meine Kleine Anfrage beantwortet die Landesregierung keine meiner Fragen, nicht mal die einfache Frage, warum es die Beauftragten geben soll. Nicht mal die!

In der Pressekonferenz hieß es, es gebe einen Dienstwagen, es gebe ein Büro im Ministerium und auch Sachzuarbeit. Heute heißt es, es gibt auch noch eine Entschädigung.

Sehr geehrter Herr Wiegard, stellen Sie sich hier hin und sagen Sie uns: Wie hoch ist die Entschädigung? Ich habe den Haushalt nicht dabei; Sie können es gern wiederholen. Wie ist das mit der Zuarbeit im Ministerium? Wie ist das mit der Weisung? Wem sind die Beauftragten verantwortlich? Zumindest hat das Parlament einen Anspruch darauf, zu wissen, was sie dort in der Regierung treiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich dem Herrn Abgeordneten der SPD-Fraktion Bernd Heinemann das Wort.

Bernd Heinemann [SPD]:

Herr Abgeordneter Bernstein, ich mache jetzt seit 20 Jahren Suchtpolitik in Schleswig-Holstein. Sie können mir glauben, wenn der Referatsleiter des Sachgebietes Sucht im Ministerium tätig ist und einen Titel mit trägt, der nicht gewünscht war und deswegen wieder abgeschafft worden ist, macht er immer noch das Referat und betreut in Schleswig-Holstein die Suchthilfe. Das ist kein Beauftragter in irgendeiner Form. Es ist ein qualifizierter Mitarbeiter wie viele andere. Er hat auch keinen Dienstwagen, der hat gar nichts. Der hat 0,0 ct extra. Der Titel wurde sozusagen aus dem Briefkopf gestrichen, und das war es. Mehr ist da nicht.

Deswegen sage ich, wenn Sie sich so manchen Beauftragten genauer angucken, dann kommt die richtige Zahl dabei heraus.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt. Wer dem Antrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/78, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich möchte, dass ausgezählt wird, Frau Präsidentin!)

- Dann bitte ich auszuzählen. - Danke. Dann frage ich: Wer ist dagegen? Ich bitte jetzt auch auszuzählen. - Enthaltungen stelle ich nicht fest. Damit ist der Antrag Drucksache 17/78 mit 47 Stimmen von CDU und FDP gegen 44 Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW ohne Enthaltungen abgelehnt worden. Ich sage noch einmal: 47 zu 44. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgearbeitet.

(Unruhe)

Ich bitte jetzt um Aufmerksamkeit. Das Abstimmungsergebnis liegt vor. Die Beisitzer haben zweimal durchgezählt. Sie sind beide zum selben Ergebnis gekommen. Damit ist das Abstimmungsergebnis so, wie eben von mir festgestellt.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 27 aufrufe, möchte ich den Hinweis an die Fraktionen geben, dass wir jetzt eine Dreiviertelstunde über der Zeit sind. Ich bitte die Fraktionen, sich zu verständigen, ob wir nach dem Punkt 27 auch noch den Punkt 38 A aufrufen, und bitte, mir das Ergebnis der Vereinbarung mitzuteilen.

Ich rufe jetzt Punkt 27 der Tagesordnung auf:

Aktuelle Entwicklung der H1N1-Grippe in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/89

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

(Unruhe)

Es wäre ganz schön, wenn wir ein bisschen mehr Aufmerksamkeit für die Kollegen bekommen könnten, die noch weiter mit dabei sein wollen.

Mit dem Antrag wird ein mündlicher Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Ich stelle fest, dass das einstimmig so beschlossen ist.

(Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese)

Für die Landesregierung, in Vertretung für Herrn Minister Dr. Heiner Garg, erteile ich Herrn Minister Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bitte gestatten Sie mir zunächst eine kurze Vorbemerkung zur Beantwortung des Berichtersuchens der SPD-Fraktion: Bereits seit längerer Zeit gibt es von den Grünen einen Antrag mit ähnlichen Fragen, allerdings mit einem etwas weiteren Zeithorizont. Schon im Sozialausschuss am 12. November 2009 hat Kollege Dr. Garg den Abgeordneten zum selben Thema berichtet. Darüber hinaus veröffentlicht das Gesundheitsministerium wöchentlich Berichte über die aktuelle Entwicklung in Sachen Neue Grippe. Deshalb möchte ich Ihnen ein Angebot des Kollegen Dr. Garg übermitteln - -

(Unruhe)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Herr Minister, einen kleinen Augenblick bitte. - Wenn es dort oben noch etwas zu beraten gibt, bitte ich das außerhalb des Plenarsaals zu machen. An die Parlamentarischen Geschäftsführer: Ich bitte, das entweder draußen zu tun oder etwas leiser. - Herr Minister, Sie haben wieder das Wort.

Dr. Ekkehard Klug, Minister für Bildung und Kultur:

Kollege Dr. Garg bietet Ihnen an - wenn dies gewünscht wird - im **Sozialausschuss** bis auf Weiteres laufend über die **Entwicklung in Sachen Neue Grippe** in Schleswig-Holstein zu berichten. Die Nachfrage nach solchen Informationen besteht offenbar, und der Ausschuss ist sicherlich das geeignete Forum für eine detaillierte Darstellung mit der Möglichkeit, zu Details noch nachfragen zu können. Das gibt vielleicht auch für die Frage, mit welchem weiteren Impfstoffverbrauch im Lande zu rechnen ist. Danach war vonseiten der SPD-Fraktion nicht gefragt, und das ließe sich in der gegebenen Zeit im Plenum auch gar nicht sinnvoll darstellen.

Nun zu den im Berichtsantrag gestellten Einzelfragen: Punkt eins. Wie viele **Krankheitsfälle** der H1N1-Grippe gibt es aktuell in Schleswig-Holstein, und wie verlaufen diese? - Wie bereits im Ausschuss berichtet, besteht für Verdachts- und Erkrankungsfälle seit dem 14. November 2009 **keine Meldepflicht** mehr. Die Zahl der Erkrankungen kann

daher nur anhand von seit Jahren etablierten Influenza-Überwachungsinstrumenten, insbesondere des **Praxisindex** wegen akuter respiratorischer Erkrankungen geschätzt werden. Diese zeigen eine deutlich erhöhte Aktivität akuter respiratorischer Erkrankungen, wobei aktuell ausschließlich Influenzaviren vom Typ A/H1N1 (2009) nachgewiesen wurden. Das ist der Erreger der Neuen Grippe.

Weiterhin meldepflichtig sind Todesfälle. Bisher wurden in Schleswig-Holstein vier **Todesfälle** gemeldet, die im zeitlichen Zusammenhang mit der neuen Influenza auftraten. Über die Zahl der schweren Verläufe können wir noch keine Aussagen machen, weil es hierzu keine gesetzliche Meldepflicht gibt. Das freiwillige Erfassungssystem für schwere Krankheitsverläufe wurde gerade erst aufgebaut.

Zum Fragenkomplex zwei. Welche diagnostischen Verfahren, zum Beispiel Schnelltests, werden angewandt, gibt es Versorgungsengpässe mit Schnelltests? - Nach dem derzeitigen Verbreitungsbild ist davon auszugehen, dass Patienten mit einer Influenzasymptomatik an der neuen Influenza erkrankt sind. Eine **gezielte Diagnostik** erfolgt beispielsweise nur noch bei untypischen Beschwerden oder Krankheitsbildern, bei Erkrankungen von Geimpften oder bei Patienten mit Risikofaktoren, um eine Therapieentscheidung zu stützen. Die **Laborkapazitäten** für die angewandte Diagnostik sind zwar begrenzt, reichen unter diesen Bedingungen aber für die Einzelfalldiagnostik aus.

Zum dritten Fragenkomplex. Wie ist die Versorgung mit welchen Impfstoffen sichergestellt? Gibt es in Schleswig-Holstein Regionen mit einer unterdurchschnittlichen Belieferung von Impfstoffen? - Zu den **Impfstoffen**: In Deutschland kommt bisher ausschließlich Pandemrix zur Verteilung. Seit dieser Woche steht nun aber auch ein Impfstoff ohne Adjuvanz, ein Impfstoff für Schwangere, zur Verfügung. Insgesamt gilt: Der verfügbare Anteil einer Produktion je Land entspricht dem Bevölkerungsschlüssel. Jedes Land hat pro Kopf die gleiche Impfstoffmenge. Die Logistik in Schleswig-Holstein erfolgt über einen pharmazeutischen Großhandel an 204 sogenannte Logistikapotheeken. Von dort werden Bestellungen über die Apotheken dann bedient.

Die **Verteilung der Impfstoffe** wurde bis zur 50. Kalenderwoche vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit zentral vorgenommen. Damit wurde die regional ausgeglichene Versorgung sichergestellt und besondere Bedarfe berücksichtigt, zum Beispiel die Impfkationen beim

(Minister Dr. Ekkehard Klug)

UK S-H. Die **regionalen Verteilungsquoten** entsprechen der Inanspruchnahme und liegen für vergleichbare Kreise beziehungsweise kreisfreie Städte beieinander. Unterschiede entsprechen der unterschiedlichen Nachfrage. Nach der jetzt erstmalig möglichen Bedienung aller Nachfragen habe sich diese Quoten auch nicht verändert. Wir haben also im Wesentlichen bedarfsgerecht verteilt.

Zum vierten Fragenkomplex: Welche präventiven Maßnahmen wurden eingeleitet und wie wurden sie umgesetzt, zum Beispiel in Kindertagesstätten, Schulen, Alten- und Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern? Gleichzeitig auch die Antwort zum Thema: Wie wirken Hygienemaßnahmen an Schulen, in Kindertagesstätten, Alten- und Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern, und wie funktioniert die Abstimmung zwischen dem Land und den Kreisen? - Präventiv wirken - wie mittlerweile fast überall bekannt - Hygienemaßnahmen und Impfungen. In Einrichtungen des Gesundheitswesens wurden die **etablierten Empfehlungen** des **Robert-Koch-Instituts** zur Verhütung der Weiterverbreitung von Influenzainfektionen und zum Umgang mit Influenzaerkrankten erneut kommuniziert. Alle diese Einrichtungen sind gehalten, die Empfehlungen einzuhalten. Die Verantwortung dafür liegt bei der jeweiligen ärztlichen Leitung der Einrichtungen. Diese hat durch geeignete personelle und strukturelle Voraussetzungen die Einhaltung sicherzustellen. Die **Überwachung** der Einhaltung von Hygienemaßnahmen ist gemäß Infektionsschutzgesetz eine Aufgabe des kommunalen öffentlichen Gesundheitsdienstes.

Das **Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit** steht im regelmäßigen Austausch mit den Gesundheitsämtern vor Ort. Neben schriftlichen Kontakten haben mehrfach Telefonkonferenzen und Arbeitsgruppensitzungen stattgefunden. Für alle anderen Bereiche, wie zum Beispiel die Kindertagesstätten und Schulen, wurde im Rahmen der Pandemieplanung die Initiative „Wir gegen Viren“ vom Robert-Koch-Institut in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung gestartet. Dazu gibt es verschiedene Informationsmaterialien, etwa zur Influenzaprävention, Hygiene- und Verhaltensregeln.

Die **Umsetzung** dieser Maßnahmen wird in **dezentraler Verantwortung** organisiert und von den Gesundheitsämtern begleitet. Ergänzend dazu wurden vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit in **Zusammenarbeit** mit dem **Ministerium für Bildung und Kultur** detaillierte Informationsmaterialien erarbeitet. Die Informationsmaterialien wur-

den in den Gemeinschaftseinrichtungen zu einem Zeitpunkt verteilt, als hier noch gezielte Maßnahmen ergriffen wurden. Die aktuelle und anhaltende Viruszirkulation der Gesamtbevölkerung rechtfertigt gezielte Maßnahmen in den Gemeinschaftseinrichtungen nun nicht mehr. Die Informationsmaterialien wurden entsprechend angepasst und sind weiterhin im Internet verfügbar unter der Adresse: http://www.schleswig-holstein.de/NeueInfluenza/DE/neueInfluenza__node.html. Dort kann man diese Informationen abrufen.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsen-Reese:

Ich danke Herrn Minister Dr. Klug für diesen Bericht.

Bevor ich die Aussprache eröffne, der Hinweis: Die Regierung hat für den Bericht zweieinhalb Minuten mehr als die verabredete Redezeit genutzt. Diese Zeit steht natürlich jetzt auch den Fraktionen zur Verfügung. Aber ich erlaube mir den kleinen Hinweis: Dies muss nicht in Anspruch genommen werden.

Ich eröffne jetzt die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Bernd Heinemann.

Bernd Heinemann [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Klug, zunächst einmal vielen Dank für den interessanten Bericht des Herrn Gesundheitsministers. Allerdings könnte der aktuelle Abgleich ruhig etwas umfassender ausfallen. Außerdem ist es schade, dass der Minister nicht persönlich anwesend ist. Ich glaube, das, was Sie am Anfang weggelassen haben, ist das Wichtigste gewesen.

Die Politik und unsere Gesellschaft insgesamt haben sicher viele Anlässe, sich über das eine oder andere Virus Gedanken zu machen. Das sollten wir gründlich tun, auch wenn es manchmal etwas monoton wirkt und nervt.

Die schlimmsten Viren scheinen mir allerdings nur schwer in den Griff zu bekommen zu sein. Dazu gehören das Gleichgültigkeitsvirus und das Panikvirus.

(Beifall bei der SPD)

Während Letzterem vielleicht mit Verbalhygiene beizukommen ist, hilft uns bei somatischem Befall

(Bernd Heinemann)

allerdings nur die Körperhygiene, in jedem Fall vor allem Rücksicht und Vorsicht.

Tausende Menschen fallen in jedem Jahr der **saisonalen Grippe** zum Opfer. Die Gefahr ist vergleichsweise extrem, besonders für die Risikogruppen. Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes weist seit dem Jahr 2005 jährlich mehr als 20.000 Tote nach Qualifikation ICD 10 J09 bis J18 - das heißt Grippe und Pneumonie - nach. In den letzten Wintern starben in Schleswig-Holstein - zu meist in Husum, Süderbrarup, Kiel oder Norderstedt - statistisch knapp 1.000 Menschen an der Influenza - einfach so, ohne besonderes öffentliches Interesse außer einer Todesanzeige.

An der H1N1-Grippe, der sogenannten **Schweinegrippe**, die neu und unbekannt daherkommt, hat sich jedoch öffentliches Interesse entzündet. In den Medien zeigen sich dramatische Szenarien, wer weiß, vielleicht auch zu Recht. Wir kennen das noch aus der BSE-Diskussion, und erinnern uns gut an die Vogelgrippe-Debatte.

Jetzt hat auch Schleswig-Holstein seine ersten offiziellen **H1N1-Todesfälle**. Im November starb ein 83-jähriger Risikopatient in unserem Land. Jetzt sind es sogar schon vier, darunter ein 13-jähriges Mädchen ohne Vorerkrankungen.

Nicht verrückt machen, ist okay, aber verzichten wir deshalb auf Leitplanken, oder warum schnallen wir uns an, wenn wir in ein Auto steigen? - Nicht weil wir uns verrückt machen, sondern schlichtweg aus Vernunft, die uns leiten soll. Dafür sind Antworten unverzichtbar.

Meine Damen und Herren, wir alle wollen ruhig schlafen, unsere Lebensrisiken kennen und die Folgen abschätzen, um Entscheidungen treffen zu können, und das genau ist die Grundlage unseres Handelns, auch und hoffentlich besonders in diesem Hohen Hause. Es geht um wohl überlegte Maßnahmen, die den Blick auf wesentliche Dinge richten, beispielsweise auf die wirksame Prävention.

Wir zweifeln nicht an der Ernsthaftigkeit des Gesundheitsministers, wenn es um die Bekämpfung einer **Pandemie** geht. Wir müssen uns aber mit allen Fragen, die damit zusammenhängen, angemessen auseinandersetzen. Das setzt ein besonderes Maß an Klarheit voraus. So ist es erfreulich, wenn der Minister selbst als Vorbild medienwirksam seinen Arm in die Kamera hält. Verwirrend ist es aber, wenn er gleichzeitig nur die Risikogruppen als impfbedürftig hervorhebt und sich seither öffentlich nur noch über seinen Pressesprecher äußert.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Unser Gesundheitsminister ist wirklich medienwirksam und könnte sicherlich aus dem Stand bei „Gute Zeiten - schlechte Zeiten“ mitwirken, aber er sollte der Bevölkerung und den Institutionen im Land persönlich mehr **Orientierung** geben. Sonst drängt sich noch die Vermutung auf, dass sein kürzlich vorgetragener Beitrag in „Panorama“ zu mehr Selbstverantwortung alle staatlichen Hinweise und Orientierungen automatisch als Bevormundung ausschließt.

Auf jeden Fall möchte ich mich an dieser Stelle bei seinem Team der Gesundheitsverwaltung für die umfassende Information der Bevölkerung und besonders für das direkte persönliche Gespräch über die eingerichtete Hotline bedanken. Ein wirklich guter Beitrag. Die Mitarbeitenden leisten hier Großartiges, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Neben den von uns aufgeworfenen Fragen zur Beobachtung des Verlaufs, den möglichen Konzepten und zur evaluativen Begleitung der getroffenen Entscheidungen, wie dies die Kolleginnen und Kollegen von Bündnis BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, entstehen immer neue Fragen, die alle ihre Bedeutung haben. Mit **Informationsmaterial** und einem **Internetauftritt** kann man eine Menge bewegen. Die **Unsicherheit der Menschen** kann man damit aber nicht beseitigen. Die Menschen erleben die Diskussion zum Teil diffus, wenn beispielsweise Schulen oder Kindergärten hygienetechnisch, pädagogisch oder organisatorisch vollkommen uneinheitlich mit dem Thema umgehen. Wenn man Kinder an zwei verschiedenen Schulen hat, dann erlebt man zwei verschiedene Umgangsweisen. Das kann nicht sein, und das ist mir **zu dezentral**, Herr Minister.

(Beifall bei der SPD)

Hier fehlt der rote Faden - von mir aus gern: der gelbe Faden - des Gesundheitsministers.

Welches sind denn geeignete und wirksame **Präventionskonzepte**? Die Menschen vor Ort stellen all diese Fragen immer wieder neu. Es gibt neue Fragen. Wir fragen und ziehen dann gegebenenfalls die Konsequenzen.

So folgt beispielsweise auf die Frage, ob wir genug und den **richtigen Impfstoff** beschafft haben, die nächste Frage, nämlich die Frage: Was machen wir, wenn die Menschen zweifeln, sich abwenden, wir den **Bedarf** schlicht überschätzt haben und das Land auf dem Impfstoff sitzen bleibt? Das zahlen

(Bernd Heinemann)

dann nicht die Krankenkassen. Auch der Bund bezahlt das nicht. Dafür tragen wir allein die Verantwortung. Wo und wie beziehungsweise wie lange lagern wir die Impfdosen dann ein? Vielleicht nimmt uns die Ukraine etwas ab. Welche Kosten bleiben dann aber bei uns hängen? Was ist, wenn irgendwann ganz plötzlich eine zweite Welle folgt mit einer mutierten Version? Dann haben wir wieder zu wenig Impfstoffe. Es folgt eine Kette von Fragen.

Nur wenn wir umsichtig sind und die Bedeutung einer Pandemie weder über- noch unterschätzen, können wir die Balance halten und den Menschen eine nachvollziehbare Logik vermitteln, die der eigenen Einsicht hilft, wirklich mündige Entscheidungen zu treffen.

Meine Damen und Herren, wenn der Gesundheitsminister selbst mit großer Ernsthaftigkeit und Besonnenheit öffentlich präsent ist, sind wir an seiner Seite, auch wenn unsere Fragen subjektiv vielleicht nerven. Gesundheit ist die Grundlage von allem. Deshalb müssen wir uns mit diesen und weiteren Fragen gerade in dieser Zeit wohl noch eine Weile beschäftigen, aber nicht allein mit Informationsmaterial und dezentral, sondern klar mit öffentlicher Aussage durch den Gesundheitsminister persönlich. Das werden wir im Gesundheitsausschuss fortan regelmäßig einfordern, und zwar so lange, bis die Pandemie abgeklungen ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Für die CDU-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Ursula Sassen das Wort.

Ursula Sassen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 12. November 2009 hat Minister Dr. Garg auf Antrag der SPD zum aktuellen Stand der Schweinegrippe im Sozialausschuss berichtet. Daher haben die Koalitionspartner von CDU und FDP darauf verzichtet, dieses Thema in der folgenden Plenartagung erneut aufzugreifen, zumal Minister Dr. Garg zugesichert hat, jeweils freitags über den **aktuellen Stand der sogenannten Schweinegrippe** zu berichten. Dies ist auch geschehen.

Darüber hinaus liegt uns ein Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, in der 8. Plenartagung einen schriftlichen Bericht über die Entwicklung, die Er-

fahrungen und die Konsequenzen zur Schweinegrippe vorzulegen.

Lieber Kollege Heinemann, bei allem Respekt vor Ihrem persönlichen und dem Informationsbedürfnis der SPD sollten wir nicht jeden Monat in der Plenartagung einen Bericht zur Schweinegrippe einfordern; denn es tut sich ständig und täglich sehr viel Neues. Wir sollten das nutzen, was uns der Herr Minister angeboten hat, nämlich weiterhin im **Sozialausschuss** informiert zu werden. Deshalb weise ich den Vorwurf, den Sie gegenüber dem Minister erhoben haben, zurück

Neben den aktuellen Aspekten, die Sie vorgetragen haben, Herr Heinemann, gibt es noch viele Fragen. Gerade einmal 364.000 von 1,72 Millionen der vom Land geordneten **Impfdosen** sind verteilt worden. Dass nun auch die Ärzte Protest anmelden, ist auch ein Thema im Zusammenhang mit der Schweinegrippe.

Den Ärzten ist die **Vergütung** im Zusammenhang mit der Schweinegrippe zu niedrig; denn die Patienten fordern gleichzeitig eine intensive Beratung. Das Ganze ist nicht nur mit einem kleinen Pieks getan.

Bezüglich der Frage nach Hygienemaßnahmen habe ich festgestellt, dass im Waschraum für Damen auf dem CDU-Flur inzwischen Anleitungen für das Reinigen von Händen zur Vermeidung von Infektionen aushängen. Es tut sich also etwas.

Ganz offensichtlich ist aber bei den Menschen die zwingende Notwendigkeit zur Impfung nicht wirklich angekommen. Hier und dort kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Pharmaindustrie die Ängste der Menschen geschürt haben könnte.

Ich habe mich nach dem Motto „es kann ja nicht schaden“ impfen lassen. Da ich außer einem erträglichen Stechen im Impfarm keine weiteren Nebenwirkungen verspürt habe, kann ich die Impfung auch weiterempfehlen.

Wir werden uns nach dieser **Grippewelle** kritisch damit auseinandersetzen müssen, um den Spagat zu schaffen, für die Zukunft einerseits angemessene **Vorsorge** zu betreiben und andererseits Überreaktionen zu vermeiden und uns vorschnell mit Verträgen an die Pharmaindustrie zu binden.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Marret Bohn
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vergleicht man die normale, die saisonale Grippe mit der Schweinegrippe, sind auffällige Unterschiede zu verzeichnen. Das Virus der **neuen Grippe** ist

(Ursula Sassen)

um rund ein Drittel ansteckender und verbreitet sich folglich schneller. Es verläuft vom Beschwerdebild her ähnlich, sogar eher noch harmloser. Es verursacht deutlich weniger Todesfälle. An der **saisonalen Influenza** versterben allein in Deutschland zwischen 5.000 und 11.000 Menschen im jährlichen Durchschnitt. An der Schweinegrippe sind es weltweit bislang circa 7.000 Personen.

(Zuruf von der SPD)

- Vielleicht waren es in den letzten Tagen so viel mehr. Das kann ja sein.

Die Schweinegrippe trifft vorwiegend jüngere Menschen, während die normale Grippe besonders Ältere bedroht. Der Tod eines jungen Menschen wird von der Bevölkerung und den Medien allerdings als weitaus gravierender empfunden als der einer älteren Person.

Das Virus der neuen Grippe verdrängt aufgrund einer höheren Ansteckungsgefahr den Erreger der saisonalen Influenza und führt daher auch zu Irrläufern. Das **Virus** wird uns mit großer Wahrscheinlichkeit noch eine Weile begleiten. Wir sollten aus den Erfahrungen lernen und diese Erkenntnisse dann bei der nächsten Grippewelle anwenden. Wir werden durch den Bericht der Landesregierung auch die Erfahrungswerte bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Minister Dr. Klug, vielen Dank für den Bericht in Vertretung von Herrn Dr. Garg. Ich sage aber auch dem Sozialministerium vielen Dank für die regelmäßige Berichterstattung im **Internet**, die jeder Mensch abrufen kann und die auch viele dieser Fragen schon beantwortet hätte.

(Beifall bei der FDP)

Aus der öffentlichen Berichterstattung geht hervor, dass in Schleswig-Holstein eine deutliche **Impfmüdigkeit** festzustellen ist. Deshalb werden die eingekauften Impfmengen aller Voraussicht nach nicht verbraucht. Den Umfang der eingekauften Impfdosen hat aber die vorherige Landesregierung zu beantworten.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, wer von uns hätte aber zu Beginn der Grippezeit mit absoluter Sicherheit sagen können, wie der **Verlauf** der H1N1-Grippe in Deutschland und in Schleswig-Holstein sein wird?

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heindl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer von uns hätte sich dem Vorwurf aussetzen wollen, von den Gefahren gewusst, aber sie nicht ernst genommen zu haben? Wer von uns hätte genau sagen können, welche **Mengen Impfstoff** nachgefragt werden?

Wenn man sich die **Verträge mit den Herstellerfirmen** ansieht, ist allerdings zu kritisieren, dass nicht geregelt wurde, dass bei mangelnder Nachfrage nach Impfstoff auch die vertragliche Verpflichtung zur Abnahme reduziert wird. Dieses ist zum Beispiel in Österreich wesentlich besser geregelt worden.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Sassen [CDU])

Richtig ist aber der Ansatz des Ministers für Arbeit, Soziales und Gesundheit, nunmehr in Verhandlungen mit den Herstellern zu treten, um die Verpflichtung zur Abnahme zu reduzieren. Ebenfalls richtig ist der Ansatz, die bereits produzierten Impfdosen in andere Länder zu veräußern, um dort auf der einen Seite zu helfen und auf der anderen Seite die **Kosten** für Schleswig-Holstein zu minimieren. Daran kann ich nichts Schlechtes erkennen.

Auch wenn momentan ein Abflauen der Grippe vermeldet wird, kann es zu einer **zweiten Infektionswelle** kommen. Aus diesem Grunde handelt Dr. Garg umsichtig, wenn er - wie im Sozialausschuss bekannt gegeben - einen Teil der Impfmengen **auf Vorrat** halten möchte.

Erst nach Ende der Grippezeit, die wir hoffentlich spätestens im April 2010 haben, können wir genaue Statistiken erhalten, die uns endgültige Erkenntnisse über den Umfang und den Verlauf der H1N1-Grippe geben. Dann wird sich der **Sozialausschuss** nochmals mit diesem Thema befassen. Das ist auch zugesichert. Ich kann wirklich nicht nachvollziehen, warum wir es immer wieder hier im Plenum diskutieren sollen.

Herr Heinemann, eine persönliche Bemerkung an Sie: Ich persönlich als Mensch, als Frau Klahn, möchte immer noch nach eingehender ärztlicher Beratung und persönlichem Empfinden selbst entscheiden können, ob ich mich impfen lassen möchte oder nicht. Ich möchte mir das nicht von einem

(Anita Klahn)

Minister oder irgendeiner Ministerin vorschreiben lassen. Ich möchte für mich entscheiden, ob ich zu einer Risikogruppe gehöre oder nicht. Ich finde es schön, wenn man darauf hinweist, dass Risikogruppen besonders gefährdet sind.

Wir haben und sollten Respekt haben vor der eigenen persönlichen Entscheidung und Verantwortung der Menschen.

(Beifall bei FDP und CDU - Bernd Heinemann [SPD]: Ich stimme zu, sofern es um die Impfung geht!)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Influenzavirus-Subtyp A/California/7/2009 (H1N1) beschäftigt uns seit seiner Entdeckung im April 2009. Ende April warnte die **Weltgesundheitsbehörde** WHO vor einer weltweiten Verbreitung, vor einer Pandemie. Anfang Juni 2009 wurde die Warnung auf die höchste Alarmstufe, Phase 6, hochgestuft. Ein anderer H1N1-Subtyp verursachte die Influenza-Pandemie 1919/1920, die sogenannte Spanische Grippe, mit 50 Millionen Todesopfern. Das ist die Erklärung für die Ängste, die im Zusammenhang mit der Neuen Grippe H1N1 aufgetreten sind. Typisch für eine Influenza-Pandemie ist der Anstieg der sogenannten ARE, der akuten respiratorischen Erkrankungen, wie hier völlig richtig berichtet worden ist.

Die **aktuelle Strategie** zur Bekämpfung der Influenza setzt auf Impfungen und eine frühzeitige Behandlung der Erkrankten. Im Einklang mit den Empfehlungen der STIKO, der Ständigen Impfkommision des Robert-Koch-Institutes, stehen verschiedene **Impfstoffe** zur Verfügung. Bisher ist die **Akzeptanz** der Impfkampagne in Schleswig-Holstein jedoch recht gering. Das hängt sicherlich auch mit dem bislang vergleichsweise milden Verlauf der Pandemie zusammen. Pandemien dieser Art verlaufen jedoch in der Regel in Wellen. Darauf hat die Kollegin ganz richtig hingewiesen. Daher sollten wir den Tag nicht vor dem Abend loben; denn es bleiben viele Fragen offen.

Meiner Fraktion liegen Informationen darüber vor, dass Vertreter aller namhaften Impfstoffhersteller mit am Tisch saßen als die Weltgesundheitsorgani-

sation die Stufe 6 des Pandemieplanes ausrief. Nicht nur das: In diesem Zusammenhang soll die gültige Definition der **Pandemie** geändert worden sein. - Bis zu diesem Zeitpunkt galt die Regel, dass bei der akuten Erkrankungswelle durch den Virus eine weltweite Verbreitung und große Gefährlichkeit vorliegen. Dieses Mal wurde das zweite Kriterium einfach weggelassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum war das wohl so? - Es gibt noch weitere Fragen, die im Raum stehen: Stimmt es, dass die Landesregierungen bei der Bestellung der Impfstoffe zeitlich unter Druck gesetzt worden sind? Warum ist die Akzeptanz der Impfungen so gering? Was tut die Landesregierung hiergegen?

Was mit dem **überzähligen Impfstoff** in Schleswig-Holstein geschehen soll, haben wir gerade gehört. Auch dazu kann ich nur hoffen, dass die Pandemie weiterhin so verläuft wie es jetzt im Moment aussieht. Neuraminidasehemmer sind die einzigen Medikamente, die gezielt gegen Influenza wirken. Wie sieht die Versorgung mit diesen Medikamenten aus? Fachleute beobachten Fälle, in denen gegen diese Medikamente Resistenzen entstehen. Ist diese Tatsache ausreichend berücksichtigt worden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie sehen, gibt es zur neuen Influenza A/H1N1 viele Fragen. Mit diesen Fragen sollten wir uns sachlich, aber auch kritisch auseinandersetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, der LINKEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion DIE LINKE erteile ich dem Herrn Abgeordneten Heinz-Werner Jezewski das Wort.

Heinz-Werner Jezewski [DIE LINKE]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch wir bedanken uns vorerst für die Berichterstattung. Es wird sicherlich jemand hier sein, der das Herrn Dr. Garg und Herrn Dr. Klug ausrichtet. Wir bedanken uns ausdrücklich auch für die vernünftige und gute Arbeit des Ministeriums in der letzten Zeit, den vielen Mitarbeitern, die damit beschäftigt sind, und zwar nicht nur in der letzten Zeit. Seitdem zum ersten Mal von dieser Grippe zu hören war, hat dieses Ministerium drei Chefs gehabt. Die Übergänge sind nicht einfach. Jeder weiß das. Trotzdem ist in diesem Bereich gut gearbeitet worden. Das ist eine Leistung, die man respektieren und anerkennen sollte.

(Heinz-Werner Jezewski)

Es ist so viel Kluges gesagt worden. Zum Schluss hatte ich das Gefühl, es geht in Richtung Verschwörungstheorie. Ich bin mir aber sicher, dass es nicht in diese Richtung geht, sondern in eine wissenschaftliche Richtung, zu der ich gar nichts sagen kann und auch gar nichts sagen will. Ich bin kein Arzt. Ich komme nicht aus dem Gesundheitswesen. Wenn ich mit Ärzten spreche - egal, ob das mein Hausarzt ist, oder ob das ein Professor ist, der sich mit Virologie beschäftigt - und ich frage: „Was hilft denn gegen Viren?“, dann sagen die: „Helfen tut gar nichts, ein Virus kommt, ein Virus geht auch wieder; man überlebt ihn, oder man überlebt ihn nicht.“

(Heiterkeit)

- So ist es! - „Aber bessere Chancen, wenn man sich einen Virus einfängt, hat man, wenn man einen guten körperlichen Allgemeinzustand hat und wenn man sich gesund ernährt.“ Das ist - ich bin der vorletzte Redner - der Bogen, den ich zu morgen schlagen werde.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir werden morgen über das EU-Schulobstprogramm reden. Ich kann nicht verstehen, dass die Landesregierung, wo jedem klar ist, dass eine vernünftige und ausgeglichene Ernährung nicht nur gegen die Grippe, sondern auch gegen jede andere Krankheit notwendig und sinnvoll ist, unter diesen Bedingungen in meinen Augen fahrlässig hingeht und sagt: Wir lehnen es ab, das EU-Schulobstprogramm umzusetzen. Vielleicht sollten wir alle gemeinsam noch einmal darüber nachdenken und das morgen auch unter diesem Gesichtspunkt diskutieren.

(Christopher Vogt [FDP]: Zum Thema bitte!)

Ansonsten bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit und schenke dem Plenum zwei Minuten, damit wir vielleicht doch noch halbwegs pünktlich fertig werden.

(Beifall bei der LINKEN, SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsens-Reese:

Für die Fraktion des SSW erteile ich dem Herrn Abgeordneten Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der neuen Grippe ist nur eine

Tatsache völlig unbestritten: Die Impfstoffproduzenten verdienen kräftig an ihr. Alles andere ist Auslegungssache. Darum hat die Impfkampagne auch Züge eines „Bananenprodukts“. So nennt die IT-Branche ihre unausgereiften Programme, die erst beim Kunden reifen.

Zunächst hatte die **Pharmaindustrie** ihrer Kundschaft weisgemacht, dass zweimal geimpft werden muss, bevor ein wirkungsvoller Schutz besteht. Das hat sich als falsch herausgestellt, allerdings erst, nachdem 50 Millionen Impfdosen bestellt waren.

Dass **Hilfsstoffe** unumgänglich sind, ist ebenso ein Märchen. Seit dieser Woche können Schwangere wirkungsvoll auch ohne die Hilfsstoffe geimpft werden. Das hat der Minister in seiner ausführlichen Stellungnahme dem Sozialausschuss bereits am 12. November 2009 mitgeteilt.

Dass die Schweinegrippe lebensbedrohlich ist, wurde inzwischen ebenfalls als Zeitungssente enttarnt, allerdings erst, nachdem „Bild“ und „Bild am Sonntag“ die Schweinegrippe zwölfmal in vier Wochen ganz oben auf ihrer Titelseite platziert hatten.

Dennoch bleiben immer noch Fragen offen. Selbst unter Ärzten und Pflegekräften ist die Impfung stark umstritten, sodass nur jeder siebte in diesem Bereich geimpft ist.

Die **Impfkampagne** steckt also nach erheblichen Startschwierigkeiten, Lieferproblemen, Panikmache und einer Debatte über Zweiklassenmedizin fest. Daraus müssen wir **Konsequenzen** ziehen, um gegen zukünftige Viren besser gewappnet zu sein. Wir wissen seit 20 Jahren durch entsprechende Untersuchungen, dass Eltern in einem hypothetischen Fall eher bereit sind, den Tod eines Kindes durch eine Krankheit hinzunehmen als durch die Nebenwirkungen einer Impfung. Der Dialog zwischen Behörden und Eltern muss also optimiert werden. Faltblätter sind hier zu wenig.

Doch die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger steht derzeit gar nicht auf der Tagesordnung der Landesregierung. Sie hat genug damit zu tun, die überzähligen Impfdosen möglichst schnell wieder loszuwerden. Laut den „Lübecker Nachrichten“ stehen entsprechende Verträge kurz vor dem Abschluss.

Auch die **Ärzte** haben mehr damit zu tun, für höhere **Abrechnungen** zu kämpfen, als sich selbst impfen zu lassen. 6 € pro Impfung sind den Hausärzten zu wenig. Sie fordern 8 € Honorar und planen eine Demo.

(Flemming Meyer)

Grippespezialisten wissen, dass sich eine Influenza immer erst rückwärts verstehen lässt. So ist seit der **Spanischen Grippe** eine stattliche Bibliothek an Wissen zusammengelassen. Trotzdem tun wir so, als gelte es, das Rad neu zu erfinden. Dabei weiß man schon seit den 80er-Jahren, dass konsequentes Händewaschen das Ansteckungsrisiko deutlich senken kann. Das ist eine preiswerte Maßnahme, die allerdings keine Lobby hat. Kein Wunder, dass sie kaum publiziert wird.

Für uns Männer gibt es übrigens eine ganz andere preiswerte Lösung, die leicht machbar ist. Sie heißt: Weg mit den Krawatten! Denn gerade auf den Krawatten fühlen sich die genialsten und ausgehusteten Viren wohl. Da verbreiten sie sich gut. Also: Weg mit den Krawatten!

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN - Heiterkeit)

Vizepräsidentin Herlich Marie Todsén-Reese:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 17/89 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist kein Antrag gestellt worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Bevor wir zum Ende dieser Sitzung kommen, teile ich noch mit, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, den Tagesordnungspunkt 38 A auf morgen zu verschieben. Er wird nach den Tagesordnungspunkten 38 und 36 eingeordnet.

Darüber hinaus haben sich die Fraktionen darauf verständigt, folgende Punkte auf die Januar-Tagung zu vertagen: Tagesordnungspunkte 16, 23, 26 und 29. - Nun mag der eine oder andere Kollege heute ein bisschen ruhiger schlafen können.

Ich unterbreche jetzt die Tagung, schließe die heutige Sitzung bis morgen 10 Uhr und wünsche Ihnen allen einen angenehmen, fröhlichen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:08 Uhr